

Hohenheimer Protokolle
Band 64

Repolitisierung Sozialer Arbeit

Engagiert und professionell

Herausgegeben von
Manfred Lallinger und Günter Rieger



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-926297-97-6

© Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Alle Rechte vorbehalten.
Stuttgart 2007

Druck: Grafik-Druck GmbH, Stuttgart

Umschlaggestaltung: Grafik-Druck GmbH, Stuttgart

Satz und Layout: Corinna Schneider, Tübingen

Auslieferung durch:
Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
– Geschäftsstelle –
Im Schellenkönig 61
70184 Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

<i>Manfred Lallinger/Günter Rieger</i>	
Vorwort	7

Teil I Soziale Arbeit und Politik: Zusammenhänge, Begründungen, Kritik

<i>Albert Mühlum</i>	
Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Ein Rückblick in die Zukunft.....	15
<i>Michael Opielka</i>	
Soziale Arbeit und Sozialpolitik. Neue Anforderungen an Professionalität in einer Bürgergesellschaft	31
<i>Roland Merten</i>	
Zwischen politischem Anspruch und verschlafenen Chancen. Soziale Arbeit im Selbstgespräch über eine Re-Politisierung	53
<i>Christian Stark</i>	
Politisches Engagement in der Sozialarbeit – Ist die politische Sozialarbeit tot? Plädoyer für eine Re-Politisierung der Sozialarbeit	69

Teil II Politisierung als professionelle Herausforderung

<i>Günter Rieger</i>	
Politisierung als professionelle Herausforderung.....	85
<i>Christian Beck</i>	
Zwischen Revolution und Ökonomie. Über einige Aspekte sozialer Anwaltschaft	109
<i>Chantal Munsch</i>	
Bürgerschaftliches Engagement und soziale Ausgrenzung	121
<i>Thomas Engemann/Jörg Fischer/Reinhard Müller/Wolfgang Volkmer</i>	
Die Repolitisierung Sozialer Arbeit aus der Sicht eines Wohlfahrtsverbandes.....	133
Autorin und Autoren	149

Vorwort

»Soziale Arbeit muss wieder politischer werden.« Solche Appelle, die eine Erneuerung des Mutes zur politischen Einmischung fordern, sind neuerdings wieder häufiger zu hören. Angemahnt wird eine Modernisierung der Sozialen Arbeit, die eine Orientierung am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, eine grundsätzliche Option für die Schwächeren sowie Strategien der Einflussnahme auf Politik beinhaltet. Die Frage ist, ob Soziale Arbeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts politikfähig ist und inwieweit sozialarbeiterische Professionalisierung und Politisierung zusammenpassen. Grund genug für die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, das Thema »Repolitisierung der Sozialen Arbeit« in den Mittelpunkt einer Fachtagung zu stellen, zu der Praktiker und Lehrende nach Stuttgart-Hohenheim reisten.

Die in diesem Band der Hohenheimer Protokolle versammelten Beiträge geben im Wesentlichen die auf der vom 21. bis 22. Juli 2006 durchgeführten Fachtagung »Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell« gehaltenen Vorträge wieder. Ergänzt wurden diese um zwei weitere Texte, die auf der Tagung nicht vorgestellt und diskutiert wurden: Der eine Text stammt von Dr. Christian Stark aus Linz, der andere ist eine Textzusammenstellung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Thüringen. Der vorliegende Band setzt zwei Schwerpunkte: Teil I widmet sich mit seinen Beiträgen der grundsätzlichen Frage nach dem Zusammenhang von Sozialer Arbeit und Politik. Teil II erörtert dann Probleme und klärt Fragen zur Professionalisierung des Politikmachens Sozialer Arbeit.

Prof. Dr. Albert Mühlum (FH Heidelberg) wählt mit seinem Beitrag »Hat die Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Ein Rückblick in die Zukunft« einen historischen Zugriff, um den Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und Politik zu klären. Er spannt den weiten Bogen einer politischen Sozialarbeit von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Stets bewege sich Soziale Arbeit in der Spannung zwischen Einzelfallorientierung und Sozialreform, zwischen »Systemerhaltung« und »Systemgestaltung«. Soziale Arbeit könne insofern »nicht nicht-politisch« sein. Charakterisiert werden unterschiedliche

Ansätze (z. B. Staub-Bernasconi: Menschenrechtsprofession und Machtprobleme) und Perioden der Politisierung Sozialer Arbeit (z. B. die »fatale«, letztlich in die Forderung der »Selbstabschaffung« mündende Randgruppenstrategie der 60/70er Jahre). Schließlich problematisiert Mühlum den Zustand der Gegenwartsgesellschaft und plädiert für eine differenzierte Betrachtung der Frage nach dem politischen Mandat Sozialer Arbeit. Insbesondere gelte es zu identifizieren, wer die politisch Handelnden in der Sozialen Arbeit seien (Wohlfahrtsverbände, Soziale Arbeit vor Ort usw.) und von welchem Mandat eigentlich die Rede sei. Einem »(allgemein-)politischen Mandat« fehle die Legitimation. Dagegen gebe es sehr wohl ein fachpolitisches und ein berufspolitisches Mandat. Der professionelle Auftrag beinhaltet für Mühlum alles, was das politische Mandat will.

Hier knüpft der Beitrag »Soziale Arbeit und Sozialpolitik. Neue Anforderungen an Professionalität in einer Bürgergesellschaft« von Prof. Dr. Michael Opielka (FH Jena) an. Für ihn ist ein »kluges Wissen um die Welt« (Zitat aus dem Vortrag) unverzichtbarer Teil der Politisierung Sozialer Arbeit. Er beklagt einen Mangel an Bewusstsein für die sozialpolitische Konstituierung der Sozialen Arbeit. »Depolitisierung« sei die Folge, weil zwar »weder die praktischen noch die akademischen VertreterInnen der Disziplin bewusst die Abwertung ihrer Klienten wollen, zugleich aber zu wenig politische Reflexivität gelehrt und kommuniziert wird«. Soziale Arbeit als Teil der Sozialpolitik kann nur dann politisch wirksam werden, wenn sie über fundiertes Wissen zu Funktion und Normativität des Sozialstaates verfügt. Ein besonderes Anliegen ist es Opielka, die enge Verbindung zwischen unterschiedlichen Wohlfahrtsregimes und Theorien sozialer Gerechtigkeit aufzuzeigen. Dabei ergänzt er die klassische Trias (liberal, sozialdemokratisch, konservativ) um ein viertes »garantistisches«, auf Bürgerversicherung und Bürgerpartizipation gründendes Modell. Die »Legitimität sozialpolitischer Investitionen« muss immer wieder neu erkämpft werden. »Wer sich advokatorisch, anwaltlich auf die Seite der sozial Schwächsten stellt, benötigt einen gesellschaftspolitisch sensiblen und kenntnisreichen Blick.«

Prof. Dr. Roland Merten (Universität Jena) reitet in seinem Beitrag »Zwischen politischem Anspruch und verschlafenen Chancen. Soziale Arbeit im Selbstgespräch über eine Re-Politisierung« eine scharfe Attacke gegen jede Politisierungsromantik in der Sozialen Arbeit. In sieben Thesen weist er an Beispielen (Zeugnisverweigerungsrecht, Berufsverband, Bundeskongress Soziale Arbeit, Hartz IV

usw.) detailliert die Politik(un)fähigkeit Sozialer Arbeit nach. Soziale Arbeit sei weder in der Lage, ihre eigenen berufspolitischen Interessen mit Nachdruck zu vertreten, noch gelänge ihr die öffentlichkeitswirksame Thematisierung zentraler sozialpolitischer Problemlagen und Reformen. Politikberatungsfunktionen seien zu schwach ausgeprägt, und in ihrer Anwalts- und Stellvertreterfunktion würde die Soziale Arbeit immer wieder versagen. Politisierungsanspruch und Professionalisierung erscheinen Merten als Gegensätze. Er rät der Sozialen Arbeit, sich auf »*professionelles Handeln* mit und für die Klienten« zu konzentrieren. »Diese im besten Sinne des Wortes individualisierte Hilfe« sei »nutzbringender als die politische Unterschiede einebnende Forderung nach oder Hoffnung auf eine Re-Politisierung Sozialer Arbeit.«

Dagegen plädiert Dr. Christian Stark (FH Linz) in seinem Beitrag »Politisches Engagement in der Sozialarbeit – Ist die politische Sozialarbeit tot?« für politische Einmischung i. S. einer Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession. Nach seiner an den Stellungnahmen der International Federation of Social Work (IFSW) orientierten, begrifflichen Klärung der politischen Funktionen Sozialer Arbeit unterstreicht er mit Erörterungen zu den Konzeptionen einer politischen Sozialarbeit bei Jane Adams, Ilse von Arlt, Saul Alinsky, Harry Specht oder Kharam Khella zunächst noch einmal die politischen Traditionen Sozialer Arbeit, um so schärfer die Auswirkungen des neoliberalen, ökonomischen Paradigmas auf die Gegenwart Sozialer Arbeit anprangern zu können. Er fordert von der Sozialen Arbeit »Widerstand gegenüber einer Politik, die von der Sozialen Arbeit Anpassung an so genannte Sachzwänge verlangt«. Ein Widerstand, der auf »einer wissenschaftlich fundierten Analyse der Probleme der Klientel der Sozialarbeit und deren gesellschaftlichen Ursachen und einer Berufsethik basiert, die auf dem Hintergrund der Menschenrechte und Prinzipien sozialer Gerechtigkeit die neoliberale Weltreligion in Frage stellt«.

Der Beitrag von Prof. Dr. Günter Rieger (Berufsakademie Stuttgart) leitet den zweiten Teil des Bandes ein. Rieger begreift »Politisierung als professionelle Herausforderung«. In diesem Sinne leistet der Beitrag zunächst eine sozialarbeitstheoretische Begründung des politischen Handlungsauftrags Sozialer Arbeit. Politik zu machen – so kann im Rahmen der soziologischen Systemtheorie gezeigt werden –, ist für die Soziale Arbeit nicht mehr und nicht weniger als eine weitere Handlungsform neben Beraten, Beschaffen, Betreuen usw. Als Handlungsform einer Profession sollte das Politikmachen

aber selbst professionellen Standards genügen. Wissensbasierung und Ethikorientierung professionellen Handelns wirken spezifischen, mit der Politisierung Sozialer Arbeit verbundenen Gefahren (Emotionalisierung/Ideologisierung, Instrumentalisierung, Unbalancen und Ineffektivität) entgegen und erhöhen ihre Politikfähigkeit. Anregungen zur professionellen Politikgestaltung bieten jüngste Entwicklungen (anwendungsorientierte Wende) in diversen Forschungsfeldern der Politikwissenschaft (Politikberatung, Verbändeforschung, Mikropolitik, Policy-Analyse akteurzentrierter Institutionalismus, Governance-Konzept). So begründet der Governance-Ansatz eine Vielfalt politischer Handlungsformen (Lobbyarbeit, Gremienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, politische Aktion usw.), die Bedeutung einer möglichst weitgehenden Partizipation der Betroffenen und die notwendige Wertorientierung des Politikmachens in der Sozialen Arbeit.

Prof. Dr. Christian Beck (Kath. Universität Eichstätt) legt mit »Zwischen Revolution und Ökonomie. Über einige Aspekte sozialer Anwaltschaft« den Finger in die klaffende Wunde der sozialarbeiterischen Anwaltsrolle. Nach einigen theoretischen Ausführungen zum Prinzip der Anwaltschaft provoziert er mit der Offenlegung der Widersprüche des Anwaltspostulats. Am Beispiel der Caritas macht er deutlich, wie der im Verbandsleitbild postulierte Anspruch, Anwalt der Benachteiligten zu sein, immer wieder mit den scheinbaren Sachzwängen und Anpassungsbedürfnissen eines Dienstleistungskonzerns kollidiert. Er fordert und begründet ein eindeutiges und vorrangiges Bekenntnis der Caritas zur Anwaltschaft.

Dr. Chantal Munsch (TU Dresden) macht mit ihren Forschungen zum schichtspezifischen Engagement im Rahmen von Bürgerengagement deutlich, welche Hindernisse zu überwinden und Probleme zu berücksichtigen sind, wenn man die politische Partizipation von Benachteiligten fördern will. Sie liefert damit einen Beitrag zur weiter gesteckten Frage nach der möglichen politischen Selbstorganisation von Betroffeneninteressen. In ihrem Beitrag betont sie, dass bürgerschaftliches Engagement nicht nur integrierend, sondern auch ausgrenzend wirkt. Themen, Strukturen und Kommunikationsprozesse des Engagements in Vereinen und Initiativen seien zumeist mittelschichtorientiert und ließen andere Engagementformen und Erfahrungen kaum zu. Fragen nach den Ursachen von Ausgrenzung und sozialer Ungleichheit würden im Bürgerengagement kaum thematisiert, dagegen individualisierte Betrachtungsweisen und gesellschaftsunkritische Lösungsstrategien propagiert. Es ergibt sich die

Forderung nach einer »Repolitisierung des bürgerschaftlichen Engagements«.

Der Beitrag von Thomas Engemann, Dr. Jörg Fischer, Reinhard Müller und Wolfgang Volkmer »Die Repolitisierung Sozialer Arbeit aus der Sicht eines Wohlfahrtsverbandes« rundet die Diskussion ab. Am Beispiel des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes in Thüringen erörtern sie praxisnah Notwendigkeit und Chancen einer Politisierung Sozialer Arbeit. Die Wohlfahrtsverbände müssen ihre Handlungsstrategien an einer sich wandelnden gesellschaftlichen und sozialpolitischen Umwelt ausrichten. Gefordert sind ein besseres Management der Organisationen und Einrichtungen Sozialer Arbeit, die Qualitätssteigerung bei den erbrachten sozialen Dienstleistungen, aber ebenso ein »gesellschaftspolitischer Mitgestaltungsanspruch«. Der Auftrag Sozialer Arbeit beinhaltet eben auch »die Analyse von sozialen Problemen und damit auch die Mitkonstruktion von sozialer Wirklichkeit, die Artikulation und Befriedigung von sozialem Bedarf sowie die politische Beeinflussung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen«. Allerdings stellen die Autoren hier auch fest, »wie wenig sich die Soziale Arbeit ihres immanent politischen Charakters derzeit bewusst ist«. Exemplarisch zeigen sie an der »Gemeinwesenarbeit Thüringen«, wie am dortigen »Kompetenzzentrum Demographie« die »kontinuierliche Politikberatung« und politisch gestaltende Einmischung als fachliches Handeln zu organisieren sind. Schließlich betonen sie, dass »politische Lobbyarbeit« in der Sozialen Arbeit spezifische Schlüsselkompetenzen voraussetzt. »In der Praxis wird ... von Führungskräften die qualifizierte Einmischung in politische Diskussionsprozesse, aktiver Lobbyismus sowie der Aufbau von engen Partnerschaften mit den Entscheidern in der Politik – kurzum: effektive Netzwerkarbeit – erwartet.« Wie die politische Lobbyarbeit zu fördern ist, zeigen sie an praxisnah ausbuchstabilerten »Strategien der Lobbyarbeit«. Leider – so ihre Feststellung – werden entsprechende Fähigkeiten in den Bachelor-, Diplom- und Masterstudiengängen bislang kaum gelehrt.

An wen wendet sich der vorliegende Band? Er wendet sich zunächst an die Vertreterinnen und Vertreter der sozialberuflichen Praxis. Die Herausgeber würden sich freuen, wenn die in diesem Band dokumentierten Beiträge bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie bei Angehörigen verwandter Berufe Interesse fänden. Das Buch richtet sich darüber hinaus an Studierende und Lehrende an Hochschulen. Mit ihnen soll ebenso wie mit den in sozialen Berufen Tätigen der Austausch über die Frage nach politischen Hand-

lungsansätzen der Sozialen Arbeit weiter gesucht und intensiviert werden. Die Herausgeber danken allen, die an dem Hohenheimer Protokoll »Repolitisierung Sozialer Arbeit« mitgewirkt haben, und erhoffen sich von den vorliegenden Texten Impulse für die Weiterführung der Diskussion in Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit.

Dr. Manfred Lallinger

Prof. Dr. Günter Rieger

Teil I

Soziale Arbeit und Politik:

Zusammenhänge,

Begründungen, Kritik

Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat?

Ein Rückblick in die Zukunft

Albert Mühlum

Re-Politisierung ist ein *kühnes Tagungsthema*, zumal mit Blick auf die Soziale Arbeit. Noch ohne geklärt zu haben, was Politisierung bedeutet, wird vorausgesetzt, dass es diese einst gab, sie dann verloren ging und nun wiederbelebt wird oder werden sollte. Dagegen steht die These, Soziale Arbeit könne gar nicht unpolitisch sein. So wie man nicht ›nicht kommunizieren‹ kann, sei Sozialarbeit nie nichtpolitisch vorstellbar. Offen bleibe »nur« die Frage des politischen Bewusstseins, der politischen Orientierung (Emanzipation vs. Anpassung), der Durchsetzungsfähigkeit – vor allem aber die Frage nach dem »Gesamtwillen« der Profession und einem politischen Mandat, das über eine allgemeine Funktionsbestimmung hinausgeht.

Einleitung

In der bekannten Einführung »Wie Helfen zum Beruf wurde« prüft C. W. Müller¹, ob das biblische Gleichnis vom Barmherzigen Samariter (Lukas 10, 30–37) als Grundlegung des Sozialberufs taue. Zuerst macht er auf Bedingungen aufmerksam, »unter denen *allein* diese Geschichte eine gute Geschichte« sei, nämlich dass der Reisende etwas haben musste, das er teilen kann, und dass der Fall, in dem Hilfe benötigt wird, ein Einzelfall ist und bleibe. (Ich frage mich allerdings, ob Müller damit den Gedanken der Nächstenliebe nicht gerade verfehlt.)

1 C. W. Müller, *Wie Helfen zum Beruf wurde*. Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit, Weinheim 1988.

Jedenfalls versucht er die Geschichte weiterzuspinnen: Wie wären die Reaktionen, wenn sich Raubüberfälle häuften, immer mehr Reisende liegen blieben, ja wenn barmherzige Helfer selbst angegriffen und der Hilfsmittel beraubt würden? Zunächst hätte der Mann aus Samarien wohl zusätzliche Vorkehrungen getroffen, um helfen zu können. »Aber irgendwann würden sein gesunder Erwerbssinn – denn er ist ja Kaufmann – oder die berechnete Besorgnis seiner Ehefrau ihn vor die Alternative stellen, entweder die ... unrentierliche Überfallenenhilfe einzustellen oder aber sie gegen Geld auszuüben ... Auf dem Wege vom Einzelfall zum Massenphänomen wird die Barmherzigkeit unseres Gewährsmannes .. eine dreifache Wandlung durchmachen: ... sie wird im Rahmen eines Quasi-Berufes gegen Entgelt ausgeübt und erfordert nun zusätzliche Vorkehrungen und Qualifikationen, ... Denn der warmherzig aber falsch Verbundene ist dennoch für die Hilfe dankbar; wer (jedoch) für sie zahlen muss, der erwartet zu Recht eine optimale Hilfeleistung.«²

Nun gibt es aus Sicht des *Überfallenen* weitere Aspekte, beispielsweise die Verantwortlichkeit von Behörden, die Organisation von Sicherheit, Infrastruktur und staatliche Ordnungsmacht. Der *Straßenräuber* würde vielleicht anmerken, dass die Siedler an der Handelsstraße oder eine Klimaveränderung seinem nomadisierenden Stamm Weidegründe genommen und seine Mitglieder brotlos gemacht haben.³

Mit der Gedankenkette vom Einzelfall zum Massenproblem, von der subjektiven Motivation zur beruflichen Hilfe, vom strukturellen Problem zur staatlichen Verantwortung und zur Sozialpolitik ist das spannungsreiche Verhältnis von Sozialarbeit, Politik und Gesellschaft angedeutet, um das es heute geht.

I. Ein Blick zurück

1. Politische Sozialarbeit – zwischen Restauration und Revolution

Politisierung der Sozialarbeit – woran denkt man rückblickend wohl zuerst? Vermutlich an die 68er Jahre. Aber: Politisches Bewusstsein

2 Ebd. S. 24.

3 Vgl. *Thomas Morus*, Utopia.

und Gestaltungswillen zeigten schon die Pionierinnen der Berufsgeschichte – und zwar nicht nur im Blick auf die sozialen Umstände des Einzelfalls, sondern auch in einem politischen Engagement, das keinen Vergleich zu scheuen braucht, z. B. in der internationalen Sozialpolitik, der Frauenbewegung und der Friedenspolitik (führende Rolle Alice Salomons im International Council of Women ICW und der Internationalen Vereinigung der Schulen für Soziale Arbeit; Jane Adams: in Gewerkschafts- und Friedensbewegung → Friedensnobelpreis). So wurde »Soziale Gerechtigkeit« schon früh zur *Leitidee* beruflicher – und d. h. politisch bewusster – Sozialarbeit.

Richtig ist allerdings auch, dass die soziale Bewegung ins Inferno der NS-Zeit abstürzte, die den Beruf für ihre Zwecke instrumentalisierte. Auch dies war eine *Politisierung*, wenn auch eine unheilvolle.

Aufs Ganze gesehen bewegt und bewegte sie sich zwischen Restauration und Revolution oder milder formuliert: zwischen den Polen *Systemerhaltung* und *Systemgestaltung* – wie jede Sozialpolitik. (Re-)Politisierung könnte dann jede Bewegung auf diesem Kontinuum in Richtung Systemgestaltung heißen.

2. Der Doppelfokus Sozialer Arbeit: Person in Environment

In England und den USA entwickelte sich aus dem restriktiven *Poor Law*

- zum einen die Settlement-Bewegung, welche – »fired by hatred of injustice« – eher der Sozialreform verpflichtet war,
- zum anderen die Charity Organisation Society (COS) – »moved to action by ›pity‹ for poor people«⁴ –, die als Vorläufer des modernen Case Managements gelten kann.

Ihr Zusammenwachsen schuf um 1900 das *Social Work*, das dem *Einzelnen* bei der Problembewältigung helfen und *gleichzeitig* Lösungen für *gesellschaftliche* Probleme (Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Erziehung, Ausbeutung) finden sollte. Also eine doppelte Orientierung *individueller* (Einzelfall) und *gesellschaftlich-struktureller* Art (Umfeld), die sozioökonomische und soziokulturelle Erklärungs- und Handlungsmuster nahelegte. Diese frühe Einsicht in Problemzusammenhänge ist keineswegs selbstverständlich, wenn man den Stand der

4 K. S. Lundblad, Jane Addams and Social Reform. A Role Model for the 1990s, in: Social Work (NASW) 5/1995, S. 661–669, hier S. 667.

damaligen gesellschaftswissenschaftlichen und sozialpolitischen Diskussion bedenkt. Nebenbei bemerkt tritt damit auch ein markanter Unterschied in den Blick: Anders als die geisteswissenschaftlich geprägte deutsche Sozialpädagogik waren die Pionierinnen der Sozialarbeit sozialpolitisch und wirtschaftswissenschaftlich geprägt – mit Konsequenzen für Berufsverständnis, Theorie und Ausbildung.

Im Wechselspiel von Theorie und Praxis des *Social Work* rückte zunächst das *Case Work* in den Mittelpunkt (Milford Conference 1931), dann formierte sich das *Community Development* und rückte den Sozialraum ins Zentrum. Beide wurden nach der Zäsur der Hitlerzeit erst in den 60er Jahren als Einzel(fall)hilfe und Gemeinwesenarbeit auch in der deutschen Sozialarbeit rezipiert.

Das ständige Ringen zwischen Einzelfallorientierung und Sozialreform brachte ein *Centennial Issue* des Journal of Social Work (NASW) zur 100-Jahr-Feier auf den Punkt: »The One hundred Year Debate – Between Case work and Social Reform«.

Richtig ist: Einzelnen *nicht* zu helfen, wäre *zynisch*; gesellschaftliche Ursachen zu ignorieren, wäre *unpolitisch!* Theoretisch-konzeptionell übersetzte Silvia Staub-Bernasconi (1996/2003) dies in eine *Machtquellenanalyse* (Ausstattungs-, Austausch- und Machtprobleme) und postulierte »Soziale Arbeit als (eine) Menschenrechtsprofession«.⁵

Trotz wechselnder Berufsphilosophie (geistige Mütterlichkeit – Nächstenliebe – Professionalität) blieb der charakteristische Doppelfokus »Person-in-der-Situation« (Gordon Hamilton), »Person-in-Environment« (Karls/Wandrei), »Verhalten und Verhältnisse« eine prägende Konstante des Berufs.

3. Politische Funktion und gesellschaftliche Perspektive

In einem ganz anderen Verständnis führte die 68er-Bewegung zu einer Politisierung der Sozialarbeit, die ich für fatal halte. So sympathisch die leidenschaftliche Parteinahme für Benachteiligte war, so fragwürdig sind die ideologische Verblendung und der politische Aktionismus, der auch vor einer Instrumentalisierung der Schwächsten nicht zurückschreckte.

5 S. Staub-Bernasconi, Soziale Arbeit als (eine) »Menschenrechtsprofession«, in: R. Sorg (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Münster 2003, S. 17–54.

Als Zeitzeuge habe ich in Frankfurt den Dogmatismus, in Heidelberg das sozialistische Patientenkollektiv erlebt und die Ideen zur Selbstabschaffung der Sozialarbeit: »Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen« (Hollstein/Meinhold) wurde entweder kategorisch abgelehnt (weil herrschaftsstabilisierend) oder bestenfalls zum Zweck der *Re-Klassierung* von Klienten geduldet – was mit heutigen Vorstellungen von der Würde des Menschen schwerlich vereinbar ist.

Auch wenn diese »Randgruppenstrategie« schnell scheiterte, blieb die Frage nach der *politischen Funktion* und den *gesellschaftlichen Perspektiven* auf der Agenda. Auf dem Weg vom revolutionären Pathos zur Reform fand sie in der Gemeinwesenarbeit jener Zeit eine strukturgestaltende Methode, die aber – wegen ihrer bewussten Politisierung – ins Abseits geriet und verschwand.

Was aber ist die gesellschaftliche Funktion?

Von Königin Victoria wird berichtet, wie sie einst beim Ausritt die Slumbezirke Londons streifte und – erschrocken über das unerwartete Elend – ihren Fächer vor die Augen hielt. Der *Fächer der Königin* als hübsches Symbol für die verbreitete Einstellung, die der Volksmund derber ausdrückt: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Eine andere Königin, Marie-Antoinette, soll am Vorabend der Französischen Revolution auf die Klage, das Volk habe kein Brot mehr, geantwortet haben: »Sollen sie doch Kuchen essen.«

Der Fächer der Königin kann viele Formen annehmen – und ist ein wichtiger Hinweis auf die Funktion der Sozialarbeit, die den Fächer beiseite schiebt und sich damit unbeliebt macht. Sozialarbeit als personifiziertes *schlechtes Gewissen* der Gesellschaft, die sie mit ihren Problemen konfrontiert. Paradoxerweise dient Sozialarbeit aber gleichzeitig der Entlastung und Rechtfertigung, weil sie sozialen Sprengstoff entschärft und Systemloyalität fördert und so zum *guten Gewissen* des Sozialstaats beiträgt.⁶

Wie alle komplexen Systeme muss die Gesellschaft Hilfe organisieren, wenn Grundanliegen bedroht sind – und Sozialarbeit hat diese Aufgabe übernommen, wann immer die Lebensbewältigung von Individuen misslingt und ihre soziale Integration gefährdet ist. Generalisiert: Hilfe als Funktionssystem der modernen Gesellschaft, Soziale Arbeit als angewandte Sozialpolitik.⁷

6 A. Mühlum, Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Ein Vergleich. Frankfurt 2001.

7 W. Schöning, Soziale Arbeit als Intervention. Versuch einer integrierten

Aber ist dies ein politisches oder gar *das* politische Mandat? Und wie verhält es sich mit Gegensätzen wie dem Neomarxismus der 70er, der Klientenzentrierung der 80er, der Managerisierung der 90er Jahre? Heute stehen sich z. B. »Klinische Sozialarbeit« und »Sozialraumorientierung« gegenüber – ohne das »richtige« politische Bewusstsein für sich allein reklamieren zu können (vgl. jüngst Udo Rauchfleisch zum bifokalen Behandlungsmodell).

II. Aktuell: Soziale Arbeit in der Krise

1. Krise der Moderne, des Sozialstaats, der Sozialen Arbeit

Von Sozialer Arbeit reden heißt, von Problemen zu sprechen, von der ganzen Bandbreite menschlichen Leids und Misslingens. War Sozialarbeit früher ein funktionales Äquivalent für schwindende familiäre Versorgungsleistungen (mit Affinität zum Sozialen Sicherungssystem), Sozialpädagogik ein Äquivalent für schwindende Erziehungsleistungen (mit Affinität zum Bildungssystem), ist ihr Auftrag heute unspezifischer, aber nicht weniger dringlich: wann immer die Lebensführung von Menschen und Gruppen insgesamt zu misslingen droht, wobei die Probleme an Komplexität und psychosozialen Verwicklungen zunehmen:

- Wenn steigende Anpassungs- oder Bewältigungsleistungen von den Bürgern verlangt werden, wachsen auch die Risiken des Scheiterns (z. B. Fehlanpassung, Anpassungsverweigerung, Deviation);
- wenn das Niveau der materiellen und immateriellen Ausstattung steigt, wächst auch die Gefahr gravierender Ausstattungsprobleme (soziale Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Deprivation);
- wenn sich Interaktions- und Teilhabechancen ausdifferenzieren, wachsen auch die Risiken der Ausgrenzung und die Austauschprobleme zwischen Menschen, Gruppen und Institutionen (Macht und Ohnmacht, Exklusion).

Definition mit Blick auf Sozialpolitik und soziale Dienste, in: Sozialmagazin 1/2006, S. 38–45.

Tatsächlich fordert die Modernisierungskrise die Soziale Arbeit besonders heraus. Wie im *Brennglas* sind Probleme hier scharf konturiert, die sonst eher diffus bleiben, »weichgezeichnet« von Politik und Medien: Wohlstandsverteilung, Daseinsvorsorge, Verlust sozialer Kohäsion, Flucht aus der Verantwortung, ... Brennglas ist aber auch ein Bild für die Möglichkeit des Verbrennens und Wegbrennens. Und so fragen Sozialarbeiter besorgt, welche Lehren aus Zeitdiagnosen vom »Ende der Arbeit« (Jeremy Rifkin), »Terror der Ökonomie« (Viviane Forrester), »Elend der Welt« (Pierre Bourdieu), »globalisierten Verbrechen« (Moisés Naim) zu ziehen sind – auch für ihr eigenes Verhältnis zu Ökonomie und Politik.

Zur Semestereröffnung hatte ich zum Thema »Sozialarbeit in schlechter Gesellschaft« einige Befunde zitiert: Biotechnologie, Ökonomisierung, Globalisierung, Desintegration – @-Generation und Ich-AGs in einer »Gesellschaft der Ichlinge«⁸ –, deren Implikationen noch gar nicht absehbar sind. Steuern wir auf ein Leben in der Grauzone zwischen ziellos, rastlos, verantwortungslos und am Ende ratlos zu?, fragt der Freizeitforscher Opaschowski. Um dann festzustellen, noch lebten die Menschen in der Spannung zwischen alten Werten und neuen Märkten: Kirche & Religion blieben wichtig (22 %) – aber noch wichtiger im Leben scheinen Champions League (26 %) und Formel I (31 %), und in der persönlichen Wertschätzung rangiere die Bibel (19 %) nur knapp vor Coca Cola (18 %), Levis (17 %) und McDonalds (15 %).

Die Kultivierung der Flachheit und das »Everything goes« in Politik und Medien gipfelt in einer Philosophie des Banalen (Richard Rorty) und einer Relativierung des Humanen (Peter Singer) im bloßen Nützlichkeitsdenken. Am Ende sollen es die Sozialen Berufe richten – in einer *Krise der Moderne* (Amitai Etzioni spricht von *schwerer sozialer Erkrankung*), die alles Soziale infiziert.

Ob sich die *Multioptions-Gesellschaft* auf eine neue *Sozialmoral* verständigen kann, ist völlig offen, und damit auch die Zukunft des Sozialstaats. Im Kern stellt sich die Frage, welches Maß an *Solidarität* in der Interessengesellschaft noch möglich, notwendig und durchsetzbar ist – und was die Soziale Arbeit dazu beitragen kann. Solidarität nicht als vages Mitleid verstanden, sondern als feste Entschlossenheit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen (Enzyklika ›*Sollicitudo rei socialis*‹).

8 H. Keupp, Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. München 2000.

2. Aktuelle Diskurse

Soll und kann die Soziale Arbeit hier überhaupt Antworten geben und tätig werden? Schon die Debatte um ihre Funktion und die Kontroverse um ihren Beitrag zur Stärkung von »*Humankapital*« und »*Sozialkapital*« zeigen Gegensätze, die kaum auflösbar sind. Und doch muss sie Position beziehen, auch zum Zeitgeist, der – nicht ganz zutreffend – als neoliberal bezeichnet wird. Neoliberale waren Wilhelm Röpke, Walter Eucken, später Ludwig Erhard, die der klassischen Wirtschaftsdoktrin wesentliche Elemente entgegensetzten. Röpke – ausgewiesener Gegner des Nationalsozialismus – thematisierte neben der ökonomischen Effizienz das menschliche Glück auf der Suche nach der »*Civitas humana*« (1944) und nach Werten »Jenseits von Angebot und Nachfrage«, so einige Buchtitel.⁹ Auf seinen Vorarbeiten beruht die »Soziale Marktwirtschaft« und der »gebändigte Kapitalismus«.

Richtiger wäre heute von einem *Verrat am Neoliberalismus* oder eben von einem *entfesselten Kapitalismus* zu sprechen.

»Jeden Morgen wacht in Afrika eine Gazelle auf. Sie weiß, sie muss schneller laufen als der schnellste Löwe, um nicht gefressen zu werden. Jeden Morgen wacht in Afrika ein Löwe auf. Er weiß, er muss schneller sein als die langsamste Gazelle, wenn er nicht verhungern will. Fazit: Es ist egal, ob Du Löwe oder Gazelle bist. Wenn die Sonne aufgeht, musst du rennen.«¹⁰

Dieses Bild mag Managern gefallen, kaum der Sozialarbeit. Hieße es doch, ihre Funktion auf die Rettung Fußkranker zu reduzieren – um andere zu opfern.

Eine radikalisierte Moderne verspricht mehr *Autonomie*, blockiert aber den Zugang für viele, schlimmer noch, das Freiheitsverlangen schlägt um in neue Abhängigkeiten – von Erfolg, Fitness, Konsum. Die »*Sakralisierung des Selbst*« (Karl Gabriel) steht in schreiendem Gegensatz zur wachsenden Zahl der *Verliererschicksale* – »Loser«: nicht fit, nicht jung, nicht clever –, die sich nur zeitweise verdrängen oder mit wachsenden Kosten ausgrenzen lassen.

Zygmunt Baumann sieht das Projekt der Moderne, *Ordnung zu schaffen und die Welt durchschaubar zu machen*, als gescheitert an. Die widersprüchlichen Anforderungen zwingen dazu, in existenzieller

9 H. J. Hennecke, Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung. Stuttgart 2005.

10 H. Geissler, in: Sozialmagazin 2/2000, S. 34.

Unsicherheit zu handeln, und verlagern immer mehr Entscheidungen auf den Einzelnen: eine »Privatisierung« des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft. Diese biographische Selbstorganisation und »Patchworkidentität« droht viele zu überfordern, die *individuelle* Lebens-Hilfe brauchen. Dazu kommt die Gerechtigkeitslücke zwischen den Generationen und den Geschlechtern, den Rassen und Klassen, den Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen ... Der Armuts- und Reichtumsbericht stellt dazu jede Menge Material bereit – ohne Zweifel ein hochpolitisches Thema. *Die Sozialarbeit scheint daran zu ver-zweifeln:*

Drei Diskurse dominieren nach Pfeiffer-Schaub derzeit die Profession: Abkehr vom Unterprivilegierten hin zur klinischen Sozialarbeit; Modernisierung im neoliberal-globalen Kontext und Wandel vom Wohlfahrtsstaat zum fordernden Staat. Für den Sozialarbeits-*Habitus* bedeute dies: vom Armenfürsorger zum Therapeuten, vom Sozialrevolutionär zum Sozialmanager, vom Helfer zum Fürsorgepolitizisten.

Das kann aber doch nicht das letzte Wort sein. Ist Re-Politisierung die Lösung?

3. Parteilichkeit und politisches Mandat

Die Soziale Arbeit ist ein Seismograph der gesellschaftlichen Krise. Sie soll aber die Verwerfungen der Modernisierung und Globalisierung nicht nur registrieren, sondern die Schockwellen auch bekämpfen – leider mit reduzierten Ressourcen. Das ist Grund genug für die heftige Kontroverse um *Parteilichkeit* und *politisches Mandat*.

A)

»*Parteilichkeit in der Sozialen Arbeit*« wird im gleichnamigen Sammelband von Hartwig/Merchel¹¹ diskutiert. Trotz seiner Verbreitung halte ich es mit Joachim Merchel für ein problematisches Prinzip, weil es unterschiedliche Ebenen vermengt (öffentliche Parteinahme für Benachteiligte, Bevorzugung von Klienteninteressen, moralische Selbstverpflichtung) und in unauflösbare Spannung zur Professionalität gerät (eigenes Reflexionssystem, Realitätsprinzip, doppelte Loyalität).

11 L. Hartwig/J. Merchel (Hrsg.), *Parteilichkeit in der Sozialen Arbeit*, Münster 2000.

Die *Parteilichkeitsrhetorik* trägt zur (Ent-) Täuschung der Adressaten und zur (Selbst-) Täuschung der Professionellen bei, die zudem ihre professionelle Potenz einbüßen. Ohne einer expertokratischen Engführung das Wort zu reden, ist das Prinzip der Allparteilichkeit (siehe Familientherapie) – zumal in systemischer Sicht – überzeugender, jedenfalls was die Arbeit *mit* Personen *in* deren Lebenswelt betrifft.

Wird »parteilich« dagegen als grundsätzliche Option für die Schwächeren verstanden, um deren Selbstverantwortung und Entscheidungsfähigkeit zu stärken, ist damit das Selbstverständnis der Profession treffend ausgedrückt, die allerdings weder die Komplexität und Widersprüchlichkeit sozialer Systeme ignorieren noch die Wünsche und Haltungen von Klienten zum alleinigen Maßstab machen kann.¹² Daher ist der Begriff zumindest erklärungsbedürftig. Ich würde ihn lieber wie angedeutet umschreiben.

B)

»Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat?«, fragte schon der Sammelband von Roland Merten, der die heftige Debatte zwischen Befürwortern und Gegnern abbildet. »Utopievorwürfe werden mit Konservatismus-Argumenten pariert; die eine Seite hält der anderen Weltverbesserungsfantasien vor, während diese wiederum mit dem Vorwurf der Anpassung aufwartet. Und jede Seite glaubt, ... jeweils die besseren Argumente vorbringen zu können.«¹³

Der *fachwissenschaftliche Kern* der Debatte liegt in der Verflechtung von Sozialarbeit und (Sozial-) Politik – oder ihrer Abhängigkeit. Statt einer schlichten Bejahung *oder* Verneinung *des* politischen Mandats *der* Sozialen Arbeit sind Differenzierungen nach Arbeitsfeldern, Akteuren und Organisationen notwendig,¹⁴ aber auch der

12 C. Kuhlmann, Parteilichkeit in der sozialpädagogischen Tradition – Alice Salomons Position zu professionellen Standards und ethischer Verantwortung, in: Hartwig/Merchel (Hrsg.), Münster 2000, S. 11–23, hier S. 13.

13 R. Merten (Hrsg.), Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen 2001, S. 9.

14 A. Scherr, Auf der Suche nach dem Politischen in der Sozialen Arbeit. Ein Vorschlag für eine differenzierende Debatte, in: R. Merten (Hrsg.), ebd. S. 101–119, hier S. 106.

komplexen Beziehungen zwischen politischen Entscheidungen und institutionalisierter Sozialarbeit.

Wer ernsthaft ein politisches Mandat behauptet, müsste zumindest sagen können, *wer* das Mandat erteilt, *wem* genau es zukommt, *was* inhaltlich gemeint ist und *wie* es ausgeübt werden kann.

Solange dies nicht gelingt, behaupte ich wie Roland Merten: *Die Soziale Arbeit hat kein politisches Mandat, aber einen professionellen Auftrag!* Und dieser Auftrag beinhaltet fast alles, was dem ominösen »Mandat« zugeschrieben wird, z. B. Mitwirkung bei der politischen Willensbildung – wenn auch ohne das Mandat, politische Entscheidungen zu treffen.

Karl Marx wusste: *Wenn eine Idee einem Interesse begegnet, war es noch immer die Idee, die den Kürzeren zog.* Eine herbe Mahnung für alle Idealisten. Aber können wir ohne Ideale in der Sozialen Arbeit bestehen? Anders gefragt: Kann Soziale Arbeit als gesellschaftliches Modernisierungsprojekt den Sozialstaat gestalten – oder ist sie selbst nur ein Abglanz des Sozialstaats, der vom Entschwinden bedroht ist?

III. Rückwärtsgewandt in die Zukunft? Oder: Aus der Geschichte lernen!

Seit ihren Anfängen neigt die Soziale Arbeit zur Moralisierung im doppelten Sinne: den Klienten und der Gesellschaft gegenüber. Aber spätestens mit der Professionsbestrebung dürfte die Option eines moralischen Rigorismus überwunden sein – auch wenn er in den Tiefenschichten der Sozialberufe nachwirken mag und für die Berufswahlmotivation auch belegt ist.

Eine Gegenbewegung gegen Fürsorge und Helferpathos ist die Ökonomisierung der Sozialarbeit. Das ABC der neuen Fachsprache von Administration, Budgetierung, Controlling bis Qualitätsmanagement und Zertifizierung zeigt die betriebswirtschaftliche Verengung. So konnte der Eindruck entstehen, Soziale Arbeit ließe sich auf administrative und ökonomische Aspekte reduzieren und mutiere zum Sozialmanagement. (Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Vorwurf einer Ökonomisierung der Sozialarbeit bezieht sich nicht auf die *Sozialwirtschaft* als ein Subsystem spezifischer Institutionen und Dienstleistungen *zwischen Markt und Staat*, vielmehr könnte gerade sie einen Interpretationsrahmen für künftige Sozialarbeit an der Schnittfläche des Sozialen und Ökonomischen bieten – zumal nur eine »soziale

Ökonomie« die Extremformen eines materialistischen Ökonomismus und moralischen Rigorismus zu überwinden vermag.)

Es sind solche *untauglichen Reduktionen*, die – verstärkt durch die globale Krise und Entsolidarisierung – zur (Re-)Politisierung zwingen. Wie könnte eine zeitgemäße, politisch bewusste Soziale Arbeit unter diesen Umständen aussehen?

Dazu drei Szenarien:

1. Bei Dominanz der Markt-Ökonomie könnte die Soziale Arbeit vor der Alternative stehen: Option für die Armen oder für die Zahlungsfähigen.
2. Bei wachsenden sozialen/globalen Spannungen wird sie sich entscheiden müssen, politischen Unmut zu munitionieren oder zu entschärfen.
3. Bei Konsolidierung des Wohlfahrtsstaates dürfte die Frage sein: Selbstabschaffung oder Paradigmenwechsel (z. B. Gesundheitsförderung).

Angenommen, SozialarbeiterInnen kämen heute an die Macht, wie würde eine gesellschaftsmächtige Sozialarbeit agieren und was wäre das vermutliche Ergebnis?

Je nach Szenario gibt es unterschiedliche Antworten.

Zu 1. Im Falle der Ökonomie-Dominanz mit Marktsteuerung und Rückzug des Staates würde Sozialarbeit zur Dienstleistung – immer weniger sozialstaatlich verbürgt, immer mehr dem Spiel der Marktkräfte überlassen. Beispiel USA, wo die Hälfte der Social Worker freiberuflich tätig ist und sich im Wettbewerb bewähren muss. Aber: Nicht jeder kann die Leistung bezahlen. Sozialarbeit verfehlt so ihren »eigentlichen« Auftrag und erreicht Bedürftige nur im Einzelfall.¹⁵

Zu 2. Im *Krisen-Szenario* bliebe die Sozialarbeit weiter »öffentlich« tätig, zuständig für die harten – sprich skandalösen – Probleme, um die Störung des sozialen Friedens effizient zu beseitigen. Das doppelte Mandat von Hilfe und Kontrolle würde auseinanderfallen: *Hilfe* als minimale Grundsicherung, *Kontrolle* staatlich verordnet. Die »Option für die Schwachen« würde zur Fundamentalopposition.

15 H. Specht/M. E. Courtney, *Unfaithful Angels. How Social Work has abandoned its Mission*. The Free Press, New York 1994.

Zu 3. Im elaborierten *Wohlfahrtsstaat* verbliebe sie im sozialstaatlichen Kernleistungsangebot: Befähigung sozial Schwacher, Kompensation der Individualisierungsfolgen und Unterstützung der sozialen Teilhabe – eine Fortschreibung des Bisherigen unter höherem Rechtfertigungsdruck. Das hieße verstärkt nach Methoden zu suchen, deren Effektivität und Effizienz belegbar sind. Auch gäbe es vermutlich neue Einsatzbereiche und Finanzierungsmodelle (Mischfinanzierung).

Gehen wir mit Anthony Giddens¹⁶ davon aus, dass die Zukunft mit den alten Maßstäben überhaupt nicht mehr angemessen zu beschreiben, stattdessen ein völlig neues Denken und Handeln »*Jenseits von Links und Rechts*« gefordert ist, sind die Perspektiven noch schwieriger zu bestimmen: »Der radikal gewordene Konservatismus steht nun dem konservativ gewordenen Sozialismus gegenüber«, der sich in einer *untauglichen Verteidigung des Sozialstaates* erschöpft.¹⁷ Wenn also weder der Glaube an die »invisible hand« des Wettbewerbs noch das Vertrauen auf die sozialstaatliche Bürokratie für die sozialen Anliegen zukunftsfähig sind – *und wie könnten sie das sein angesichts der Zangenbewegung von Individualisierung im Innern und Globalisierung von außen* –, dann versagen auch die bisherigen Muster, z. B. »Reformen« als Anpassung an bekannte Routinen (Beispiel: Vollbeschäftigung). Das soziale Sicherungssystem ist schon deshalb vom Scheitern bedroht, weil es auf der *Normalbiographie* lebenslanger Erwerbsarbeit gründet. Wenn aber immer mehr Menschen nicht mehr arbeiten können, wollen oder dürfen, »kippt« die soziale Symmetrie. Was heißt das für die Soziale Arbeit mit ihren mikro- und mesosozialen Interventionen, die *nicht* die demographische Entwicklung, *nicht* die Makroökonomie und auch kaum den Zeitgeist beeinflussen kann?

Vielleicht besteht die *professionelle Modernisierung* darin, gleichzeitig den »neoliberalen« gesellschaftlichen Anforderungen (Accountability, Aktivierung, Prävention) *und* den eigenen Prinzipien gerecht zu werden, d. h. vor allem die Bedürfnisse der Adressaten ernst zu nehmen.¹⁸

16 A. Giddens, *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt 1997.

17 Ebd. S. 20.

18 C. Spatscheck, *Soziale Arbeit im neoliberalen Kontext. Perspektiven für eine professionelle Modernisierung*, in: *Soziale Arbeit* 3/2005, S. 94–103.

Vielleicht bedeutet Re-Politisierung aber ›nur‹ eine bewusste *Gegenstrategie* zu den erkennbaren Risiken: Wenn Über-Individualisierung und Entsolidarisierung drohen, dann muss sie Gegenkräfte aktivieren, die Menschen – auch die Politiker – dort abholen, wo sie stehen und zur Übernahme von Verantwortung und solidarischem Handeln ermutigen. Beispiel Singularisierung: Kann Soziale Arbeit Sozialbindung schaffen? Beispiel Sterben und Tod: Kann Soziale Arbeit Trauerarbeit leisten? Beispiel Gerechtigkeitslücke: Kann Soziale Arbeit neue Solidarformen schaffen?

Unter den Bedingungen der Postmoderne braucht dies ein neues Selbstbewusstsein und neue Organisationsformen – zuvörderst aber eine *Selbstklärung des Berufs*. Dazu gehören *ein Bild* vom Menschen, der mehr ist als ein *homo oeconomicus* oder fraglos-klagloser Marktteilnehmer, und *der Wille*, zum vollen Menschsein beizutragen – im Einzelfall, vor Ort und auch öffentlich. Das mag bescheiden klingen, aber »a journey of thousand miles begins with a single step« (chinesisches Sprichwort).

Leitthese: Soziale Arbeit ist politisch und muss politisch sein wegen ihrer Leitidee »soziale Gerechtigkeit« (s. internationale Definition).

- Sozialarbeit geriet mit dem Sozialstaat in die Krise – es liegt an ihr selbst, ob sie daraus als Modernisierungsverlierer oder Mitgestalter herauskommt.
- Depolitisierung und Deprofessionalisierung führen auf die Verliererstraße – dagegen bedeutet Repolitisierung, ihre Leitidee offensiver und planvoller zu verfolgen.
- Für ein (allgemein-)politisches Mandat fehlt die Legitimation – aber wie jeder andere Bürger können und sollten sich SozialarbeiterInnen engagieren.
- Für ein fachpolitisches/sozialpolitisches Mandat gibt es gute Gründe – dazu bedarf es im Konflikt mit anderen Interessen spezifischer Kompetenzen/Strategien.
- Ein berufspolitisches Mandat ist selbstverständlich – es steht und fällt mit der organisierten Vertretungsmacht (Berufs- und Fachverbände).
- Ein Mandat durch konkrete Nutzer/Zielgruppen ist stets impliziert – eine formale Beauftragung wäre jedoch wirkungsvoller, zumal in der kommunalen Sozialarbeitspolitik.
- Aus der Geschichte lernen heißt, realitätsnah und radikal im Wortsinne zu sein – ohne ideologische Verblendung.

- Im Bermudadreieck von Klinifizierung – Managerisierung – Politisierung ist jede Übertreibung verhängnisvoll, notwendig ist eine Verknüpfung/Balance der Perspektiven.
- Die Ganzheitsperspektive ernst genommen wird zum Politikum – transdisziplinär, multiperspektivisch und multiprofessionell.

Fazit: Politisches Bewusstsein plus wissenschaftliche Fundierung plus sozialprofessionelle Kompetenz *zusammen* machen Hoffnung auf eine Renaissance der Sozialen Arbeit.

Literatur

- Ansen, H.:* Soziale Beratung bei Armut. München 2006.
- Bourdieu, P. et al.:* Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz 1997.
- Giddens, A.:* Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt 1997.
- Hare, I.:* Defining social work for the 21st century, in: International Social Work, volume 47, 3/2004, 407–424.
- Hartwig, L./Merchel, J. (Hrsg.):* Parteilichkeit in der Sozialen Arbeit. Münster 2000.
- Heins, V.:* Globalisierung und soziales Leid. Bedingungen und Grenzen humanitärer Politik, in: *Honneth, A. (Hrsg.):* Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus. Frankfurt 2002, 195–220.
- Hennecke, H. J.:* Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung. Stuttgart 2005.
- Keupp H.:* Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. München 2000.
- Kuhlmann, C.:* Parteilichkeit in der sozialpädagogischen Tradition – Alice Salomons Position zu professionellen Standards und ethischer Verantwortung, in: *Hartwig/Merchel (Hrsg.),* Münster 2000, 11–23.
- Lundblad, K. S.:* Jane Addams and Social Reform: A Role Model for the 1990s, in: Social Work (NASW) 5/1995, 661–669.
- Merchel, J.:* Parteilichkeit – ein problematisches Prinzip für professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit, in: *Hartwig/Merchel (Hrsg.),* Münster 2000, 49–68.
- Merten, R. (Hrsg.):* Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Opladen 2001.
- Merten, R.:* Politisches Mandat als (Selbst-)Missverständnis des professionellen Auftrags Soziale Arbeit, in: *Ders. (Hrsg.),* Opladen 2001, 89–100.
- Mühlum, A.:* Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Ein Vergleich. Frankfurt 2001.

- Müller, C. W.:* Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit. Weinheim 1988.
- Rauchfleisch, U.:* Psychoanalytische Sozialarbeit mit dem bifokalen Behandlungsmodell, in: *Klinische Sozialarbeit* 2/2006, 4–7.
- Scherr, A.:* Auf der Suche nach dem Politischen in der Sozialen Arbeit. Ein Vorschlag für eine differenzierende Debatte, in: *Merten* (Hrsg.), Opladen 2001, 101–119.
- Schönig, W.:* Soziale Arbeit als Intervention. Versuch einer integrierten Definition mit Blick auf Sozialpolitik und soziale Dienste, in: *Sozialmagazin* 1/2006, 38–45.
- Sennett, R.:* Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 2000.
- Spatscheck, C.:* Soziale Arbeit im neoliberalen Kontext. Perspektiven für eine professionelle Modernisierung, in: *Soziale Arbeit* 3/2005, 94–103.
- Specht, H./Courtney, M. E.:* Unfaithful Angels. How Social Work has abandoned its Mission. The Free Press, New York 1994.
- Spiegel, H. v.:* Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. München 2004.
- Staub-Bernasconi, S.:* Soziale Arbeit als (eine) ›Menschenrechtsprofession‹, in: *Sorg, R.* (Hrsg.): *Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft.* Münster 2003, 17–54.
- Wendt, W. R.:* Sozial arbeiten und sozial wirtschaften. Freiburg 2004.

Soziale Arbeit und Sozialpolitik

Neue Anforderungen an Professionalität in einer Bürgergesellschaft

Michael Opielka

Der Zusammenhang von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit ist komplex. In diesem Beitrag wird ein aktueller Aspekt herausgegriffen: Wirken sozialpolitische Garantien präventiv gegenüber sozialen Problemen wie Armut und sozialem Ausschluss? Welche Folgen hätten solche Präventivwirkungen für die Sozialpädagogik als Disziplin und Profession? Ich möchte diesen Fragen in drei Schritten nachgehen. Im ersten Schritt werde ich die ambivalente Beziehung von Sozialpolitik und Sozialpädagogik untersuchen und eine Triangulation der Sozialpädagogik aus sozialpolitischer und soziologischer Sicht vorschlagen. Im zweiten Schritt werde ich dies für die sozialpolitische Perspektive durchführen und im dritten einige Anforderungen an die Professionalität Sozialer Arbeit in einer Bürgergesellschaft skizzieren.

Eine begriffliche Anmerkung: Im Folgenden werde ich aus pragmatischen Gründen die Begriffe »Sozialpädagogik« und »Soziale Arbeit« synonym benutzen.¹ Pragmatisch deshalb, weil in Deutschland die Sozialpädagogik im Wesentlichen an den Universitäten und die Soziale Arbeit an den Fachhochschulen gelehrt wird. Die disziplinäre Differenz ist dabei den Akteuren selten klar. So tragen die Absolventen meines Fachbereichs (Sozialwesen der FH Jena) das kryptisch-pragmatische Doppeldiplom »Dipl. Sozialarb./Sozialpäd. (FH)«.

1 Wie *Michael Galuske*, Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft, Weinheim/München: Juventa 2002.

1. Sozialpolitik und Soziale Arbeit: eine ambivalente Beziehung

Die sozialpolitische Konstituierung der Sozialpädagogik hat Lothar Böhnisch bereits 1982 ziemlich genau formuliert: »Die Sozialpolitik bildet den historisch-politischen Horizont, vor dem sich die institutionelle Sozialpädagogik entfaltet und der sie gleichzeitig begrenzt.«² Zugleich diagnostizierte er: »Dass die Sozialpolitik der Zukunft über die ›alte soziale Frage‹ hinaus zu einem verallgemeinerten Lebenslagenbezug und zu einer *materiellen Politik sozialer Rechte* werden muss und dann nicht mehr im Korsett sozialstaatlicher Balance agieren kann, ist eine *historische Notwendigkeit*.«³ Jener bald ein Vierteljahrhundert alte Optimismus aus der Frühzeit universitärer Sozialpädagogik erscheint heute gebrochen. Hinsichtlich des Konstitutionsbezugs ist es möglich, dass Hamburgers »Einführung in die Sozialpädagogik«⁴ ganz ohne Bezug auf die Sozialpolitik auskommt,⁵ während Galuskes »Flexible Sozialpädagogik« auf einer systematischen Analyse der Sozialpolitik aufruft – allerdings mit einer gegenüber dem frühen Böhnisch markant pessimistischeren Zukunftsperspektive der Sozialpolitik, die um Codes wie Neoliberalismus und Bürgerarbeit zu kreisen scheint und der Sozialpädagogik wenig Positives verheißt. Der Mittelweg scheint der begangeneren, wenn beispielsweise ein Sammelband unter dem Titel »Sozialpädagogik im Übergang«⁶ mit einer sozialpolitischen Krisendiagnostik beginnt, die Sozialpolitik dann aber weitgehend⁷ verlässt. Eine Variante dieses Mittelwegs findet sich in der veröffentlichten Fassung des For-

2 Lothar Böhnisch, *Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit*, Neuwied/Darmstadt: Luchterhand 1982, S. 1.

3 Ebd., S. 153; Hervorhebung Michael Opielka.

4 Franz Hamburger, *Einführung in die Sozialpädagogik*, Stuttgart: Kohlhammer 2003.

5 In seinen Schriften zur Migrationspolitik scheint allerdings durchaus ein politisches Interesse auf, das freilich theoriesystematisch entkoppelt und damit voluntaristisch, moralisch im individualistischen Sinn einherkommt.

6 Cornelia Schweppe/Stefan Sting (Hrsg.), *Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung*, Weinheim/München: Juventa 2006.

7 Mit Ausnahme des Aufsatzes von Helga Cremer-Schäfer (2006).

schungsantrags zu einer Berufsverbleibstudie von Rauschenbach und Krüger. Dessen »Untersuchungsschema« beginnt auf der Input-Seite mit dem Indikatorenbündel »Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik«⁸, doch ein Blick in die erhobenen Indikatoren findet jenes Bündel nicht wieder.

Diese Fundstücke aus älteren und neueren Texten des sozialpädagogischen Diskurses lassen aufhorchen: Eine sozialpolitische Konstituierung der Sozialpädagogik scheint wenig vorstellbar. Der Mittelweg führt allenfalls in Montagsreden zur Sozialpolitik. Im Rest der Woche wird sie vergessen. Betrachten wir zur Überprüfung dieser Beobachtung den Diskurs um das Verhältnis von Sozialpädagogik und Sozialer Arbeit und denjenigen um ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit.

Das Verhältnis von Sozialpädagogik und Sozialer Arbeit ist in Deutschland notorisch undiszipliniert. Galuskes erwähnte »Flexible Sozialpädagogik« ist ein beredtes Beispiel. Ihr Untertitel lautet: »Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit«. Sein Argument dafür, die Begriffe »weitgehend synonym« zu verwenden, sind zum einen »stilistische Gründe«, zum anderen eine von anderen Autoren entwickelte »Konvergenzthese«⁹. Der institutionelle Grund für das begriffliche Durcheinander wird leider selten explizit reflektiert: die Trennung der professionellen Ausbildung in Fachhochschulen und Universitäten. Vereinfacht: Erstere produzieren die Masse und die Soziale Arbeit, die zweiten Forschung, Publikationen und die Sozialpädagogik. Während die Soziale Arbeit zumindest theoretisch – und praktisch in vielen Ländern (Skandinavien, Großbritannien, teils in den USA) – ihren systematischen Bezug zur Sozialpolitik nicht verhehlt (so wird sie in Finnland an Departments for Social Policy unterrichtet), scheint die Sozialpädagogik als erziehungswissenschaftliche Subdisziplin staatsfern: Wie ihre große Schwester, die Schulpädagogik, verleugnet sie in Deutschland ihre Staats- und damit Politikkonstituierung und begibt sich damit der Chance einer wahr-

8 *Salvatore Pasquale Angiletta/Kirsten Fuchs/Parviz Rotampour*, AbsolventInnen erziehungswissenschaftlicher Hauptfachstudiengänge. Beruflicher Verbleib, Berufskarrieren und berufliches Selbstverständnis – Eine bundesweite empirische Untersuchung, in: *Hans-Uwe Otto/Gertrud Oelerich/Heinz-Günter Micheel* (Hrsg.), *Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*, München/Unterschleißheim: Luchterhand 2003, S. 357–380, hier S. 360.

9 *Michael Galuske* (wie Anm. 1), S. 11.

heitsnäheren, also wissenschaftlichen Reflexion ihrer Konstituierung. Eine denkbare Lösung, nämlich die Integration von Fachhochschul- und Universitätsausbildung in Professional Schools der Universitäten unter mehr oder weniger dauerhafter Mitwirkung der Fachhochschulstrukturen, wird hierzulande noch nicht einmal angedacht.

Der Diskurs um ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit wiederum¹⁰ oszilliert innerhalb des Mainstreams zwischen ganz selbstverständlichen Beobachtungen, dass die Soziale Arbeit selbst und natürlich ihre Klienten von sozialpolitischen Prozessen umfassend betroffen sind und eine advokatorische »Selbstmandatierung«¹¹ nahe liegt, und der Annahme, dass nur »Fachlichkeit«¹² oder »Professionalität«¹³ eine politische Aufmerksamkeit begründen könnte. Dass diese Positionen im Wesentlichen von den meist impliziten Politikkonzepten geprägt sind, fällt den Diskutanten schon deshalb nicht auf, weil eine vergleichende Reflexion dieser Konzepte ausbleibt. Hier wäre beispielsweise ein Blick in die USA und die Rolle der »National Association of Social Workers (NASW)« hilfreich, die mit ihren gut 140.000 Mitgliedern umfassende politische Lobby-Arbeit betreibt,¹⁴ aus einer ganz pragmatischen Perspektive heraus, für die moralisch-ethische Ziele Bestandteil des Berufsprofils sind.

Insoweit fällt eine eigentümliche Selbstbeschränkung der Sozialpädagogik als Disziplin auf. Man mag einwenden, dass dies erkannt wurde und beispielsweise in stark besuchten »Bundeskongressen Soziale Arbeit« die Sozialpolitik thematisiert wird. Doch der disziplinäre Niederschlag steht noch aus, wie die zitierten Texte zeigen. Nicht zuletzt aufgrund meiner persönlichen Berufsbiographie als Erziehungswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, als Soziologe und Hochschullehrer für Sozialpolitik möchte ich der Sozialpädagogik eine Art Triangulation vorschlagen: eine Reflexion aus sozialpolitischer und soziologischer Perspektive. In den nächsten Schritten soll beides, wenngleich sehr knapp, versucht werden. Der

10 *Roland Merten* (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, Opladen: Leske & Budrich 2001.

11 *Christoph Kusche/Rolf Krüger*, *Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen!*, in: *Roland Merten* (wie Anm. 10), S. 15–25.

12 *Siegfried Müller*, *Soziale Arbeit: Ohne politisches Mandat politikfähig*, in: *Roland Merten* (wie Anm. 10), S. 145–152.

13 *Roland Merten*, *Soziale Arbeit: Politikfähigkeit durch Professionalität*, in: *ders.* (wie Anm. 10), S. 159–178.

14 Überblick: www.socialworkers.org

Fokus sind soziale Garantien und die Funktion der Sozialpädagogik in deren Herstellung und Sicherung.

2. Soziale Garantien und Sozialpädagogik: Sozialpolitische Reflexion

Sozialpolitik wurde und wird mit präventiven Wirkungen begründet. Sie soll Kriminalität verhindern, Demokratie und Frieden bewahren und Fundamentalismen überflüssig machen. Dahinter stehen zwei starke Annahmen, eine empirische und eine theoretische. Die starke empirische Annahme besteht darin, dass sozialpolitische Interventionen soziale Wirkungen haben. Die starke theoretische Annahme besteht in einem Standardkonzept gleichheitsorientierter Normalität, dessen Abweichungen Intervention begründen, wobei sich dabei noch eine sozialtechnokratische und eine sozialutopische Variante unterscheiden lassen. Befürworter und Kritiker beider Annahmen finden sich in der sozialpolitischen, sozialpädagogischen und soziologischen Literatur.

Eine Neuorientierung der Diskussionslage dürfte sich nach 1989, dem Zusammenbruch der klassischen Kapitalismus-Kommunismus-Dualität, insoweit ergeben haben, als die Standardkonzepte von Normalität neu justiert wurden. Die sozialutopische Wirkungsvariante scheint erschöpft, der Fortfall des kompetitiv sozialistischen Modells führte zu einer Reformulierung sozialreformerischer Programmatiken (»Workfare statt Welfare«, Mindest- statt Lebensstandardsicherungen, Marktsteuerung, investive Sozialpolitik usw.). Sie lassen sich als eine Konzentration sozialpolitischer Interventionen zugunsten von mehr oder eben weniger voraussetzungsvollen sozialen Garantien beschreiben. Allerdings müssen sich auch diese der genannten empirischen und theoretischen Kritik stellen.

Diese Kritik soll nun unter dem Fokus der Präventivwirkung sozialer Garantien geleistet werden. Prävention wird dabei methodisch von Intervention abgegrenzt, unterliegt allerdings einem »generellen Gefährdungsverdacht«¹⁵, weil Handlungs- und Verursachungsketten sozialer Probleme meist nicht eindeutig, Präventionsbemühungen

15 Karin Böllert, Prävention und Intervention, in: *Hans-Uwe Otto/Hans Thiersch* (Hrsg.), *Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik*, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel: Luchterhand 2001, S. 1394–1398, hier S. 1397.

damit häufig unspezifisch angelegt sind. Am Beispiel von drei Politikfeldern – Bildung, Gesundheit, Armut – werden empirische und theoretische Annahmen kontrastiert: Was genau wird unter sozialen Garantien bzw. sozialen Grundrechten in diesen Politikfeldern diskursiv verhandelt? Welche Präventionswirkungen werden damit jeweils verknüpft? Welche empirischen und welche theoretischen Evidenzen werden in den Diskursen vorgetragen? Welche Rolle spielen sozialpolitische Diskurse in diesem Zusammenhang?

a) Bildung und soziale Garantien

»Nach PISA« erhielt die Bildungspolitik in Deutschland skandalisierte Aufmerksamkeit. Auch die Sozialpädagogik spielte dabei eine Rolle. Der Kommission, die den 2005 veröffentlichten Zwölften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zum Thema »Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule« erstellte, saß mit Thomas Rauschenbach ein Sozialpädagoge vor.¹⁶ Die Sachlage ist insoweit kompliziert, als die Bildungspolitik in Deutschland bisher nicht als sozialpolitisches Feld konzipiert wurde, was sich neuerdings zu ändern scheint.¹⁷ Aus Sicht der Sozialpädagogik sind drei Bereiche interessant: der frühkindlich-vorschulische Bereich, die Schulsozialarbeit und die Berufsförderung.

Greifen wir den erstgenannten Bereich heraus, der zudem im 12. Kinder- und Jugendbericht stark gemacht wurde, auch mit sozialpädagogischen Begründungen. Zum 1. Januar 2007 wird das bisherige Erziehungsgeld durch das »Elterngeld« ersetzt. Danach erhalten Eltern, die zum Zwecke der Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, im ersten Lebensjahr ihres Kindes Elterngeld in Höhe von 67 % des entfallenen Nettoerwerbseinkommens. Von dieser Reform wird unter anderem erwartet, dass Mütter zu einem früheren Wiedereinstieg in den Beruf ermutigt werden. Bisherige Reformen, die primär darin bestanden, die Elternzeit auszudehnen, haben eher dazu geführt, dass die Berufsrückkehr von Müttern abgenommen hat. Schätzungen des DIW Berlin lassen erwarten, dass das Elterngeld zu kürzeren Erwerbsunterbrechungen von Müttern mit kleinen

16 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, o. O. (München) 2005.

17 *Michael Opielka* (Hrsg.), *Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.

Kindern führen wird. Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern im zweiten Lebensjahr wird nach diesen Schätzungen auf knapp 40 % ansteigen.¹⁸ Eine Beteiligung des anderen Elternteils, in der Regel wohl des Vaters, wird durch zwei zusätzliche Bezugsmonate gratifiziert. Die soziale Garantie des bisherigen Erziehungsgeldes auf niedrigerem Niveau, jedoch mit längerer Laufzeit (2 Jahre, in einigen Bundesländern 3 Jahre), wird durch eine kurzzeitigere Garantie auf höherem Niveau ersetzt. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der sozialpolitische Diskurs fokussierte auf Mütter und die Hebung ihrer Erwerbsbeteiligung.
- Als Präventionswirkungen gelten eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit, damit eine Reduzierung des Armutsrisikos vor allem von Alleinerziehenden.
- Die empirischen und theoretischen Evidenzen für diese Wirkungen sind recht stark. Allerdings fehlte im deutschen Diskurs seit 2002 – dem Jahr, in dem die CDU/CSU-Opposition noch mit dem alternativen Konzept eines langzeitigen »Familiengeldes« in den Bundestagswahlkampf zog – eine alternative Position, für die ebenfalls starke Argumente vorgebracht werden könnten.¹⁹
- Die sozialpolitischen Diskurse waren entscheidend für diese Reform. Sie wurden vor allem von arbeitsmarktlichen Funktions- und feministischen Hegemonieinteressen geprägt. Bildungs- und Erziehungsdiskurse spielten in der Frage einer optimalen Organisation der vorschulischen Periode kaum eine Rolle. Zwar wird im 12. Kinder- und Jugendbericht darauf hingewiesen, dass monetäre Leistungen der Familienpolitik das Armutsrisiko von Familien deutlich reduzieren, vor allem aber darauf, dass der Erziehungsurlaub die Berufslaufbahn von Frauen gefährdet.²⁰ Lösungen dieser Eltern- und vor allem Mütterfalle auf dem Arbeitsmarkt werden jedoch nur in einer Verkürzung der Ausstiegszeit gesucht. Das Normalitätsmodell des männlichen Erwerbstätigen wird nicht infrage gestellt, der »Myth of a Dual-Earner Society«²¹ wird kontrafaktisch gepflegt (auch Lewis 2003).

18 C. Katharina Spieß/Katharina Wrohlich, Elterngeld: kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet, in: DIW-Wochenbericht, 48 (2006), S. 689–693.

19 Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004.

20 BMFSFJ (wie Anm. 16), S. 253 ff.

21 Trine P. Larsen/Peter Taylor-Gooby/Johannes Kananen, The Myth of a Dual-

b) Gesundheit und soziale Garantien

Im Gesundheitsbereich, der unterdessen (einschließlich der Rehabilitation) zum zweitgrößten sozialpädagogischen Arbeitsfeld nach der Jugendhilfe wuchs,²² lassen sich die stärksten Traditionen des Themas Prävention beobachten. Ende 2004 wurde seitens der damaligen Bundesregierung sogar der Entwurf eines »Präventionsgesetzes« vorgelegt, der jährlich 250 Mio. Euro aus Mitteln der Sozialversicherungen in Präventionsaufgaben umsteuern sollte.²³

Die Erwartungen an Leistungssteigerungen und Kostensenkungen durch Prävention sind hoch. Zugleich sollen »hohe Lebensqualität« gesichert sowie eine Reduzierung von »20 bis 30 Prozent der heutigen Gesundheitsausgaben in Deutschland«²⁴ ermöglicht werden. Der Präventionsdiskurs wird im Diskurs der neueren Medizin und Gesundheitswissenschaft als »Gesundheitsförderung« geführt,²⁵ entfernt sich damit von verhaltensmoralischen und punitiven Diskursen, die noch bis in die 1980er Jahre auch in der sozialpädagogischen Literatur als körperbezogene Sozialdisziplinierung kritisch reflektiert wurden. Möglicherweise hat der sozial- und gesundheitspolitische Diskurs auf jene Kritik reagiert und die individualistische Perspektive der Lebensqualität dagegen in Anschlag gebracht. Allerdings haben sich seitdem auch die gesundheitspolitischen Koor-

Earners Society. New Policy Discourses in European Welfare States, Paper presented at the WRAMSOC (Welfare Reform and Management of Societal Change) Berlin Conference, 23.–25.4.2004.

- 22 *Wolfgang Schröder/Stephan Sting*, Vergessene Themen der Disziplin – neue Perspektiven für die Sozialpädagogik?, in: *Cornelia Schweppe/Stefan Sting* (Hrsg.), *Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung*, Weinheim/München: Juventa 2006, S. 17–30, hier S. 25 ff.
- 23 *Kerstin Kreuger*, Sozialversicherungen sollen Präventionskosten allein tragen – Keine Mitfinanzierung durch Bund, Länder und Privatversicherungen, in: *Soziale Sicherheit*, 1 (2005), S. 19–23.
- 24 *Theodor Klotz/Jochen Haisch/Klaus Hurrelmann*, Prävention und Gesundheitsförderung: Ziel ist anhaltend hohe Lebensqualität, in: *Deutsches Ärzteblatt*, Jg. 103, 10 (2006), S. A606–609, hier S. A608; auch *Rosmarie Apitz/Stefan F. Winter*, Potenziale und Ansätze der Prävention – aktuelle Entwicklungen in Deutschland, in: *Der Internist*, Bd. 45, 2, Februar 2004.
- 25 *Klaus Hurrelmann/Theodor Klotz/Jochen Haisch* (Hrsg.), *Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung*, Bern: Huber 2004.

dinaten verschoben. Zunehmend erscheint das Problem der Rationierung, einer institutionalisierten Dauer-Triage die sozialpolitischen Garantien auf eine bestmögliche Gesundheitsversorgung für jede und jeden zu unterminieren. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der sozialpolitische Diskurs fokussiert auf Kostenbegrenzung.
- Gesundheitsförderung und Prävention sollen zugleich individuelle Lebensqualität und kollektive Kostensenkung organisieren. Eine Skalierung beider Ziele und eine systematische Diskussion ihrer Optimierung geschieht kaum.
- Empirische und theoretische Evidenzen für die Wirksamkeit von Prävention sind hoch. Dies gilt allerdings eher für die Ziel-dimension Lebensqualität als für diejenige der Kostensenkung.
- Sozialpolitische Diskurse scheinen von erheblicher Bedeutung. Die Integration beispielsweise der Gesundheitsförderung in die Ausbildungsordnungen der medizinischen Profession²⁶ kann als Langzeitergebnis der Präventionsdiskurse der 1970er und 1980er Jahre gelten.

Der Präventionsdiskurs verweist auch auf Probleme der Finanzierung der sozialen Sicherung. Die deutsche Dominanz von arbeitnehmerfinanzierten Sozialversicherungen und die Möglichkeit, deren Mittel zu verteilen ohne in den sichtbareren Steuerhaushalt eingreifen zu müssen, reduzieren zwangsläufig die Reichweite von Prävention. Auch empirisch erweisen sich hierbei Systeme der Bürgerversicherung oder auch der Steuerfinanzierung als überlegen. Bevor wir zum dritten Feld sozialer Garantien, denjenigen gegen Armut, gelangen, sollen deshalb in Abbildung 1 die sozialpolitischen Garantien mit den Regimetyphen kombiniert werden, wie ich sie in Erweiterung der Typologie von Esping-Andersen vorgeschlagen habe.²⁷

26 *Klaus Hurrelmann u. a.* (wie Anm. 25).

27 *Michael Opielka* 2004 (wie Anm. 19).

Abbildung 1

Regimetypen und exemplarische sozialpolitische Garantien

<i>Wohlfahrtsregime</i>	<i>Sozialstaatsmodell</i>	<i>Sozialpolitische Garantie</i>	<i>Krankenversicherungsfinanzierung</i>	<i>Grundeinkommenssicherung</i>
<i>Liberalismus</i>	Friedman	Marktzugang (<i>Fürsorge</i>)	Privatversicherung (USA)	Sozialhilfe/negative Einkommenssteuer
<i>Sozialdemokratie</i>	Beveridge	Bürgergleichheit (<i>Solidarität</i>)	steuerfinanziert (GB, UK)	Recht auf Arbeit/Grundsicherung
<i>Konservatismus</i>	Bismarck	Statussicherung (<i>Versicherung</i>)	Lohnbeiträge (Deutschland)	Workfare/Familienunterhalt Sozialhilfe
<i>Garantismus</i>	Paine	Menschenrechte (<i>Gerechtigkeit</i>)	Bürgerversicherung (Österreich, Schweiz)	Grundeinkommen/Grundeinkommensversicherung

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004, S. 295 (Abb. 52, Auszug) und S. 191 (Abb. 36, Auszug)

c) Armut und soziale Garantien

Bereits das Eingangszitat von Böhnisch zu einer »materiellen Politik sozialer Rechte«²⁸ bezog sich auf soziale Garantien gegen Armut. Seitdem haben sich die Diskurse ausdifferenziert. Im sozialdemokratischen Mainstream der modernen Sozialpädagogik wird zwar die Exklusionsneigung des lohnarbeitszentrierten Sozialstaatsmodells reflektiert. Ein hier häufig zitierter Autor ist Bäcker.²⁹ Allerdings verbleiben die Konzepte sozialer Garantien gewöhnlich innerhalb dieses Modells, dessen mangelhafte armutspräventive Wirkung nicht zuletzt mit dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) evident wurde.

28 Lothar Böhnisch (wie Anm. 2), S. 1.

29 Z. B. Gerhard Bäcker, Soziale Sicherung, in: Hans-Uwe Otto/Hans Thiersch (Hrsg.) (wie Anm. 15), S. 1709–1728.

Abbildung 2
Welfare-Regime-Typen und Konzeptionen der Aktivierung

<i>Wohlfahrts- regime</i>	liberal <i>(level 1)</i>	sozialdemokra- tisch <i>(level 2)</i>	konservativ <i>(level 3)</i>	garantistisch <i>(level 4)</i>
<i>Aktivie- rungs- system</i>	Markt	Staat	Gemeinschaft (Familie, Be- rufsstand)	Sinn/Legitima- tion
<i>Armuts- konzept</i>	Armut	Ungleichheit	soziale Exklusion	Teilhabe- defizienz
<i>sozialpoli- tischer Adressat</i>	Produzent/ Kunde	Arbeitnehmer/ Sozialbürger	Familienper- son/Gruppen- selbst	Individuum/ autonomer Bürger
<i>Aktivie- rungs- konzept</i>	»workfare«/ Inklusion durch Pro- duktivismus (ohne soziale Dienstleis- tung)	»aktivierender Staat«/Inklusion durch erweiter- te »Arbeiterpo- litik«	»Normalisie- rung«/Inklu- sion durch »Familienpoli- tik«, »Grup- penpolitik« (Minoritäten)	Empower- ment/Inklu- sion als Grundrecht
<i>Ressourcen- fokus</i>	ökonomi- sche R.	rechtliche R.	Verhaltens-R. Moral	Handlungs- kompeten- zen/Ethik
<i>Konzeption sozialer Gerechtig- keit</i>	Leistungs- gerechtigkeit	Verteilungs- gerechtigkeit	Bedarfs- gerechtigkeit	Teilhabe- gerechtigkeit

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004, S. 90 (gekürzt)

Starke Annahmen über präventive Wirkungen wurden mit den sozialdemokratischen Konzepten des »aktivierenden Sozialstaats« verbunden. Aktivierungskonzepte existieren jedoch, wie die Abbildung 2 zeigt, in allen politischen Lagern, gleichwohl mit sehr unterschiedlichen Annahmen und Effekten. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der Mainstream des neueren Armutsdiskurses rekonstruiert Armut im Wesentlichen als Mangel existenzsichernder Arbeitsplätze. Durch »Aktivierung« und »workfare« soll eine umfassen-

de Teilnahme bzw. Teilhabe am Arbeitsmarkt und darüber die Beseitigung von Armut erreicht werden. Der hierzu alternative, »garantistische« Diskurs um Grundeinkommen bezweifelt mit dem Verweis auf »Working Poor« die behauptete Integrationskraft des Arbeitsmarktes für die Gesamtbevölkerung und empfiehlt auch deshalb eine Lockerung des Arbeitsbegriffs.

- Die Präventionswirkungen des »Aktivierungs«-Diskurses zielen auf die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung, diejenigen des konkurrierenden Grundeinkommensdiskurses auf die Universalisierung sozialer Bürgerrechte.
- Empirische Evidenzen sind für beide Positionen widersprüchlich. Theoretische Evidenzen sprechen eher für die »garantistische« Position, da diese mit einer individualistischen und expressiven Sozialmoral moderner Bürger eher übereinstimmt.
- Sozialpolitische Diskurse konstituieren auch hier die politische Wirklichkeit.

Zum Abschluss des zweiten Abschnitts möchte ich eine Typologie (Abbildung 3) vorstellen, in der die sozialpolitischen Regimetypen politisch-soziologisch und kultursoziologisch rekonstruiert werden. Damit wird zugleich eine Brücke zum letzten Abschnitt geschlagen.

Abbildung 3
Vier Typen des Wohlfahrtsregimes

Variable	Typen des Wohlfahrtsregimes			
	<i>liberal</i>	<i>sozialdemo- kratisch</i>	<i>konservativ</i>	<i>garantistisch</i>
Dekommodifizierung	schwach	stark	mittel (für »Familien- ernährer«)	stark
Residualismus (Minimalsozialstaat)	stark	schwach	stark	schwach
Privatisierung	hoch	niedrig- mittel	niedrig- mittel	mittel
Korporatismus/ Etatismus	schwach	mittel	stark	schwach

Variable	Typen des Wohlfahrtsregime			
	<i>liberal</i>	<i>sozialdemo- kratisch</i>	<i>konservativ</i>	<i>garantistisch</i>
Umverteilung	schwach	stark	schwach	mittel
Vollbeschäftigungs- garantie	schwach	stark	mittel	mittel
Bedeutung von – Markt – Staat – Familie/Ge- meinschaft – Menschen-/ Grundrechte	zentral marginal marginal mittel- hoch	marginal zentral marginal mittel	marginal subsidiär zentral marginal	mittel subsidiär mittel zentral
Dominante Form sozialstaatlicher Solidarität	indivi- dualis- tisch	lohnarbeits- zentriert	kommuni- taristisch- etatistisch	Bürgerstatus, universalis- tisch
Dominante Form der sozialstaatlichen Steuerung	Markt	Staat	Moral	Ethik
Empirische Beispiele	USA	Schweden	Deutsch- land, Italien	Schweiz (»weicher G.«)

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004, S. 35 (erweitert).

3. Professionalität Sozialer Arbeit in der Bürgergesellschaft

Die politisch-soziologische Regulationsperspektive in Bezug auf die Wirksamkeit wohlfahrtsstaatlicher Intervention wurde differenziert nach insgesamt vier Deutungsmustern untersucht, die sich auch an der Wohlfahrtsregime-Typologie von Esping-Andersen orientieren. Die Vereinseitigungen der vier Deutungsmuster mit ihrem Fokus auf Markt, Staat, Gemeinschaft oder Ethik legen multidimensionale Konzepte zur Analyse des Zusammenhangs von Sozialpädagogik und Wohlfahrtsstaat zwingend nahe, wie sie hier skizziert wurden. Glücklicherweise ist die Wirklichkeit hilfreich. Denn in einem wi-

dersprüchlichen, keineswegs immer linearen, modernisierungstheoretischen Annahmen folgenden Prozess haben sich soziale Grundrechte auf die Agenda geschoben, meist bewusst intendiert durch soziale Akteure, nicht selten freilich als Nebenfolge rein funktional gedachter Entscheidungen. Es ist dieser komplexe Prozess, den »Neo-Institutionalisten« in der Soziologie und den Politikwissenschaften fokussieren und dabei erstaunt feststellen, wie eine »Weltkultur«³⁰ entstand, die den Kern des »Europäischen Sozialmodells« kulturell einschließt – trotz scheinbarer Gegenbewegungen. Jener Kern ist die Gleichheit des Menschen, sind Freiheit und Solidarität, gleichsam die Werte der Französischen Revolution, von Christentum und Aufklärung, die sich in den Menschenrechten universalisierten und in anderen Kultur- und Religionskreisen auch deshalb auf Resonanz stoßen, weil sie die Wirklichkeit auf den Begriff bringen. Die drei diskutierten Fragestellungen (Bildung, Gesundheit, Armut) rekonstruierten sozialpolitische Wertkonflikte, die nicht nur zwischen individuellen und kollektiven Akteuren, sondern auch je in ihnen selbst beobachtet werden können.³¹

Die Soziale Arbeit befindet sich heute vor allem in Deutschland in einer unerfreulichen Opferrolle gegenüber Sozialreformen wie beispielsweise »Hartz IV«, die den sozialen Status ihrer Klienten abwerten. Der Grund für dieses tendenzielle Versagen liegt in ihrer Depolitisierung und ihrer Deprofessionalisierung. Depolitisierung deshalb, weil weder die praktischen noch die akademischen VertreterInnen der Disziplin bewusst die Abwertung ihrer Klienten wollen, zugleich aber zu wenig politische Reflexivität gelehrt und kommuniziert wird. Deprofessionalisierung deshalb, weil die deutsche Soziale Arbeit – ganz anders als bspw. Social Work in den USA – ihre fehlende, auf die forschungsschwachen Fachhochschulen begrenzte Akademisierung oft auch noch mit dem naiven Verweis auf Praxisnähe begrüßt. In einer Wissensgesellschaft ist damit die systemische Bedeutungsarmut programmiert. Unterdessen droht selbst die späte Akademisierungswelle in der Pflege an der Sozialen Arbeit vorbeizuziehen.

30 *John W. Meyer*, *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*, Frankfurt: Suhrkamp 2005.

31 *John W. Meyer*, *World Society, the Welfare State and the Life Course. An Institutional Perspective*, Social World – Working Paper No. 9, Bielefeld: Universität Bielefeld 2004, S. 73.

Der Trend zur Personenzentrierung, wie er in der Sozialpsychiatrie und teils der Jugendhilfe zu beobachten ist, bietet enorme Chancen für eine kontextuierte und zugleich individualisierte Soziale Arbeit. Damit könnten in den letzten Jahren verschüttete fachliche Zugänge neu eröffnet werden, wie beispielsweise der Kulturvergleich oder die psychoanalytische Sozialarbeit. Diese Chancen sind heute mehr als früher bedroht durch den Trend zur Ökonomisierung, der in der Sozialen Arbeit unter Chiffren wie »Sozialwirtschaft« den primär gemeinschaftlichen und helfenden Professionskern verunklart. Diesem Kern gegenüber erfüllen Kompetenzen des Sozialmanagements oder -marketings stets nur eine dienende Funktion – ähnlich wie kein Krankenhausbetriebswirt behaupten kann, das Wesen der Medizin zu pflegen. Der Ökonomismus (philosophisch: Utilitarismus) neigt gleichwohl zu Überheblichkeit und Kolonialisierung. Dagegen helfen nur Professionalität und Berufsethik. Was sich nicht ändern sollte, ist die intuitive Parteilichkeit, die praktisch alle Fachkräfte der Sozialen Arbeit als Primärkompetenz mitbringen. Damit sie nicht naiv wird und »hilflose Helfer« produziert, muss sie um Reflexion ergänzt werden.

Eine Reihe neuer, auch in der Sozialgesetzgebung (u. a. § 93 BSHG) verankerter Instrumente wie der »Integrierte Behandlungs- und Rehabilitationsplan (IBRP)«, »Individuelle Hilfepläne (IHP)«, »Persönliche Budgets (PB)« und die »Hilfeplankonferenz (HPK)« sind Bestandteil einer Neuorientierung sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen, die von vielen Beobachtern als Ausdruck einer zunehmenden Marktorientierung verstanden werden, teils eingebaut in »Neue Steuerungsmodelle« vor allem der kommunalen Sozialpolitik wie »New Public Management (NPM)« und einer zielgesteuerten Unternehmensführung (*Management by Objectives, MBO*) in sozialen Einrichtungen.³² Sie finden sich nicht nur in der Sozialpsychiatrie, sondern beispielsweise auch in der Jugendhilfe.³³

Wie sind diese Entwicklungen zu bewerten? Wichtig ist dabei, dass man zwischen den analytischen Ebenen von Institutionen genug unterscheidet. In Abbildung 4 wird ein einfaches Modell profes-

32 Sissel Seim, Marktförmige Steuerungsmodelle und Nutzerpartizipation – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Hans-Uwe Otto/Stephan Schnur (Hrsg.), Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive, Neuwied/Kriftel: Luchterhand 2000, S. 155–173.

33 Hans-Uwe Otto/Stephan Schnur (Hrsg.) (wie Anm. 32).

sioneller Handlungsebenen zwischen Individuum, Institutionen und Gesellschaft skizziert. Die neueren Steuerungsmodelle lassen sich dabei verschiedenen Ebenen zuordnen.

Abbildung 4

Systemebenen der Sozialpolitik in der Sozialpsychiatrie

Gesellschaft Gemeinde	Makro	»Aktivierung«, »Workfare« New Public Management
Institution (Professionelle)	Meso	Persönliche Budgets Hilfeplankonferenz
Person (Nutzer, Klient)	Mikro	IBRP/IHP

Quelle: Eigene Darstellung

Der »Personenzentrierte Ansatz« scheint dabei ein Fluchtpunkt nicht nur in der Sozialpsychiatrie zu sein. Hier gibt es nun zumindest zwei ganz unterschiedliche Bewertungen, die auf die Handlungsebenen zurückgeführt werden können. Während die Befürworter des neuen Ansatzes³⁴ in der Fokussierung auf den Hilfeadressaten einen enormen Perspektivengewinn erkennen, möchte beispielsweise Klaus Dörner sowohl der »Personenzentrierung« wie der »Profizentrierung« eine »Sozialraum- oder Bürgerzentrierung entgegensetzen«³⁵. Während Dörner eher auf die Makro- und ein wenig die Mesoebene fokussiert, scheinen Schulte-Kemna u. a. eher die Mikro- und ein wenig die Mesoebene in den Blick zu nehmen. Es ist hier nicht Ge-

34 Z. B. Georg Schulte-Kemna/Jürgen Armbruster/Rainer Kluza, Hilfeplanung zwischen Individualisierung, Verbundorientierung und Bürokratisierung. Anmerkungen zu Klaus Dörners Kritik am Personenzentrierten Ansatz, in: Kerbe, 4 (2004), S. 4–7.

35 Klaus Dörner, Es ist verboten, Personen zu zentrieren!, in: Soziale Psychiatrie, 1 (2005), S. 34.

genstand, was eigentlich genau an sozialtherapeutischer und sozialpädagogischer Professionalität Not tut. Man muss vermuten, dass diese – m. E. zentrale – professionelle Frage eher im Dickicht der Diskussion verschwindet. Denn was bislang an praktischen Erfahrungen von Hilfeplankonferenzen verlautet, so mögen sie als »Herzstück personenzentrierter Umgestaltung«³⁶ doch nur bezeichnet werden können, wenn man therapeutisch-pädagogische Prozesse auf Dienstleistungscoordination reduziert. Letztlich bleibt die tatsächliche Dienstleistung der »professionellen Kunst« den jeweils Tätigen und ihren Einrichtungen überlassen – wobei die sozialräumliche Vernetzung der Tätigen, im Sinne Dörners, als Bestandteil zeitgemäßer Professionalität gelten muss.

Unsere Frage geht aber über das unmittelbar klientenzentrierte Handeln hinaus. Die gegenwärtig spürbare Beunruhigung unter den Mitarbeitern der Sozialen Arbeit hat ihre Ursache darin, dass hinter den neuen Entwicklungen letztlich fiskalische Sparinteressen stehen. Effizienzsteigerung durch bürokratische Prozeduren wird bezweifelt. Der Grund liegt in einem Misstrauen gegenüber der »großen« Sozialpolitik. Dieses Misstrauen ist nicht unberechtigt. Seit Mitte der 1990er Jahre, nicht zufällig auch seit dem Ende der Ost-/West-Blockkonfrontation und dem weltweiten »Sieg des Kapitalismus«, hat sich in den westlichen Wohlfahrtsstaaten die Rhetorik »from welfare to workfare«, ein Paradigma der »Aktivierung«, eines »aktivierenden Sozialstaats« durchgesetzt.³⁷ Diese »Transformation des Wohlfahrtsstaats«³⁸ zielt darauf hin, die Erwerbs- oder besser: Lohnarbeitszentrierung der Sozialpolitik wieder verschärft durchzusetzen. Die Vertreter dieser Transformation wollen die Prozesse sozialpolitischer »Dekommodifizierung« rückgängig machen. »Dekommodifizierung« heißt, dass nicht nur die Warenform der Lohnarbeit (commodity/commoditas = Ware) zur Existenzsicherung verhilft, sondern dass sozialpolitisch erkämpfte Existenzsicherungspfade *neben* der Lohnarbeit möglich sind.

Was in den politischen Diskursen als »neoliberal« bezeichnet wird, meint in der Regel den Kampf für ein möglichst liberales Wohlfahrtsregime, das auf Leistungsgerechtigkeit (am Markt) ab-

36 *Michael Konrad/Sabine Gnannt-Kroner*, Hilfeplankonferenz als Herzstück personenzentrierter Umgestaltung, in: *Kerbe*, 4 (2004), S. 16–19.

37 *Michael Opielka* (wie Anm. 17).

38 *Neil Gilbert*, *Transformation of the Welfare State. The Silent Surrender of Public Responsibility*, Oxford et al.: Oxford University Press 2002.

hebt, die Idee der »Eigenverantwortung« verallgemeinert, auch wenn die Eigenkräfte ungleich verteilt sind, und das letztlich nur vom Individuum ausgehende Werte gelten lässt. Armut wird in dieser Sichtweise anthropologisiert, eine gesellschaftliche Verantwortung für Armut wird bestritten. Der Arbeitsmarkt soll dominant die soziale Sicherung regulieren (= Re-Kommodifizierung).

Es ist soziologisch, sozialpolitisch und sozialphilosophisch nachvollziehbar, dass alle vier der im Kontext der Wohlfahrtsregime-Analyse genannten Gerechtigkeitskonzepte ihre Berechtigung haben. Problematisch wird es jedoch, wenn man sie vereinsseitigt. Hier liegt nun der Grund für das Unbehagen vieler politisch sensibler Mitarbeiter und Betroffener im Sozialbereich. Man spürt, dass die Legitimität sozialpolitischer Investitionen selbst – möglicherweise immer wieder neu – erkämpft werden muss. Wer sich advokatorisch, anwaltlich auf die Seite der sozial Schwächsten stellt, benötigt einen gesellschaftspolitisch sensiblen und kenntnisreichen Blick.

Dieser Blick muss entmystifizieren. Klaus Dörners Fokus auf die »Selbstbestimmungsunfähigen« kann ihn trüben. Wenn er von der Ratlosigkeit eines sozialpsychiatrischen Teams und dessen Frage berichtet: »Was sollen wir denn seit dem neuen personenzentrierten Konzept tun, wenn wir die psychisch Kranken nur noch nach ihren Wünschen fragen und – im Respekt ihrer Selbstbestimmung – ihre Wünsche erfüllen dürfen?« und dies zu »meinen bleibenden Bildungserlebnissen«³⁹ rechnet – dann wundert man sich auch hier über Vereinsseitigungen. Welcher Professionelle würde schon »nur« danach fragen, um »nur« irgendwelche »Wünsche (zu) erfüllen? Zur professionellen Dienstleistungskunst gehört eben, die Teilhaberechte der Klienten mit anderen Rechten und Pflichten abzuwägen. Sie, die Professionellen, »müssen lernen, eine feine Linie zu ziehen zwischen zu offen formulierten Kontrakten einerseits, in denen Profitmotive einfließen und durch Qualitätsminderung Kostenersparnisse erzwungen werden können, und den zu restriktiv formulierten Kontrakten andererseits, durch die eine Kommodifizierung sozialer Hilfen entsteht, welche die Rolle professioneller Praxis schwächt und die Qualität sozialer Dienste mindert.«⁴⁰

Die Partizipation aktiver – und nicht von oben »aktivierter« – Bürgerinnen und Bürgern im und am Sozialstaat erfordert auch bürokratische Prozeduren, von der Selbstorganisation von Betroffenen

39 Klaus Dörner (wie Anm. 35), S. 37.

40 Neil Gilbert (wie Anm. 38), S. 153.

bis zur organisatorisch vermittelten Nutzerbeteiligung in politischen und Wohlfahrtsinstitutionen. Sie kann sich aber einer Instrumentalisierung beispielsweise zugunsten von Sparpolitiken nur entziehen, wenn auf allen Ebenen ein Bewusstsein jener »feinen Linie« existiert, von der Neil Gilbert spricht. »Personenzentrierung« so verstanden ist damit zugleich ein umfassendes sozialpolitisches Projekt. Eine Bürgergesellschaft will beides: individuelle Leistungen und individuelle Selbstverantwortung.

Literatur

- Angiletta, Salvatore Pasquale/Fuchs, Kirsten/Rotampour, Parviz*: AbsolventInnen erziehungswissenschaftlicher Hauptfachstudiengänge. Beruflicher Verbleib, Berufskarrieren und berufliches Selbstverständnis – Eine bundesweite empirische Untersuchung, in: *Otto, Hans-Uwe/Oelerich, Gertrud/Michel, Heinz-Günter* (Hrsg.): Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, München/Unterschleißheim 2003, S. 357–380.
- Apitz, Rosmarie/Winter, Stefan F.*: Potenziale und Ansätze der Prävention – aktuelle Entwicklungen in Deutschland, in: *Der Internist*, Bd. 45, 2, Februar 2004.
- Bäcker, Gerhard*: Soziale Sicherung, in: *Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans* (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel 2001, S. 1709–1728.
- Beck, Ulrich/Lau, Christoph*: Theorie und Empirie reflexiver Modernisierung: Von der Notwendigkeit und den Schwierigkeiten, einen historischen Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne zu beobachten und zu begreifen, in: *Soziale Welt*, 56 (2/3) (2005), S. 107–135.
- Böhnisch, Lothar*: Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit, Neuwied/Darmstadt 1982.
- Böllert, Karin*: Prävention und Intervention, in: *Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans* (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel 2001, S. 1394–1398.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, o. O. (München) 2005.
- Carigiet, Erwin/Opielka, Michael*: Deutsche Arbeitnehmer – Schweizer Bürger?, in: *Carigiet, Erwin/Mäder, Ueli/Opielka, Michael/Schulz-Nieswandt, Frank* (Hrsg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Zürich 2006, S. 15–45.
- Cremer-Schäfer, Helga*: Neoliberale Produktionsweise und der Umbau des Sozialstaats. Welche Bewandnis hat Hartz für die Soziale Arbeit?, in: *Schwepppe, Cornelia/Sting, Stefan* (Hrsg.): Sozialpädagogik im Übergang.

- Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München 2006, S. 157–173.
- Dörner, Klaus*: Es ist verboten, Personen zu zentrieren!, in: *Soziale Psychiatrie*, 1 (2005), S. 33–37.
- Galuske, Michael*: Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft, Weinheim/München 2002.
- Gilbert, Neil*: Dienstleistungskontrakte: Strategien und Risiken, in: *Otto, Hans-Uwe/Schnur, Stephan* (Hrsg.): *Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive*, Neuwied/Kriftel 2000, S. 143–154.
- Gilbert, Neil*: *Transformation of the Welfare State. The Silent Surrender of Public Responsibility*, Oxford et al. 2002.
- Hamburger, Franz*: *Einführung in die Sozialpädagogik*, Stuttgart 2003.
- Hasse, Raimund*: *Wohlfahrtspolitik und Globalisierung. Zur Diffusion der World Polity durch Organisationswandel und Wettbewerbsorientierung*, Opladen 2003.
- Hasse, Raimund/Krücken, Georg*: *Neo-Institutionalismus*, 2. Aufl., Bielefeld 2005.
- Hurrelmann, Klaus/Klotz, Theodor/Haisch, Jochen* (Hrsg.): *Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung*, Bern 2004.
- Klotz, Theodor/Haisch, Jochen/Hurrelmann, Klaus*: *Prävention und Gesundheitsförderung: Ziel ist anhaltend hohe Lebensqualität*, in: *Deutsches Ärzteblatt*, Jg. 103, 10 (2006), S. A606–609.
- Konrad, Michael/Gnandt-Kroner, Sabine*: *Hilfeplankonferenz als Herzstück personenzentrierter Umgestaltung*, in: *Kerbe*, 4 (2004), S. 16–19.
- Kreuger, Kerstin*: *Sozialversicherungen sollen Präventionskosten allein tragen – Keine Mitfinanzierung durch Bund, Länder und Privatversicherungen*, in: *Soziale Sicherheit*, 1 (2005), S. 19–23.
- Kusche, Christoph/Krüger, Rolf*: *Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen!*, in: *Merten, Roland* (Hrsg.): *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, Opladen 2001, S. 15–25.
- Larsen, Trine P./Taylor-Gooby, Peter/Kananen, Johannes*: *The Myth of a Dual-Earner Society. New Policy Discourses in European Welfare States*, Paper presented at the WRAMSOC (Welfare Reform and Management of Societal Change) Berlin Conference, 23.–25.4.2004.
- Lenhardt, Christian*: *Wider den bloßen Verbleib. Zur umfassenden Bewertung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen am Beispiel des Europäischen Sozialfonds in Rheinland-Pfalz*, in: *Otto, Hans-Uwe/Oelerich, Gertrud/Micheel, Heinz-Günter* (Hrsg.): *Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*, München/Unterschleißheim 2003, S. 141–155.
- Lewis, Jane*: *Erwerbstätigkeit versus Betreuungsarbeit*, in: *Gerhard, Ute/Knijjn, Trudie/Weckwert, Anja* (Hrsg.): *Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich*, München 2003, S. 29–52.

- Merten, Roland* (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen 2001.
- Merten, Roland*: Soziale Arbeit: Politikfähigkeit durch Professionalität, in: *ders.* (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen 2001, S. 159–178.
- Meyer, John W.*: World Society, the Welfare State and the Life Course. An Institutional Perspective, Social World – Working Paper No. 9, Bielefeld: Universität Bielefeld 2004.
- Meyer, John W.*: Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt 2005.
- Müller, Siegfried*: Soziale Arbeit: Ohne politisches Mandat politikfähig, in: *Merten, Roland* (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen 2001, S. 145–152.
- Opielka, Michael*: Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek 2004.
- Opielka, Michael* (Hrsg.): Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik, Wiesbaden 2005.
- Opielka, Michael*: Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons, 2. Aufl., Wiesbaden 2006.
- Otto, Hans-Uwe/Oelerich, Gertrud/Micheel, Heinz-Günter* (Hrsg.): Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, München/Unterschleißheim 2003.
- Otto, Hans-Uwe/Schnur, Stephan* (Hrsg.): Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive, Neuwied/Kriftel 2000.
- Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans* (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel 2001.
- Schröer, Wolfgang/Sting, Stephan*: Vergessene Themen der Disziplin – neue Perspektiven für die Sozialpädagogik?, in: *Schwepppe, Cornelia/Sting, Stefan* (Hrsg.): Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München 2006, S. 17–30.
- Schulte-Kemna, Georg/Armbruster, Jürgen/Kluza, Rainer*: Hilfeplanung zwischen Individualisierung, Verbundorientierung und Bürokratisierung. Anmerkungen zu Klaus Dörners Kritik am Personenzentrierten Ansatz, in: *Kerbe, 4* (2004), S. 4–7.
- Schwepppe, Cornelia/Sting, Stefan* (Hrsg.): Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München 2006.
- Seim, Sissel*: Marktförmige Steuerungsmodelle und Nutzerpartizipation – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Otto, Hans-Uwe/Schnur, Stephan* (Hrsg.): Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive, Neuwied/Kriftel 2000, S. 155–173.

- Senge, Konstanze/Hellmann, Kai-Uwe* (Hrsg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden 2006.
- Spiegel, Hiltrud von*: Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Grundlagen und Arbeitshilfen für die Praxis, 2. Aufl., München/Basel 2006.
- Spieß, C. Katharina/Wrohlich, Katharina*: Elterngeld: kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet, in: DIW-Wochenbericht, 48 (2006), S. 689–693.

Zwischen politischem Anspruch und verschlafenen Chancen

Soziale Arbeit im Selbstgespräch über eine Re-Politisierung

Roland Merten

In der Formulierung des Themas »Repolitisierung der Sozialen Arbeit« ist eine These enthalten, deren Gültigkeit es erst zu untersuchen gilt. Nämlich: Soziale Arbeit *sei* bereits politisiert gewesen. Es ist bei einer vernünftigen theoretischen Begrenzung durchaus empirisch möglich, diese Frage entscheidungsfähig zu machen. Schwieriger wird es indes bei der Art der Formulierung, die für das Thema gewählt wurde: Re-Politisierung. Denn da geht das Problem schon los: Ist Soziale Arbeit dabei, sich zu repolitisieren, soll sie repolitisiert werden oder wäre eine solche Re-Politisierung gar als problematisch einzuschätzen? Von der Interpretation und damit von der Zielrichtung hängt natürlich wesentlich ab, wie inhaltlich zu antworten ist.

Bevor ich hierauf eingehe, will ich zuvor die Verwirrung noch weiter auf die Spitze treiben. So hat in einer Rezension auf den Band »Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat?« vor einigen Jahren Christian Lüders Klärungsbedarf markiert. »Denn aufs Ganze gesehen erweist sich der Band zu weiten Teilen als Dokument der Irrungen und Wirrungen bei der Selbstbeschreibung des Feldes. Insofern ist das Thema aufschlussreich: An der Auseinandersetzung mit ihm wird sichtbar, dass das, was nicht nur in diesem Sammelband leicht hin als Soziale Arbeit bezeichnet wird, offenbar bislang keinen identifizierbaren gemeinsamen fachlichen Kern besitzt. Hier wird keine Kontroverse dokumentiert, weil dies noch voraussetzen würde, dass es gemeinsame Bezugspunkte gibt. Hier wird exemplarisch die Zersplitterung des fachlichen Denkens belegt«.¹

1 Christian Lüders: Rezension von Roland Merten (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema.

Nun lässt sich fragen, ob mit dieser kritischen Einschätzung ein theoretischer Zugewinn zu verzeichnen ist, unabhängig von der Frage, ob denn der Rezensent eine zutreffende Beschreibung der Lage gibt. Wenn er an anderer Stelle innerhalb derselben Besprechung darauf verweist, es werde darauf verzichtet, »sich gegenwartsdiagnostisch auf *konkrete* Entwicklungen einzulassen«², und dies sei einer der entscheidenden Mängel, dann bleibt man einigermaßen ratlos, ja verwirrt zurück: Soll es denn nun das Allgemeine sein, denn nur dieses kann als Bestimmung den identifizierbaren gemeinsamen fachlichen Kern, den gemeinsamen theoretischen Bezugspunkt ausmachen, oder soll es dann doch lieber das Konkrete sein, das sich an spezifischen Inhalten festmacht? Um dieser Hase-und-Igel-Forderung zu entgehen, werde ich im Folgenden die Forderung der Klärung des Allgemeinen durch einen Verweis – gleichsam en passant – erledigen. Die Konkretisierung werde ich in einem zweiten Schritt vollziehen, um auf diese Weise zu einer Erklärung meines – zugegebenermaßen etwas provokant wirkenden – Titels zu kommen.

Zunächst und zuerst werde ich ein bzw. mein Verständnis von Sozialer Arbeit entfalten, um auf diese Weise die Theoriefolie genauer zu beleuchten, vor der dann die weiteren Überlegungen zu einer Politisierung bzw. Re-Politisierung ihre Kontur gewinnen sollen. Erst dann werde ich in einem zweiten Schritt sieben Thesen nacheinander abarbeiten. Ich komme damit also zu meinem Verständnis von Sozialer Arbeit, das ich im Wesentlichen mit dem Begriff der Integrationsarbeit umschrieben habe.³ Dabei bleibt offen, mit wem und an wem diese zu vollziehen ist, denn weder kann vorausgesetzt werden, dass die Gesellschaft integrationswürdig ist, noch kann ebenso fraglos unterstellt werden, dass Integration ein wünschenswertes Ziel ist, das es umstandslos zu realisieren gilt. Was Integrationsarbeit konkret ausmacht, ist eine empirisch zu beantwortende Frage. Um sich hierbei jedoch nicht über Gebühr aufzuhalten und damit der Diskussion um eine Re-Politisierung Sozialer Arbeit auszuweichen, komme ich nunmehr sogleich zu den in Aussicht gestellten sieben Thesen.

Opladen 2001, in: EWR 1 (2002), Nr. 3, hier S. 2 (veröffentlicht am 01.07.2002), www.klinkhardt.de/ewr/81003162.html.

2 Ebd., S. 1; Hervorhebung RM.

3 Vgl. detailliert *Roland Merten: Autonomie der Sozialen Arbeit. Zur Funktionsbestimmung als Disziplin und Profession*, Weinheim/München 1997.

1. These

Das Thema (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit taucht in den letzten Jahren immer wieder und in unterschiedlichen Facetten auf. Die Beständigkeit dieser Wiederkehr deutet eher auf eine unbewältigte Aufgabe als auf die Einlösung eines (Re-)Politisierungs-Anspruchs.

Die 1970er-Jahre können sowohl in theoretischer als auch in beruflicher Hinsicht als *die* Periode der Politisierung Sozialer Arbeit gelten. Wie kaum je zuvor und danach bestand der Anspruch, mittels Sozialer Arbeit einen entscheidenden Einfluss auf die (sozial-)politische Entwicklung in Deutschland zu nehmen. Hier soll nicht entschieden werden, ob dieses Projekt letztlich von Erfolg gekennzeichnet war, vielmehr muss hier in Erinnerung gerufen werden, dass in diesem Zeitpunkt einerseits die feste Etablierung akademischer Strukturen und damit die notwendige Voraussetzung für die Professionalisierung des Berufes geschaffen wurden, dass aber gleichzeitig – in dieser Frühphase ihrer Professionalisierung – genau dieser Prozess mit einer schweren Hypothek (Verweigerung des Zeugnisverweigerungsrechts durch das Bundesverfassungsgericht; vgl. weiter unten) belastet wurde, ohne dass es einen bemerkenswerten Protest gegeben hätte. Die einschlägige Fachliteratur der damaligen Zeit lässt zumindest keine einschlägige Diskussion, keine Kritik oder gar Widerstand erkennen.⁴

Parallel dazu wurden die Akademisierung und die Politisierung der Sozialen Arbeit zugleich einer ätzenden Kritik unterzogen, so dass keinesfalls von einer einhellig positiven Einschätzung dieser beiden Tendenzen bzw. Trends im Nachhinein gesprochen werden kann.⁵

Dieser Eindruck einer ambivalenten Politisierung sollte insofern zuerst Anlass zu einer (selbst-)kritischen Analyse der damaligen Vorgänge sein, bevor die Forderung nach einer Re-Politisierung

4 Ausnahme: *Gerhard Fieseler*: Rechtsgrundlagen sozialer Arbeit, Stuttgart u. a. 1977.

5 Vgl. *Bernhard Happe*: Chaos als System? Sozialarbeiterausbildung als Praxis, in: *Der Städtetag*, N. F. 29 (1976), S. 374–377; *Ders.*: Sie lernen nicht, was sie für die Praxis brauchen, in: *Unsere Jugend*, 29 (1977), S. 13–18. Sowie späterhin *Erwin Quambusch*: § 102 BSHG – die vergessene Norm, in: *Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch ZfSH/SGB*, 28 (1989), H. 8, S. 402–416.

Sozialer Arbeit erhoben wird, denn dann lassen sich deren Ziele und Verfahren im Vorfeld genauer bestimmen. Denn allein die Forderung einer Re-Politisierung der Sozialen Arbeit beantwortet noch nicht die Frage nach dem Wie und dem Warum.

2. These

Soziale Arbeit hat die in den letzten Jahren vollzogenen sozialpolitischen Veränderungen, die insbesondere ihre Klientel ganz nachhaltig betroffen bzw. benachteiligt haben, bis heute nicht näherungsweise realisiert, denn sonst wäre ein derart unkommentiertes Passieren-Lassen kaum denkbar gewesen.

Die Nagelprobe auf ein politisch sensibles Selbstverständnis – und damit noch nicht einmal auf den deutlich erhöhten Anspruch auf eine Re-Politisierung oder gar auf ein politisches Mandat – stellen die sozialpolitischen Veränderungen dar, die in den letzten Jahren unter dem Begriff »Hartz IV« zumindest in Teilen der deutschen Bevölkerung Empörung hervorgerufen haben. Hier ist teilweise massiv in die vormaligen Ansprüche der Arbeitslosenhilfebezieher eingegriffen worden, ohne dass im Bereich der Sozialen Arbeit ein (besonderer) Protest zu vernehmen gewesen wäre. Betrachtet man allein die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, die durch diese ›Novelle‹ in ihrer Lebenssituation auf das Sicherungsniveau der Sozialhilfe heruntergedrückt worden sind, dann wird das Ausmaß der Benachteiligung überdeutlich: Lebten bis zum 31.12.2004 bereits rd. 8 Prozent dieser Altersgruppe in Armut, so sind es im ersten Jahr nach der Hartz-IV-Reform 13,4 Prozent aller Kinder in Deutschland. Der Ost-West-Vergleich macht die Dramatik der Veränderung noch deutlicher. In den neuen Bundesländern hat es einen zahlenmäßigen Zuwachs an armen Kindern um rd. 143 Prozent gegeben.

Vernehmbares Schweigen angesichts dieser dramatischen Entwicklung aus einem Feld, dessen Eliten sich gerne öffentlich als Gralshüter der Mühseligen und Beladenen präsentieren, wirft ein klareres Licht auf einen Re-Politisierungs-Anspruch Sozialer Arbeit, als dies mit tausend Worten zu bestreiten wäre.

	Kinder und Jugendliche bis zum 15. Lebensjahr im Bezug von ...				Veränderung von 2004 zu 2005	
	Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU nach BSHG)		Sozialgeld (nach SGB II)			
	31.12.2004		01.07.2005		absolut	%
	absolut	%	absolut	%		
Deutschland	965.020	8,1	1.630.421	13,4	665.401	70,0
West	823.158	7,8	1.159.746	11,3	336.588	56,2
Ost	141.862	9,9	470.675	24,4	328.813	142,7

3. These

Soziale Arbeit hat bis dato die berufspolitischen Verdächtigungen, die ihr neuerlich gesetzlich unterstellt worden sind, weitestgehend unreflektiert akzeptiert, ohne dass sich ein berufspolitischer Aufstand auch nur in Ansätzen erkennen ließe. Wer sich als Profession schon in den ureigensten Angelegenheiten derart schwachbrüstig präsentiert, kann kaum als starker Sachwalter fremder Interessen gelten.

Was damit gemeint ist, erschließt sich sehr schnell, wenn man einen Blick auf das sog. KICK, das Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz, wirft, das zum 1. Oktober 2005 in Kraft getreten ist. Hier hat es eine Änderung gegeben, die von der Fachöffentlichkeit bis dato in ihrer Tragweite kaum wahrgenommen, noch viel weniger jedoch diskutiert worden ist. Gemeint ist die inhaltliche Spezifizierung, was unter ›persönlicher Eignung‹ zu verstehen ist, die jemand aufzuweisen hat, der im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hauptamtlich beschäftigt sein will. Denn es ist im SGB VIII der § 72a eingefügt worden, der eine Konkretisierung der persönlichen Eignung vornimmt. Allerdings wird enttäuscht, wer auf eine positive Bestimmung gehofft hat, vielmehr geht es darum, wer *nicht* geeignet ist. Danach heißt es, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe [man beachte: von *Kinder-* und Jugendhilfe ist nicht mehr die Rede] sicherzustellen haben, »dass sie keine Personen beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 181a, 182 bis 184e oder § 225 des Strafgesetzbuches verurteilt worden sind« (§ 72a SGB VIII): Es handelt sich

hier um eine Aufzählung von Straftaten, die gegen die sexuelle Selbstbestimmung gerichtet sind.

Um den inkriminierten Personenkreis aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fernhalten zu können, hat sich der Gesetzgeber entschlossen, sowohl erstmals bei der Einstellung als auch bei erfolgter Einstellung in wiederkehrenden Abständen sich ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen zu lassen, um sich zu vergewissern, dass auch alles im Sine des § 72a SGB VIII in Ordnung ist. So weit also die Intention und die vermutlich sogar nachvollziehbare Logik, die sich hinter diesem Paragraphen verbirgt.

Weniger nachvollziehbar bleibt indes, ob die gesetzliche Regelung bei einer in der Gesamtbevölkerung vorhandenen einschlägigen Kriminalitätsbelastung von 0,0181 % (errechnet anhand der Verurteiltenstatistik für das Jahr 2004) einen solchen Aufwand rechtfertigt (bei im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hauptamtlich 573.802 Beschäftigten), zumal bereits hinreichende einschlägige rechtliche Regelungen vor der Gesetzesnovelle bestanden und andererseits das nunmehr gewählte Instrumentarium (polizeiliches Führungszeugnis), wie der Gesetzgeber selbst einräumt, nicht garantiert, dass der Regelungszweck auch tatsächlich erreicht wird.⁶ Zudem ist die Neuregelung insofern inkonsequent, als sie auf ehrenamtliche Mitarbeiter nicht zutrifft.⁷ Wenn aber bisher rechtliche Regelungen vorhanden waren, dann zeigt sich, dass in diesem Bereich kein Regelungs-, sondern ein Vollzugsdefizit bestand. Eine neue rechtliche Regelung wird dieses jedoch nicht automatisch beseitigen.

Was bleibt also – bei genauerer Betrachtung – übrig: Eine neue rechtliche Regelung wird eingeführt, die letztlich die *hauptamtlich tätigen Personen* im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe unter *Generalverdacht* stellt, ohne dass hierfür irgendein hinreichender empirischer Beleg angeführt wird. Die Zunft schweigt! Man stelle sich eine solche Regelung für Lehrer, Priester oder Kinderärzte vor ... Wer ein politisches Mandat für sich beansprucht, sollte zumindest so kompetent sein, bei der Regelung der eigenen Sachverhalte klar erkennbar zu sein. Dies kann man der Sozialen Arbeit indes in diesem Zusammenhang nicht bestätigen.

6 Vgl. BT-Drs. 15/3676, S. 39.

7 Vgl. *Reinhard Wiesner*: SGB VIII – Kinder und Jugendhilfe. Kommentar, München 2006, § 72a Rz. 7.

4. These

Der Versuch, ein Instrument der öffentlichkeitswirksamen Thematisierung zu schaffen und damit zur politischen Durchsetzung bestimmter gesellschaftlicher Veränderungen beizutragen, hat sich als vollkommen wirkungslos gezeigt. Der Bundeskongress Soziale Arbeit ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet.

Wer sich erinnert, mit welcher Intention der Bundeskongress Soziale Arbeit eingeführt worden ist, der darf über seine erreichte öffentliche Wirkung verwundert sein. Es ging seinerzeit um die Vorstellung, ein dem Juristentag entsprechendes öffentlichkeitswirksames Pendant für die Soziale Arbeit zu schaffen. Vom Bundeskongress Soziale Arbeit sollten Impulse ausgehen, die ihren Widerhall in der politischen Landschaft finden sollten. So weit die Hoffnungen. Was ist inzwischen aus diesem Instrument geworden?

Wenn man den Text des Flyers liest, mit dem das Fachpublikum auf den 6. Bundeskongress 2005 (*»Zur Produktivität des Sozialen – Den sozialen Staat aktivieren«*) in Münster gelockt werden sollte, dann bleiben Irritationen: »Der sechste Bundeskongress Soziale Arbeit thematisiert die Leistungen der Sozialen Arbeit für die Gesellschaft und fragt kritisch an, welche Möglichkeiten einer sozial gerechten Gestaltung dieser Gesellschaft bestehen. Während die Produktivität des Sozialen den Nutzen Sozialer Arbeit für die Gesellschaft in das Zentrum der Debatte rückt, ist die Forderung nach der Aktivierung des sozialen Staates als kritische Anfrage zu sehen, ob unsere Gesellschaft ohne den sozialen Staat vorstellbar bzw. wünschenswert ist.« Meine Güte: Das also treibt die Soziale Arbeit in ihrem politischen Selbstverständnis um und beansprucht zudem – als politisches Mandat –, die Lebenssituation ihrer Adressatinnen und Adressaten zu treffen.

In den alten Bundesländern ist von 2004 auf 2005 die Zahl der Kinder in Armut (bis zum vollendeten 15. Lebensjahr) um 53 % angestiegen, in den neuen Bundesländern gar um 143 %! Auf Grund von Hartz IV leben heute rund 2,5 Millionen junge Menschen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr in Armut (das entspricht mehr als einer Verdoppelung seit der Einführung von Hartz IV). Hier ist ein Feld, das nicht nur politisches Engagement zulässt, sondern auch die Möglichkeit bietet, mit anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen politischen Druck zu erzeugen. Diese Chance hat man vorüberzie-

hen lassen, um ein Thema akademisch zu traktieren, das niemanden anspricht oder interessiert.

Der Bundeskongress Soziale Arbeit ist mit der wichtigen Intention der öffentlichkeitswirksamen Thematisierung sozialer Probleme gestartet (Tiger) und ist in seiner Entwicklung zu einer der vielen Fachtagungen mutiert (Bettvorleger), die höchstens einen kleinen Kreis von Spezialisten interessiert. In der Öffentlichkeit kann man damit niemanden erreichen, geschweige denn in der Politik Resonanz erzeugen.

5. These

Solange sowohl die Profession als auch die Disziplin Soziale Arbeit nicht in der Lage sind, sich eine eigenständige berufsständische Organisation zu schaffen, können alle Versuche einer Politisierung als Ausdruck guter moralischer Gesinnung, nicht aber als Realisierung mit gesellschaftspolitischer Relevanz betrachtet werden.

Diese These schließt inhaltlich an die vorhergehende an. Es ist der Sozialen Arbeit nicht nur nicht gelungen, ein politisch relevantes Forum zu schaffen (das zur öffentlichen Thematisierung sozialer Probleme einen, wenn nicht *den* entscheidenden Anstoß gibt), auch der Versuch einer einheitlichen berufsständischen Organisation ist bisher erfolglos geblieben. Hier soll nicht behauptet werden, dass dieser Versuch gescheitert wäre, vielmehr ist das Gegenteil zu verzeichnen, nämlich eine organisatorische Pluralisierung in völlig unterschiedliche sowie heterogene Grüppchen und Gruppierungen. Wo die Konzentration auf *einen* einheitlichen (berufspolitischen) Dachverband bzw. auf *eine* Kammer Not tut, findet sich eine Vielzahl von (selbsternannten) Gralshütern, die für *die* Soziale Arbeit in Deutschland zu sprechen sich legitimiert fühlen. Welche Verbände existieren? Der DBSH; die Deutsche Gesellschaft für Sozialarbeit; die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Sektion Sozialpädagogik; die GEW; usw. usf. Es ist schon bei dieser ersten Aufzählung erkennbar, dass hier kaum von einer einheitlichen Positionierung ausgegangen werden kann.

Das Fehlen einer einheitlichen berufsständischen Vertretung ist nach wie vor *das* entscheidende Merkmal, das der Sozialen Arbeit als einer (vollen) Profession fehlt. Unter anderem dieser Mangel hat

1972 das Bundesverfassungsgericht in einem anhängigen Rechtsstreit dazu bewogen, dem Sozialarbeiter ein Zeugnisverweigerungsrecht nicht zuzugestehen. Neben anderen Mängeln (die inzwischen jedoch beseitigt sind) hat das Gericht seinerzeit moniert, es »fehlt ... den Sozialarbeitern zudem an öffentlich-rechtlich verfassten Standesvertretungen (Kammern) und Berufs- oder Ehrengerichten, die in der Lage wären, berufliche Verschwiegenheit zum Standesgebot zu erheben, ihre Beachtung zu überwachen und ihre Verletzung mit den Mitteln berufsständischen Disziplinarrechts zu ahnden«.⁸ Solange dieser Mangel unverändert fortbesteht, ist nicht davon auszugehen, dass eine öffentliche Anerkennung als Vollprofession erreicht werden kann. Solange diese wiederum fehlt, wird kaum eine größere – (fach-)politische – Resonanz erzeugt werden können, als das bisher der Fall ist.

Vielmehr sind es weiterhin die großen Fachorganisationen, die innerhalb laufender Gesetzgebungsverfahren mit ihrer Fachkompetenz zu Rate gezogen werden. Dabei darf nicht übersehen werden, dass in den Spitzen der entsprechenden Spitzenverbände SozialarbeiterInnen oder SozialpädagogInnen bisher kaum anzutreffen sind. Dies kann man unverdrossen weiter als Ausgrenzung apostrophieren, es ändert indes nichts an der Notwendigkeit einer professionsinternen selbstkritischen Auseinandersetzung.

Diese interne Auseinandersetzung würde vermutlich sehr schnell deutlich machen, dass beim Auftreten inhaltlicher Differenzen innerhalb der Profession diese nicht in der Form reagiert, dass sie sachorientiert nach einem Konsens sucht, sondern mit Spaltung reagiert. Die Gründung der *Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit* ist ein Paradebeispiel für dieses Verhalten.

8 *BVerfGE* 33, 367: Über die Regelung des § 53 Abs. 1 Nr. 3 StPO hinaus kann im Einzelfall ausnahmsweise und unter ganz besonders strengen Voraussetzungen eine Begrenzung des Zeugniszwangs unmittelbar aus der Verfassung folgen. In: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 1973, Bd. 33, S. 367–387, hier S. 386.

6. These

Die Umstellung der wissenschaftlichen Studiengänge hat zu einer internen Befriedung der Sozialen Arbeit geführt, allerdings um den Preis, dass akademische Zersplitterungen einer disziplinären Konsolidierung und akademischen Festigung ihres Kerns zuwiderlaufen. Der Preis wird in einer langfristigen wissenschaftlichen Marginalisierung zu entrichten sein.

Wer sich noch an die Hitzigkeit erinnert, mit der die Debatte um eine eigenständige Sozialarbeitswissenschaft geführt wurde, der dürfte von der inzwischen eingetretenen Ruhe irritiert sein. Die seinerzeitige Hoffnung auf die Etablierung einer universitären Disziplin »Sozialarbeitswissenschaft« ist zerstoßen, ohne dass ein Katzenjammer eingetreten ist. Vielmehr wird heute vielfach das Etikett Sozialarbeitswissenschaft bei der Ausschreibung von Professuren an Fachhochschulen verwandt, ohne dass irgendjemand ein klares inhaltliches Bestimmungsmerkmal (*genus proximum*) dieses Nasobems vorzulegen und insofern ein präzises Abgrenzungskriterium (*differentia specifica*) gegenüber anderen Disziplinen (z. B. der so arg gescholtenen »Sozialpädagogik«) zu unterbreiten in der Lage wäre.

Der eingetretene Burgfriede ist – bei genauerer Betrachtung – mit einem Pyrrhus-Sieg erkaufte worden. Es ist allein der Umstellung der akademischen Ausbildungslandschaft auf konsekutive Studiengänge zu verdanken, dass der seinerzeitige – letztlich ausschließlich *hochschulpolitisch motivierte*, wenngleich *wissenschaftstheoretisch ausdrapierte* – Streit wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist. Die Hoffnung, unter einem Einheitslabel auch eine einheitliche Wissenschaft zu konstituieren,⁹ hat sich nicht realisiert – zumindest nicht an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten). Vielmehr hat man den an Fachhochschulen »traditionellen ›Fächersalat«¹⁰ durch das Pazifizierungs-Label ›Sozialarbeitswissenschaft‹ bei Stellenausschreibungen intern übertüncht und in Form einer terminologischen Zerfaserung bei den Abschlüssen [bei gleichzeitiger Bedienung von

9 Vgl. statt aller späteren Versuche *Dionys Zink*: Aufforderung zur Konstitution von Sozialarbeitswissenschaft an Fachhochschulen, in: *Karl-Dieter Ulke* (Hrsg.), *Ist Sozialarbeit lehrbar? Zum wechselseitigen Nutzen von Wissenschaft und Praxis*, Freiburg i. Br. 1988, S. 40–54.

10 *Hans Pfaffenberger*: Zur Situation der Ausbildungsstätten, in: *Projektgruppe Soziale Berufe* (Hrsg.), *Sozialarbeit: Ausbildung und Qualifikation. Expertisen I.*, München 1981, S. 89–119, hier S. 116.

persönlichen Interessen bestimmter Lehrender] als Problem nach außen gedrängt [zu Lasten derjenigen, die mit den neuen Abschlüssen auf dem Arbeitsmarkt reüssieren sollen].

Der Streit um eine Sozialarbeitswissenschaft ist also nicht wissenschaftstheoretisch entschieden, sondern hochschulpolitisch befriedet worden. Es löckt nur noch – aber fortdauernd als narzisstische Kränkung – der Stachel »Promotionsrecht«.

7. These

Stellvertreterpolitik ist nicht immer im Interesse derer, die zu vertreten sie vorgibt. Das ist im Bereich der Sozialen Arbeit nicht anders. Die aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen bilden in dieser Hinsicht keine Ausnahme, sondern liefern eine höchst unangenehme Bestätigung.

Bevor auf diesen Sachverhalt inhaltlich eingegangen wird, soll in einer kurzen Betrachtung auf die grundsätzliche Differenz von einerseits persönlich und andererseits stellvertretend bzw. advokatorisch wahrgenommenen Interessen abgehoben werden. »Denn advokatorisch wahrgenommene Interessen sind eben keine wirklich wahrgenommenen Interessen. Die Gleichsetzung beider stellt ... einen schweren Kategorienfehler dar.«¹¹ Insofern muss die Irrtumsmöglichkeit immer mit bedacht werden.

Einen besonders nachhaltigen Fall solchen Irrtums, der bereits für diejenigen erkennbar wurde, deren Interessen nicht stellvertretend wahrgenommen wurden, stellt die sog. persönliche Erklärung von führenden Vertretern aus einigen Wohlfahrtsverbänden dar. Sie haben vor dem Hintergrund der sog. Hartz-IV-Gesetze Thesen formuliert, die höchst kritisch in der Öffentlichkeit aufgenommen wurden. Zunächst die Analyse: »Während ältere Arbeitslose häufig aufgrund ihres Lebensalters sehr geringe individuelle Chancen auf eine Wiedereingliederung in den 1. Arbeitsmarkt haben, verfügen jüngere Arbeitslose über eine zu geringe schulische und berufliche Qualifikation. Beide Gruppen sind daher dringend auf weitergehende Angebote der Aktivierung angewiesen.«¹² Es bleibt offen, was hier

11 *Micha Brumlik*: Advokatorische Ethik. Zur Legitimation pädagogischer Eingriffe, Bielefeld 1992, S. 117.

12 Persönliche Erklärung zur Reform des SGB II (14. Mai 2006) siehe unter: www.diakonie.de/de/print/aktuelles/23-4218.php, S. 2.

mit Aktivierung – jenseits von Qualifizierung und der Eröffnung von Stellenangeboten – gemeint sein kann. Denn wer auf Grund seines Alters oder wegen fehlender Qualifikation keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt (mehr) hat, der kann noch so sehr aktiviert werden, ohne dass sich dadurch seine Arbeitsmarktchancen in irgendeiner Weise verbessern. Insofern überraschen dann auch die Konsequenzen, die aus der zuvor gestellten Diagnose gezogen werden. »Die Unterzeichner stimmen darin überein, dass neben diesen Maßnahmen eine Senkung passiver Leistungen notwendig ist, um ein dauerhaft tragfähiges und finanzierbares Leistungssystem zu erhalten. Es geht nicht darum, Regelsätze zu senken, sondern das Leistungsrecht so zu schärfen, dass Anreize für Arbeit im Mittelpunkt stehen und die Leistungen auf die tatsächlich Bedürftigen konzentriert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen neben der Optimierung der Verwaltungstätigkeit die gegenwärtigen Anspruchsgrundlagen und -voraussetzungen im SGB II einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.«¹³

Immerhin vier der Unterzeichner gehören entweder als Vorsitzende bzw. als Bundesgeschäftsführer einem Wohlfahrtsverband an: AWO, Diakonie und DRK. Jeder, der auf Leistungen nach SGB II angewiesen ist, kann angesichts solcher Äußerungen nur hoffen, dass seine Interessen von diesen Wohlfahrtsverbänden nicht wahrgenommen werden. Wenigstens die Diakonie hatte daraufhin den Mut, sich inhaltlich entschieden von der referierten Position abzusetzen. Zudem sah sie sich durch die Erklärung genötigt festzustellen, dass mit dieser Erklärung die Grundlage einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit ihrem Präsidenten Jürgen Gohde nicht mehr bestehe; dieser ist daraufhin zurückgetreten.¹⁴ Die AWO hat sich nach interner Auseinandersetzung lediglich zu der schlappen Formulierung hinreißen lassen, dass die Presse die Äußerung habe missverstehen wollen. Der Bundesvorsitzende Wilhelm Schmidt¹⁵ sowie der Bundesgeschäftsführer sind weiterhin und unbeirrt im Amt! Weitere

13 Ebda., S. 3.

14 Die Stellungnahme *Gohdes* steht zudem in einem merkwürdigen Kontrast zu der aktuellen Denkschrift der EKD zur Armut in Deutschland (vgl. detailliert Kirchenamt der EKD 2006).

15 Vielleicht erklärt sich die Position Schmidts dadurch, dass er in der letzten Legislaturperiode der 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag war und insofern zentral an der Durchsetzung der Hartz-IV-Gesetze beteiligt war.

Konsequenzen: keine! Das DRK indes hüllt sich ganz in Schweigen, auf dessen Homepage ist zu dem gesamten Vorgang nichts zu finden ... Honi soit qui mal y pense!

Dass es insbesondere diejenigen Personen sind, die zur Sicherung ihrer Existenzgrundlage auf staatliche Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen sind, die die größten Einbußen ihrer finanziellen Möglichkeiten haben hinnehmen müssen, scheint den aus den Wohlfahrtsverbänden stammenden Unterzeichnern gänzlich entgangen zu sein. Bei einem derartigen politischen Engagement seitens dreier Wohlfahrtsverbände »zu Gunsten« der Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen fällt einem die alte Weisheit ein, dass die Götter einen gegen die eigenen Freunde schützen mögen, mit seinen Feinden käme man wohl selbst zurecht.

Abschließende Bemerkung

Das Thema »(Re-)Politisierung der Sozialen Arbeit« taucht nicht zufällig immer wieder auf, weil es eine Ahnung, nein: eher ein ungu-tes Gefühl hinterlässt, dass alle Hilfe, die die Soziale Arbeit zu bieten hat, letztlich die Probleme bzw. deren Ursachen nicht ernstlich von ihr beseitigt werden können. Diese tiefe Unzufriedenheit ist Ausdruck eines letztlich halb aufgeklärten Bewusstseins – und den mit diesem verbundenen Kränkungen. Diese hat Peter Sloterdijk schon vor Jahren in seiner »Kritik der zynischen Vernunft«¹⁶ ebenso sensibel wie trefflich herausgearbeitet: »Worum es in letzter Instanz geht, sind die sozialen und existenziellen Grenzen der Aufklärung. Zwänge des Überlebens und Selbstbehauptungswünsche haben das aufgeklärte Bewusstsein gedemütigt. Es ist krank an dem Zwang, vorgefundene Verhältnisse, an denen es zweifelt, hinzunehmen, sich mit ihnen einzurichten und am Ende gar deren Geschäft zu besorgen.« Kaum trefflicher ließe sich m. E. die Situation der Sozialen Arbeit in der modernen Gesellschaft charakterisieren. In der immer wieder aufflammenden Diskussion um eine (Re-)Politisierung leuchtet der schwache Schein auf bessere Lebenschancen derer auf, mit denen sie es beruflich zu tun hat. Diesen schwachen Schein gilt es durch *professionelles Handeln* mit und für die KlientInnen der Sozialen Ar-

16 Peter Sloterdijk: Kritik der zynischen Vernunft, Frankfurt am Main 1983, S. 39 f.

beit deutlich hervortreten zu lassen. Diese im besten Sinne des Wortes individualisierte Hilfe ist m. E. nutzbringender als die politische Unterschiede einebnende Forderung nach oder Hoffnung auf eine Re-Politisierung Sozialer Arbeit.

Literatur

- Brumlik, Micha*: Advokatorische Ethik. Zur Legitimation pädagogischer Eingriffe, Bielefeld 1992.
- BVerfGE* 33, 367: Über die Regelung des § 53 Abs. 1 Nr. 3 StPO hinaus kann im Einzelfall ausnahmsweise und unter ganz besonders strengen Voraussetzungen eine Begrenzung des Zeugniszwangs unmittelbar aus der Verfassung folgen. In: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 1973, Bd. 33, S. 367–387.
- Fieseler, Gerhard*: Rechtsgrundlagen sozialer Arbeit, Stuttgart u. a. 1977.
- Happe, Bernhard*: Chaos als System? Sozialarbeiterausbildung als Praxis, in: Der Städtetag, N. F. 29 (1976), S. 374–377.
- Happe, Bernhard*: Sie lernen nicht, was sie für die Praxis brauchen, in: Unsere Jugend, 29 (1977), S. 13–18.
- Kirchenamt der EKD* (Hrsg.): Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, Gütersloh ²2006.
- Lüders, Christian*: Rezension von *Merten, Roland* (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Opladen 2001, in: EWR 1 (2002), Nr. 3 (veröffentlicht am 01.07.2002). www.klinkhardt.de/ewr/81003162.html. 2002.
- Merten, Roland*: Autonomie der Sozialen Arbeit. Zur Funktionsbestimmung als Disziplin und Profession, Weinheim/München 1997.
- Persönliche Erklärung*: Persönliche Erklärung zur Reform des SGB II (14. Mai 2006): Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages; Hans Jörg Duppré, Präsident des Deutschen Landkreistages; Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes; Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages; Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages; Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes; Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Arbeiterwohlfahrt-Bundesverbandes e.V.; Dr. theol. h. c. Jürgen Gohde, Präsident Diakonie; Rainer Brückers, Bundesgeschäftsführer des Arbeiterwohlfahrt-Bundesverbandes e.V.; Clemens Graf von Waldburg-Zeil, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes. www.diakonie.de/de/print/aktuelles/23-4218.php. 2006.

- Pfaffenberger, Hans*: Zur Situation der Ausbildungsstätten, in: *Projektgruppe Soziale Berufe* (Hrsg.), *Sozialarbeit: Ausbildung und Qualifikation. Expertisen I.*, München 1981, S. 89–119.
- Quambusch, Erwin*: § 102 BSHG – die vergessene Norm, in: *Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch ZfSH/SGB*, 28 (1989), H. 8, S. 402–416.
- Sloterdijk, Peter*: *Kritik der zynischen Vernunft*, Frankfurt a. M. 1983.
- Wiesner, Reinhard*: *SGB VIII – Kinder und Jugendhilfe. Kommentar*, München 2006, § 72a Rz. 7
- Zink, Dionys*: Aufforderung zur Konstitution von Sozialarbeitswissenschaft an Fachhochschulen, in: *Karl-Dieter Ulke* (Hrsg.), *Ist Sozialarbeit lehrbar? Zum wechselseitigen Nutzen von Wissenschaft und Praxis*, Freiburg i. Br. 1988, S. 40–54.

Politisches Engagement in der Sozialarbeit – Ist die politische Sozialarbeit tot?

Plädoyer für eine Re-Politisierung der Sozialarbeit

Christian Stark

Was an dir Berg war, haben sie geschleift.
Und dein Tal schüttete man zu.
Über dich führt ein bequemer Weg.

Bert Brecht

1. Einleitende Gedanken und begriffliche Klärung

Um die im Titel gestellte Frage zu beantworten, ist zunächst zu klären: Was ist mit *politischer Sozialarbeit* gemeint bzw. wann wurde eine *politische Sozialarbeit* geboren?

Als Ausgangspunkt für eine begriffliche Abklärung stütze ich mich auf folgendes Zitat:

»SozialarbeiterInnen haben die Pflicht, ihre Auftraggeber, Entscheidungsträger, Politiker und die Öffentlichkeit auf Situationen aufmerksam zu machen, in denen Ressourcen unangemessen sind oder in denen die Verteilung von Ressourcen, Maßnahmen und Praktiken unterdrückerisch, ungerecht oder schädlich ist.«¹

Dieses Zitat stammt nicht aus einem einschlägigen Artikel der 70er Jahre, sondern aus dem Statement des IFSW bei der Weltkonferenz in Adelaide 2004: *Ethics in Social Work*.

1 IFSW, Ethics in Social Work, Adelaide 2004, www.sozialarbeit.at (7.5.2006).

In diesem Sinne verstehe ich unter politischer Sozialarbeit eine Sozialarbeit, die bei der Analyse von Ursachen sozialer Probleme und deren Verhinderung bzw. Bewältigung ihr Augenmerk auf strukturelle, gesellschaftlich bedingte Faktoren legt, diese öffentlich macht und oben genannten Auftrag als Erfüllung eines von mehreren Kernaufträgen professionellen sozialarbeiterischen Handelns betrachtet. Unter politischer Handlung verstehe ich dabei jede Aktivität, die eine positive Veränderung von Gesellschaftsstrukturen, die soziale Probleme bedingen, anstrebt: z. B. Öffentlichkeitsarbeit, Kritik an repressiven Gesetzen etc.

In diesem Sinne sind »politische SozialarbeiterInnen« SozialarbeiterInnen, die sich nicht zum Objekt herrschender Verhältnisse machen lassen, sondern als Subjekte versuchen, auf gesellschaftspolitische Verhältnisse, die die Problemlage ihrer Klientel mitbedingen, Einfluss zu nehmen und Sozialpolitik mitzugestalten.

Die zentrale Bedeutung dieser spezifisch politischen Dimension von Sozialarbeit unterstreicht Silvia Staub-Bernasconi in ihrem Konzept von Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession.²

Diese Konzeption basiert auf dem UNO-Dokument *Human Rights* aus dem Jahre 1992, das Sozialarbeit explizit als Human-Rights-Profession beschreibt: Sozialarbeit soll zu einer Profession werden, die sich lokal, national wie international für soziale Gerechtigkeit als Weiterentwicklung von Menschen- und Sozialrechten einsetzt, auf diese Weise zu gesellschaftlichem Wandel beiträgt und dafür Sorge trägt, dass der Blick für die Verletzbarkeit von Menschen durch sozialökonomische Erschütterungen nicht verloren geht.

Menschenrechte sollen auch zentraler Bestandteil der Ausbildung sein, wozu auch Methoden der Aneignung von Definitionsmacht, der Einmischung und die Tätigkeit als soziale Anwältinnen für soziale Gerechtigkeit gehören.³

Auch die internationale Definition von Social Work des IFSW impliziert einen politischen Auftrag:

»Soziale Arbeit als Beruf fördert den sozialen Wandel und die Lösung von Problemen in zwischenmenschlichen Bezie-

2 Vgl. *Silvia Staub-Bernasconi*, Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international oder: vom Ende der Bescheidenheit, Bern/Stuttgart/Wien 1995, S. 413–425.

3 Vgl. *United Nations*, Human Rights. A Manual for Schools of Social Work and the Social Work Profession, New York 1992, S. 5–7.

hungen, und sie befähigt die Menschen, in freier Entscheidung ihr Leben besser zu gestalten. Gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse über menschliches Verhalten und soziale Systeme greift Soziale Arbeit dort ein, wo Menschen mit ihrer Umwelt in Interaktion treten. Grundlagen der Sozialen Arbeit sind die Prinzipien der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit.⁴

Die Frage nach dem Tod der politischen Sozialarbeit impliziert die Frage nach ihrer Geburtsstunde.

2. Ein Blick auf die Geschichte

Politische Sozialarbeit ist so alt wie die Sozialarbeit selbst, wenn man die Geschichte der Sozialarbeit mit der Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert ansetzt.

Jane Addams wehrte sich zur Jahrhundertwende (19./20. Jh.) vehement gegen die damals vorherrschende Ideologie vom individuellen Versagen der Armen gegenüber den Anforderungen des Lebens, die z. B. damals christliche Wohltätigkeitsorganisationen vertraten. Das von ihr im Rahmen der Settlement-Bewegung gegründete Hull House war die erste Organisation in den USA, die sich seit 1898 der systematischen Erfassung der Lebens-, Gesundheits- und Arbeitsbedingungen in den Chicagoer Slums widmete, deren Ergebnisse für Addams die Argumentationsbasis für ihre Einmischung in die Tagespolitik auf lokaler und nationaler Ebene bildete. Sie sah die beste Möglichkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Chicagoer Arbeitervierteln im Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen durch gewerkschaftliche Organisation und entsprechende staatliche Gesetzgebung gegen Formen der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bzw. in kommunalpolitischen Initiativen zur Verbesserung der Infrastruktur in den Wohnquartieren.⁵

Ilse von Arlt entwickelte in den 20er Jahren eine Bedürfnistheorie als Grundstein für ihre Fürsorgewissenschaft. Ausgangspunkt für die Fürsorge sind die menschlichen Bedürfnisse wie Ernährung, Wohnung, Körperpflege, Bekleidung, Erholung, Erziehung, Geistes-

4 *IFSW*, Definition of Social Work, Montreal 2000, www.sozialarbeit.at (7.5.2006).

5 Vgl. *Carl Wolfgang Müller*, *Wie Helfen zum Beruf wurde*, Bd. 1, überarb. Neuausgabe, Weinheim/Basel 1999, S. 85 ff.

pflge, Rechtsschutz, Familienleben, ärztliche Hilfe und Krankenpflge, Unfallverhütung und Erste Hilfe. Arlt konzipiert die Fürsorgewissenschaft als Grundwissenschaft von der Armut und ihrer Behebung, deren Ziel es sein muss, die unmittelbaren und entfernteren Ursachen der Armut und ihre weiteren Wirkungen für die betroffenen Personen selbst und ihre Umwelt zu verstehen. Armut ist für Arlt die wirtschaftliche Unmöglichkeit zu ausreichender Bedürfnisbefriedigung. Nicht sozial auffälliges, abweichendes Verhalten, sondern die gesellschaftlich verweigerte Bedürfnisbefriedigung und Behinderung von Lernchancen sind Ausgangspunkt ihrer Theorie. In diesem Sinn konzipiert sie fürsorgerische Maßnahmen konsequent von unbefriedigten Bedürfnissen und problematischen gesellschaftlichen Sachverhalten her. Abweichendes Verhalten ist für Arlt allenfalls die Folge verweigerter Bedürfnisbefriedigung.⁶

Von der Literatur lange ähnlich unbeachtet und ausgeblendet wie Ilse von Arlt wurden die Konzepte eines Saul Alinsky bzw. Harry Specht; es ist C. W. Müllers Verdienst, auf diese Ansätze hingewiesen zu haben.⁷

Alinsky wendet sich scharf gegen jene professionellen Wohltäter, die ihre Klienten im Kampf um Auswege aus ihren sozialen Problemen nicht unterstützten, sondern anpassten, d. h.: »*sie nicht nur in der Hölle leben lassen, sondern ihnen dieses Leben auch noch schmackhaft machen*«. ⁸ Für Alinsky muss zur Durchsetzung von Verbesserungen eine Gegenmacht gebildet werden. Macht tritt nach Alinsky auf in Gestalt von Geld oder vielen Menschen. Menschen mit wenig Geld müssen diesen Mangel durch große Zahl kompensieren und durch Einigkeit, solidarisches und entschlossenes Handeln den Gegner zu Zugeständnissen zwingen. In diesem Sinn brachte Alinsky Schlachthofarbeiter in den Chicagoer Elendsquartieren dazu, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Er setzte die Verstärkung von sozialem Wohnbau und die Verbesserung von Wohnbedingungen durch und schuf Ausbildungsplätze für schwarze Jugendliche. Dies erreichte er, indem er z. B. dem Chicagoer

6 Vgl. *Ernst Engelke*, Theorien der Sozialarbeit. Eine Einführung, Freiburg i. Br. ³2002, S. 276–282; *Silvia Staub-Bernasconi*, 1995, S. 22.

7 Vgl. *Carl Wolfgang Müller*, Wie Helfen zum Beruf wurde, Bd. 2, Weinheim/Basel 1999, S. 114–119.

8 *Saul Alinsky*, zit. nach *Tim Kunstreich*, Grundkurs soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit, Bielefeld ²2001, S. 134.

Bürgermeister drohte, den Flughafen dadurch unbenutzbar zu machen, dass jeden Tag 2500 Schwarze rund um die Uhr die Flughafentoiletten benutzten. Besitzer von Warenhäusern brachte er dazu, schwarzes Personal anzustellen, weil täglich 3000 Schwarze an Sonnabenden die Kassen verstopften, ihre Einkäufe per Nachnahme ausliefern ließen und später die Annahme verweigerten.⁹

Harry Specht, Uni-Professor in Berkeley, systematisierte unterschiedliche Strategien politischer Aktionen und Formen von Gemeinwesenarbeit.

Er vermittelte von wissenschaftlicher Seite die klare Botschaft, dass Strategien eines Alinsky möglich und in der Auseinandersetzung konkurrierender politischer und sozialer Interessen legitim sind. In diesem Zusammenhang prägte er den Ausdruck disruptiv: Disruptive Aktionsformen sollen das Handlungssystem des Gegners für eine gewisse Zeit unwirksam machen, dies geschieht nach Specht in drei Schritten:

- öffentliche, argumentative und diskursive Bekanntmachung gegensätzlicher Interessen zwecks Mobilisierung von Anhängern;
- gewaltlose Verletzung traditioneller Verkehrssitten durch Demonstrationen, Boykotte, Mahnwachen, öffentliche Hungerstreiks;
- gesetzlich festgelegte Erwartungen durch Nicht-Tun passiv oder auch aktiv verletzen durch »sit-ins« auf Straßenbahn- oder Eisenbahnschienen, durch das dauerhafte Blockieren von Telefonanschlüssen, Bankschaltern, Warenhauskassen oder Zebrastreifen.¹⁰

Höhepunkt der politischen Sozialarbeit sowohl was die theoretische Auseinandersetzung wie die konkrete Praxis betrifft waren die 70er Jahre, in denen im Zuge der Studentenbewegung zum ersten Mal eine breite Sozialarbeiter-Bewegung entstand, die umfassend die professionelle Rolle und die gesellschaftliche Funktion von Sozialarbeit problematisierte:

Die gesellschaftliche Funktion der »Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen« wurde einer generellen Kritik unterzogen:

9 *Carl W. Müller*, *Wie Helfen zum Beruf wurde*, Bd. 2, Weinheim/Basel 1997, S. 115.

10 Vgl. *ders.*, *Wie Helfen zum Beruf wurde*, Bd. 2, S. 119.

- Als Reproduktionsagentur sorgt Sozialarbeit für die Erhaltung der Ware Arbeitskraft und pflegt eine industrielle Reservearmee;
- als Disziplinierungsagentur fördert sie Anpassung an bestehende krankmachende Strukturen: Wohlverhalten statt Wohlbefinden;
- als Oppressionsagentur macht sie soziale Fälle aktenkundig und hält sie dadurch unter Kontrolle;
- als Sozialisationsagentur psychologisiert und subjektiviert sie soziale Probleme und wird so zur
- Kompensationsagentur für die Widersprüche und Ungerechtigkeiten des Systems: Sozialarbeit mildert die Folgen sozialer Ungerechtigkeit verständnisvoll und behutsam und verschleiert so Ungerechtigkeiten.¹¹

Neben einer grundsätzlichen Ablehnung der Sozialarbeit als »Krankenschwester des Kapitalismus« wurde die Rolle von Sozialarbeit dann positiv gesehen, insofern sie über versteckte Formen von Herrschaft und Unterdrückung aufklärt, politisches Bewusstsein weckt und kollektive Aktionen des Widerstands organisiert.

Kharam Khella stellt einer institutionalisierten *Sozialarbeit von oben* eine *Sozialarbeit von unten* gegenüber. Diese hat für ihn zwar prinzipiell keine gesellschaftsverändernde, aber eine unterstützende Funktion bei der Gesellschaftsveränderung. Sie hat das Bewusstsein vom sozialen Elend und der Deklassierung, die jeden Werktätigen bedrohen, in die Arbeiterbevölkerung zu tragen, denn Arme und Arbeiter sind sich ihrer gesellschaftlichen Lage meist nicht bewusst. Sie glauben schließlich das, was überall vorgebetet wird: dass sie selber Schuld an ihren Lebensbedingungen und nicht an objektiven gesellschaftlichen Bedingungen gescheitert seien, wie z. B. an mangelndem sozialem Wohnbau und fehlenden Arbeitsplätzen. *Sozialarbeit von unten* ist eine Entscheidung für eine ständige kritische Auseinandersetzung mit den jeweils zuständigen staatlichen, kirchlichen, kommunalen und anderen Trägern der Sozialen Arbeit, die in der Regel eine Sozialarbeit von oben betreiben, bis die Verelendung der Armen beseitigt ist und sich Sozialarbeit letztlich selbst aufhebt.¹²

Die Politisierung der Sozialarbeit machte sich zunächst im Bereich der Heimerziehung bemerkbar durch die Anfang der 70er

11 Vgl. *Walter Hollstein/Marianne Meinhold*, Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt a. M. 1973, S. 205–207.

12 Vgl. *Ernst Engelke*, 2002, S. 315–323.

Jahre entstehenden so genannten »Heimkampagnen«, die die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen radikal in Frage stellten und aus denen sich in der Folge als Alternativen Jugendwohngruppen und die sozialpädagogische Familienhilfe entwickelten. Ferner gingen aus der Sozialarbeiterbewegung u. a. Initiativen wie die Jugendzentrumsbewegung, die Frauenhausbewegung, Wohnungslosen- und Gemeinwesenprojekte hervor.

Der Höhepunkt der politischen Sozialarbeit schien gleichzeitig auch ihr Ende einzuläuten.

Was politische Aktion nicht erreichen konnte, sollte eine Verbesserung der Methoden und schließlich die Orientierung an Konzepten aus Management und Betriebswirtschaftslehre liefern. Politische Sozialarbeit wurde mehr und mehr durch Nichtthematisierung ausgegrenzt. Den Höhepunkt bildete der Zusammenbruch des sozialistischen Systems des Ostblocks, der als endgültiger Triumph des Kapitalismus interpretiert wurde. Dieser Zusammenbruch brachte es mit sich, dass auch der Sozialarbeit Bescheidenheit angemahnt und angesichts der totgesagten Alternativen ordnungspolitische Einordnung in marktwirtschaftliches Denken verschrieben wurde. Es gelte ihre unerreichbaren Utopien und hochtrabenden Ziele endlich zu begraben, sich dem kleinen bescheidenen Alltag zuzuwenden und zur bescheidenen Profession mit Blick auf die konkreten drängenden Probleme ihrer Klienten zu werden.

3. Tot oder lebendig?

Ist die politische Sozialarbeit nun tot? Wie oben genannte Zitate des IFSW und von Staub-Bernasconi zeigen, ist politische Sozialarbeit in der Theorie noch lebendig.

Wie schaut die konkrete politische sozialarbeiterische Praxis aus?

Aus eigener regional begrenzter Erfahrung während meiner Arbeit als Streetworker in der Wohnungslosenhilfe in Innsbruck in den 90er Jahren erlebte ich die ersten Jahre noch stark von sozialpolitischen Aktionen geprägt (z. B. in Form von Stellungnahmen gegen repressive Gesetze, Demos und Protesten gegen Sparpolitik, gegen diskriminierende Aussagen von Lokal- und Regionalpolitikern und einer am Modell des Zero-tolerance-Konzeptes orientierten Vertreibungspolitik. Ende der 90er schienen mir einzelne Vereine ihre

sozialpolitischen Aktivitäten mehr und mehr zu reduzieren und »zahmer zu werden«. Die Teilnahme an Arbeitskreisen wurde von einigen als nicht mehr notwendig erachtet, teilweise den MitarbeiterInnen *von oben* untersagt bzw. wurden kritische Stellungnahmen nicht mehr von allen Vereinen mitunterzeichnet.

Als mögliche Gründe dafür erschien mir vor allem die Angst, dass zu starkes sozialpolitisches Engagement und damit verbundene Kritik an den Geldgebern zu Subventionskürzungen führen könnte. Auch bekam ich öfter das Argument zu hören, in Anbetracht knapper werdender Ressourcen sich aufs Kerngeschäft, sprich unmittelbare Klientenarbeit, zu beschränken.

Der Hauptgrund für das geringere Wahrnehmen der gesellschaftskritischen Funktion der Sozialarbeit liegt für mich in der Kolonialisierung aller Lebensbereiche durch die Mythen und Dogmen der neuen Weltreligion des Neoliberalismus, die auch vor der Sozialarbeit nicht haltmacht. Diese neue »Weltreligion tritt mit einem Absolutheitsanspruch auf, den wir sonst nur von diversen religiösen Fundamentalismen kennen. Dem Gott Profit werden sozusagen Opfer dargebracht in Form von Arbeitslosen, Kinderarbeit, Kürzungen im Sozialsystem und Zerstörung der Umwelt. Dieser Prozess, der die Form des Marktes zunehmend als das Organisationsprinzip von Staat und Gesellschaft beansprucht, wird im wissenschaftlichen und professionellen Diskurs seit Beginn der 1990er Jahre als Ökonomisierung der Sozialarbeit beschrieben.¹³

Wenn ich im Folgenden diese *Ökonomisierung des Sozialen* einer Kritik unterziehe, stellt diese Kritik nicht in Abrede, dass Sozialarbeit nicht auch ökonomisch betrachtet werden muss: jede(r) BürgerIn ist ein(e) ÖkonomIn in dem Sinn, dass sie/er einen *oikos* – einen Haushalt – zu führen und darauf zu achten hat, dass dieser Haushalt (sei es Singlehaushalt, Familie oder Lebensgemeinschaft) so wirtschaftet, dass die Grundbedürfnisse aller Mitglieder ausreichend im Sinne eines menschenwürdigen Lebens befriedigt werden. In diesem Sinne sollte auch der Staatshaushalt geführt werden: im Sinne einer Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Mitglieder und nicht der

13 Vgl. *Roderich Kulbach*, Ökonomisierung sozialer Arbeit, in: *Soziale Arbeit 1* (2000), S. 16–21; *Roland Schmidt/Thomas Klie*, Folgen der Ökonomisierung des Sozialen, in: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 1* (1999), S. 14–17; *Udo Wilken*, Faszination und Elend der Ökonomisierung des Sozialen, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege 11+12* (1998), S. 226–230.

Profitinteressen von Großunternehmen und multinationalen Konzernen. Dass in diesem Sinn auch Träger von Sozialarbeit wirtschaften und ökonomisch denken müssen, ist selbstverständlich und wurde nicht erst in den 90ern erkannt. Mary Richmond war bestrebt, die bestehenden Wohlfahrtsorganisationen effektiv zu machen durch bessere Organisation, Management, Schulung und Ausbildung. Ihre Charity Organisation Societies sollten genauso professionell geführt werden wie ein kommerzieller Dienstleistungsbetrieb.¹⁴

Als Studentinnen der Nationalökonomie waren diese Gedanken sicher auch Alice Salomon und Ilse von Arlt vertraut. Arlt bemängelt in ihren Werken die mangelhafte Durchführung der Hilfsmaßnahmen und das Fehlen jeglicher Leistungsbilanz. Fürsorge beschrieb sie als jene Hilfsweise, welche nach genauer Erfassung der Not die Hilfe unter Berücksichtigung aller Grundbedürfnisse volkswirtschaftlich richtig aufbaut.¹⁵

Meine Kritik an der Ökonomisierung der Sozialarbeit fokussiert die Tatsache, dass Sozialarbeit einer Markt- und Profitlogik unterworfen wird und eines mit dieser »Ökonomisierung« verbundenen verstärkten Einzugs von Konzepten und Methoden aus Betriebswirtschaftslehre und Management in die Sozialarbeit mit dem scheinheiligen Versprechen von mehr Effektivität und Effizienz und damit verbundener scheinbarer Qualitätsverbesserung der Sozialen Arbeit. In der Analyse dieses Prozesses der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit seit den 90ern wird m. E. zu wenig beachtet, dass bei allen »ökonomischen Heilsversprechen« der Ausgangspunkt in erster Linie nicht das Wohl des Klientels der Sozialen Arbeit und eine Verbesserung der Qualität der Sozialarbeit, sondern der Spardruck war. Bei der Ökonomisierung der Sozialarbeit handelt es sich um ein Trojanisches Pferd: Professionelle Sozialarbeit wird in Anspruch genommen, um professionsfremde Ziele (Sparstrategien) zu verfolgen: Kostenersparnis statt bedarfsgerechter Hilfe zur Führung eines menschenwürdigen Lebens.

Um diesbezügliche Zweifel auszuräumen, darf ich zwei Begründer und »Päpste« des neoliberalen Denkens, Friedrich von Hayek und Milton Friedman, zitieren (beiden wurde bezeichnenderweise der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen):

»Mehr als zehn Jahre habe ich mich intensiv damit befasst, den Sinn des Begriffs »Soziale Gerechtigkeit« herauszufin-

14 Vgl. *Carl W. Müller*, 1999, Bd. 1, S. 110–113.

15 Vgl. *Ernst Engelke*, 2002, S. 279.

den. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluss gelangt, dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat ... Das Soziale bezeichnet kein definierbares Ideal, sondern dient heute nur mehr dazu, die Regeln der freien Gesellschaft, der wir unseren Wohlstand verdanken, ihres Inhalts zu berauben ... Ich muss gestehen, wenn sie auch darüber entsetzt sein werden, dass ich nicht sozial denken kann, denn ich weiß nicht, was das heißt.«¹⁶

»Eine freie Gesellschaft benötigt eine bestimmte Moral, die sich letztlich auf die Erhaltung des Lebens beschränkt: nicht auf die Erhaltung allen Lebens, denn es könnte notwendig werden, das eine oder andere individuelle Leben zu opfern zugunsten der Rettung einer größeren Anzahl anderen Lebens. Die einzig gültigen moralischen Maßstäbe für die Kalkulation des Lebens können daher nur sein: das Privateigentum und der Vertrag.«¹⁷

»Es gibt wenig Entwicklungstendenzen, die so gründlich das Fundament unserer Gesellschaft untergraben können, wie die Annahme einer anderen sozialen Verantwortung durch Unternehmer als die, für die Aktionäre ihrer Gesellschaften so viel Gewinn wie möglich zu erwirtschaften.«¹⁸

Angesichts dieser Äußerungen der Begründer und »think-tanks« der neoliberalen Ideologie kann man m. E. nicht mehr von einem ambivalenten Verhältnis der Sozialarbeit zur Ökonomisierung sprechen, wie es z. B. u. a. Heiko Kleve tut: »Diese (neoliberale, Anmerk. d. Verf.) Umgestaltung unserer Wohlfahrtsgesellschaft lässt sich so aus sozialarbeiterischer Perspektive weder eindeutig verurteilen noch freudig begrüßen.«¹⁹

Trotz einiger kritischer Stimmen im wissenschaftlichen und professionellen Diskurs²⁰ werden m. E. neoliberale Dogmen noch im-

16 Friedrich A. von Hayek, *Wissenschaft und Sozialismus*, Tübingen 1979, S. 16.

17 Interview mit Friedrich A. von Hayek in: *El Mercurio*, Santiago de Chile, 19.4.1981; <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/dgs-mills/mills-texte/Plehwe01.htm>.

18 Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit*, Stuttgart 1971, S. 176.

19 Heiko Kleve, Systemisches Case-Management, in: *SiÖ* 1 (2006), S. 14; vgl. ders., *Sozialarbeitswissenschaft, Systemtheorie und Postmoderne*, Freiburg i. Br. 2003, S. 46–51.

20 Vgl. u. a. Bernhard Hauptert, *Gegenrede: Wider die neoliberale Invasion der Sozialen Arbeit*, 2000, <http://www.qualitative-sozialforschung.de/hauptert.htm> (2.11.2005); Michael Lindenberg, *Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit*, Bielefeld 2000;

mer nachgebetet und die Effizienz und Effektivität einer neoliberalen Ökonomie relativ kritiklos, vorbehaltlos und naiv der Sozialarbeit als Vorbild vorgesetzt, ohne zu reflektieren, wie es wirklich um deren Effektivität und Effizienz steht. Es werden von öffentlichen und privaten Trägern sozialer Einrichtungen BeraterInnen bzw. Beratungsunternehmen beigezogen, die von Sozialarbeit keine Ahnung haben, aber glauben beurteilen zu können, ob man Dienstposten einsparen kann bzw. wie lange ein effizientes Beratungsgespräch dauern dürfte.

Peter Drucker, der Guru der Management-Gurus, hat den Unterschied zwischen Effektivität und Effizienz einmal sehr prägnant definiert: »*To be effective is to work on the right things; to be efficient is to do the things right; to be efficient and effective means doing the right things, right.*«²¹

In Sinne dieser Definition möchte ich die neoliberale Ökonomie befragen:

Wie effektiv und effizient ist eine von der neoliberalen Ideologie dominierte Weltwirtschaft, wenn mehr als 850 Millionen Menschen hungern und täglich 18 000 Kinder verhungern, während andererseits Lebensmittelüberschüsse vernichtet werden?²²

Wie effektiv bzw. effizient ist eine Wirtschaft, die dafür Sorge trägt, dass Unmengen an Nahrungsmitteln in so genannten Dritte-Welt-Ländern als Futter für europäisches Weidevieh produziert und exportiert werden, während die einheimische Bevölkerung unter dem Existenzminimum dahinvegetiert und teilweise verhungert?

Wie effektiv ist eine globale Ökonomie, die die Umwelt zerstört, im Dienste einer Profitmaximierung menschliche Arbeitskraft rücksichtslos ausbeutet und dafür verantwortlich ist, dass 186 Millionen Kinder in sklavenartigen Arbeitsverhältnissen den Profit einzelner multinationaler Konzerne vergrößern?²³

Weitere Beispiele, wie »effizient« Arbeitskraft ausgebeutet, Umwelt zerstört, öffentliche Güter privatisiert werden, findet man zur

Jan Kruse, Soziale Arbeit als disziplinierende Simulation. Eine kritische Analyse der Ökonomisierung Sozialer Arbeit, in: Soziale Arbeit 7 (2004), S. 256–262.

21 *Peter F. Drucker, The Practice of Management, New York 1955, <http://www.qualisci.com/aboutus.asp?xYu3P=bcpvvt> (7.5.2006)*

22 Vgl. FAO, *The State of Food Insecurity in the World*, Rom 2005, S. 5 f.

23 Vgl. *ILO, Jedes Kind zählt*, Genf 2002, <http://www.dka.at/bildungsarbeit/hintergrund.htm> (1.9.2006)

Genüge im Schwarzbuch Privatisierung²⁴ bzw. im Schwarzbuch Markenfirmen.²⁵

Beinahe täglich wird uns auch via Medien serviert, wie »effektiv und effizient« von diversen Unternehmen Gelder in den Sand gesetzt werden und ausgediente Politiker mit lukrativen Managementposten versorgt werden.

Hat es die Sozialarbeit wirklich nötig, sich an diesen Maßstäben zu orientieren und sich auf das menschenverachtende Niveau neoliberaler Effektivität und Effizienz herunterzunivellieren? Natürlich hat sich auch die Sozialarbeit immer wieder die Frage zu stellen, ob sie *die richtigen Dinge tut* und ob sie *die Dinge richtig tut*, und dies auch wissenschaftlich und professionell zu reflektieren und zu evaluieren. Aber nicht unter der Federführung von ManagerInnen und BWL-Fetischisten, für die Effektivität nur Profitmaximierung und Effizienz bedeutet.

Die Logik der Sozialarbeit ist nicht die Logik des Profits und des Marktes. Ob jemand Mittel für ein menschenwürdiges Leben erhält, darf nicht vom Markt entschieden werden. Sozialarbeit ist keine Dienstleistung mit Warencharakter, sondern Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen aller Beteiligten – von Sozialarbeiter/In und Klient/In – bei gleichzeitigem Arrangement und Management von Umständen, die den Erfolg der Bemühungen wahrscheinlicher machen. Die Betriebswirtschaft ist maximal eine Hilfswissenschaft der Sozialarbeit und darf nicht zur Leitwissenschaft werden.

4. Resümee und Ausblick

Jene ökonomischen Gegebenheiten bzw. Prozesse, die uns stets als Sachzwang suggeriert und permanent von Politikern verschiedener Couleur mantraartig als unvermeidbares Naturgesetz heruntergebetet werden, sind politische Prozesse. Sie beruhen auf politischer Willensbildung und politischen Entscheidungen und sind grundsätzlich durch solche auch wieder veränderbar. Sozialarbeit ist den Machtverhältnissen nicht einfach ausgeliefert. Es gibt auch Distanzierung

24 Vgl. *Michel Reimon/Christian Felber*, Schwarzbuch Privatisierung, Wien 2003.

25 Vgl. *Klaus Werner/Hans Weiss*, Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, Wien/Frankfurt a. M. 2003.

und Widerstand gegenüber einer Politik, die von der Sozialen Arbeit Anpassung an so genannte Sachzwänge verlangt.

Dieser Widerstand basiert m. E. auf einer wissenschaftlich fundierten Analyse der Probleme der Klientel der Sozialarbeit und deren gesellschaftlichen Ursachen und einer Berufsethik, die auf dem Hintergrund der Menschenrechte und Prinzipien sozialer Gerechtigkeit die neoliberale Weltreligion in Frage stellt und u. a. zwischen Legalität und Legitimität unterscheidet.

Es gilt aber nicht nur dagegen zu sein, »... sondern man muss etwas tun und an der Zementmauer der Unmöglichkeit versuchen, kleine Möglichkeiten herauszuschlagen oder hineinzusprengen²⁶.

So bedarf es Fantasie und Kreativität in der Erhaltung und Ausweitung der vorhandenen Handlungsspielräume von Sozialarbeit, es braucht Zusammenschlüsse und Allianzen und vor allem Solidarität und Zivilcourage. Konkrete Beispiele dafür liefert uns die Geschichte der sozialen Bewegungen und der Sozialen Arbeit.

Es braucht eine selbst- bzw. ihrer Identität und Geschichte bewusste Sozialarbeit, die Ecken und Kanten zeigt, eine Sozialarbeit, über die im Sinne des Eingangszitates von Bert Brecht... *kein bequemer Weg führt*.

Literatur

Drucker, Peter F.: The Practice of Management, New York 1955, <http://www.qualisci.com/aboutus.asp?xYu3P=bcpvuv> (7.5.2006)

Engelke, Ernst: Theorien der Sozialarbeit. Eine Einführung, Freiburg i. Br. ³2002.

FAO: The State of Food Insecurity in the World, Rom 2005.

Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart 1971.

Hauptert, Bernhard: Gegenrede: Wider die neoliberale Invasion der Sozialen Arbeit. Theoretische Neuorientierung zwischen Dienstleistung und Profession, Markt und Moral – Mensch und Kunde? 2000, <http://www.qualitative-sozialforschung.de/hauptert.htm> (2.11.2005).

von Hayek, Friedrich A.: Wissenschaft und Sozialismus, Tübingen 1979.

Hollstein, Walter/Meinhold, Marianne: Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt a. M. 1973.

IFSW: Definition of Social Work, Montreal 2000, www.sozialarbeit.at (7.5.2006).

26 *Sophie Scholl*, zit. nach *Kurt Singer*, Zivilcourage wagen. Wie man lernt, sich einzumischen, München ³2003, S. 14.

- IFSW*: Ethics in social work, Adelaide 2004, www.sozialarbeit.at (7.5.2006).
- ILO*: Jedes Kind zählt, Genf 2002, <http://www.dka.at/bildungsarbeit/hintergrund.htm> (1.9.2006).
- Kleve, Heiko*: Sozialarbeitswissenschaft, Systemtheorie und Postmoderne, Freiburg i. Br. 2003.
- Ders.*: Systemisches Case-Management, in: *SiÖ* 1 (2006), S. 14–16.
- Kruse, Jan*: Soziale Arbeit als disziplinierende Simulation. Eine kritische Analyse der Ökonomisierung Sozialer Arbeit, in: *Soziale Arbeit* 7 (2004), S. 256–262.
- Kulbach, Roderich*: Ökonomisierung Sozialer Arbeit, in: *Soziale Arbeit* 1 (2000) Berlin, S.16–21.
- Kunstreich, Tim*: Grundkurs soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit, Bielefeld ³2001.
- Lindenberg, Michael*: Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld 2000.
- Müller, Carl Wolfgang*: Wie Helfen zum Beruf wurde, Bd. 1, überarb. Neuausgabe, Weinheim/Basel 1999.
- Ders.*: Wie Helfen zum Beruf wurde, Bd. 2, Weinheim/Basel ³1997.
- Reimon, Michel/Felber, Christian*: Schwarzbuch Privatisierung, Wien 2003.
- Schmidt, Roland/Klie, Thomas*: Folgen der Ökonomisierung des Sozialen, in: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit* 1 (1999), S. 14–17.
- Singer, Kurt*: Zivilcourage wagen. Wie man lernt, sich einzumischen, München ³2003.
- Staub-Bernasconi, Silvia*: Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international oder: vom Ende der Bescheidenheit, Bern/Stuttgart/Wien 1995.
- United Nations*: Human Rights. A Manual for Schools of Social Work and the Social Work Profession, New York 1992.
- Werner, Klaus/Weiss, Hans*: Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, Wien/Frankfurt 2003.
- Wilken, Udo*: Faszination und Elend der Ökonomisierung des Sozialen, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 11+12 (Doppelheft 1998), Frankfurt a. M., S. 226–230.

Teil II
Politisierung als
professionelle
Herausforderung

Politisierung als professionelle Herausforderung¹

Günter Rieger

»Soziale Arbeit muss wieder politischer werden«, solche und ähnliche Appelle hört man auf Tagungen der Sozialen Arbeit wieder häufiger. Zum Leidwesen der Appellierenden scheinen diese Aufrufe meist ungehört zu verhallen. Argumentativ wie rhetorisch wird dann der moralische Druck auf die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter erhöht. Soziale Arbeit sei in ihrem Kern eine politische Profession. Politisches Engagement sei empirisch notwendig und normativ geboten. Behauptet wird ein Defizit an sozialarbeiterischer Politisierung.² Gefordert wird die Repolitisierung.³ Eher vage bleiben

-
- 1 Gehalten als Vortrag an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart am 22.07.2006 unter dem Titel »Politisches Engagement und Professionalisierung. Anregungen und Folgerungen aus der Governance-Debatte«.
 - 2 Empirische Erkenntnisse zur Politisierung Sozialer Arbeit gibt es kaum. Weder werden systematisch Querschnittsdaten zur politischen Einstellung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern erhoben, noch verfügen wir über Längsschnittdaten. In einigen Untersuchungen lassen sich allerdings empirische Belege für eine schwindende Bedeutung politischer Inhalte für die Soziale Arbeit finden (vgl. *Rainer Berger* 1999: *Der Umbau des Sozialstaates*, Wiesbaden; *Rainer Berger* (Hrsg.) 2001: *Studienführer Soziale Arbeit*, Münster). Insgesamt bleibt man aber auf historisch interpretierende Plausibilitätsannahmen verwiesen. Deutlich erkennbar erscheint im Vergleich zu den 60er/70er Jahren ein Rückgang politischer Argumentation und Begründung im fachöffentlichen Diskurs. Der gesellschaftskritische Diskurs wird erst vom therapeutischen Diskurs ausgesetzt und dann vom ökonomischen Diskurs ersetzt. Aus dem Rückgang politischer Argumentation wird dann unmittelbar auf einen Rückgang der Bedeutung politischen Handelns für die Soziale Arbeit und ihre geringere politische Durchsetzungsfähigkeit geschlossen. Hier eröffnet sich ein weites, unbeackertes Feld für sozialarbeitspolitische Forschung. Eine Zunahme der Politisierung Sozialer Arbeit wä-

dagegen die Aussagen zu Gestalt und Umsetzung der geforderten Politisierung. Guter Wille und die richtige Gesinnung scheinen zu genügen.

Dies weckt im Gegenzug Ängste und Befürchtungen. Gegner einer Politisierung Sozialer Arbeit bezweifeln das politische Mandat Sozialer Arbeit, sehen bereits erreichte Standards der Professionalisierung durch Ideologisierung gefährdet oder bezweifeln die Politikfähigkeit Sozialer Arbeit.

Der folgende Text will zeigen, dass Politisierung und Professionalisierung durchaus zusammenpassen. Hierzu gilt es zunächst den (1) fachpolitischen Auftrag theoretisch zu begründen, sodann (2) die Professionalisierung des Politikmachens der Sozialen Arbeit als ebenso nützlich wie geboten herauszustellen, um schließlich (3) auf mögliche Ressourcen einer professionalisierten Sozialarbeitspolitik hinzuweisen und hier (4) insbesondere die Anregungen des Governance-Ansatzes auszuloten.

1. Politik als Hilfe

Dass Soziale Arbeit als Profession ein ganz spezifisches Verhältnis zur Politik aufweist, ist in den Theorien der Sozialen Arbeit unstrittig. Schließlich sind die Rahmenbedingungen sozialarbeiterischen Handelns politisch konstituiert und ist es Aufgabe Sozialer Arbeit, sozialpolitische Entscheidungen auszuführen. Gleiches gilt aber auch für die Professionen der Ärzte oder Lehrer. Unstrittig scheint in den Theorien Sozialer Arbeit darüber hinaus, dass Sozialarbeit keine rein passive Rolle gegenüber der Politik einnehmen kann und soll. Sie muss versuchen, Politik aktiv zu gestalten. Zwar mischen sich bei-

re daran zu erkennen, dass im fachöffentlichen Diskurs soziale Probleme, ihre Lösung und auch die Wege zur Durchsetzung fachlich begründeter Lösungen (wieder) mehr als politische Angelegenheiten betrachtet werden. Die Präsenz politischer Inhalte im fachöffentlichen Diskurs würde sich dann auch im politischen Bewusstsein der Akteure Sozialer Arbeit nachweisen lassen. Davon zwar nicht unabhängig, aber doch von weiteren Faktoren beeinflusst, ist die Frage nach der Politikfähigkeit Sozialer Arbeit, d. h. ihrer Möglichkeit, spezifische Interessen durchzusetzen.

- 3 Zu den unterschiedlichen Positionen vgl. *Roland Merten* (Hrsg.): *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat?*, Opladen 2001.

spielsweise auch Ärzte und Rechtsanwälte mit ihren Verbänden im eigenen und anwaltlichen Interesse in Rechts- und Gesundheitspolitik ein, der politische Auftrag der Sozialen Arbeit scheint aber darüber hinauszugehen.

Dies bestätigt ein erster Blick auf unterschiedlichste Theorien Sozialer Arbeit. Prozessual-systemischer wie lebensweltorientierter und ökosozialer Ansatz gehen gleichermaßen von einer spezifischen, politischen Dimension Sozialer Arbeit aus:

Für Sozialarbeit als »Menschenrechtsprofession«⁴ gilt, dass eine Soziale Arbeit, die ihre »gesellschaftsbezogene Funktion« vernachlässigt, eine »halbierte Profession« ist⁵. Soziale Arbeit hat sich »in (sozial)politische Entscheidungsprozesse ... einzumischen«⁶, um relevante soziale Systeme dahingehend zu verändern, dass sie menschenrechtlichen Standards einer angemessenen Bedürfnisbefriedigung entgegenkommen. Ihren Auftrag zum politischen Handeln bezieht Soziale Arbeit aus ihrer Begründung als Menschenrechtsprofession. Sie muss politikberatend tätig sein und Klienten im Umgang mit Machtstrukturen befähigen (Empowerment). Sozialplanung, »Soziallobbying«, »Öffentlichkeitsarbeit« und Community Organizing gehören selbstverständlich zu ihrem Methodenrepertoire.⁷

Ähnlich positioniert sich die lebensweltorientierte Soziale Arbeit: »Angesichts der gesellschaftlichen Bedingtheit von Lebensverhältnissen ist sie verpflichtet zur Einmischung in die Politikbereiche, die die Strukturen von Lebenswelten prägen.«⁸ Das »Prinzip Einmischung als parteiliche Vertretung lebensweltlicher Erfahrungen und Probleme in z. B. Arbeitsmarkt-, Familien-, Sozial- und Wohnungsbaupolitik auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen von Bund,

4 *Silvia Staub-Bernasconi*: Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession, in: *Armin Wöhrle* (Hrsg.): *Profession und Wissenschaft Sozialer Arbeit*, Pöfgenweiler 1998, S. 305–332.

5 *Dies.*: Soziale Arbeit und soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung, in: *Werner Thole* (Hrsg.): *Grundriss Soziale Arbeit*, Opladen 2002, S. 253 f.

6 Ebd. S. 254.

7 Vgl. ebd. S. 255.

8 *Hans Thiersch*: Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit – als radikalisiertes Programm (eine Skizze), in: *Siegfried Müller/Hans Sinker* u. a. (Hrsg.): *Soziale Arbeit – Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven*, Neuwied 2000.

Ländern, Kommunen und Stadtteilen ist ein konstitutives Moment des Konzepts Lebensweltorientierung«⁹.

Auch »(w)er soziale Praxis unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet, kann die politische Praxis nicht auslassen«¹⁰. Wenn »die Sozialarbeit auf Entwicklungen von Lebensbedingungen generell Einfluss nehmen will, kann sie das nur durch Teilhabe an makrosozialen Steuerungsprozessen«¹¹. »Die konkreten Verhältnisse der Menschen bezeichnen die diskreten Zustände im Gemeinwesen. Darum verdient die Sache der Sozialarbeit eine Übersetzung in Gesellschaftspolitik.«¹² Bestimmte Restriktionen, denen Klienten wie SozialarbeiterInnen unterliegen, sind »nur politisch, und sei es mikropolitisch«¹³ zu verändern.

Hier ist weder die Zeit noch der Ort, den jeweiligen Begründungszusammenhang im Detail nachzuvollziehen. Hier soll ein anderer Begründungszusammenhang vorgestellt werden: Der politische Auftrag Sozialer Arbeit wird auf den Prüfstand der *Luhmannschen* Systemtheorie gestellt. Gezeigt wird, dass aus der gesellschaftlichen Funktion Sozialer Arbeit ihr politischer Handlungsauftrag folgt.

Wohlfahrtsstaatlichkeit ist im Verständnis der soziologischen Systemtheorie eine Reaktion auf spezifische Exklusionsrisiken moderner, funktional differenzierter Gesellschaften. Funktionale Differenzierung verspricht einerseits universelle bürgerliche Inklusion. Prinzipiell steht jedem Gesellschaftsmitglied die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Funktionssystemen (Wirtschafts-, Bildungs-, Rechtssystem usw.) offen. Sein Status wird ihm nicht mehr automatisch durch die Herkunftsfamilie zugewiesen und garantiert. Moderne Vorstellungen individueller, bürgerlicher Freiheit und Gleichheit können hier entstehen. Doch die Teilnahme an unterschiedlichsten Funktionssystemen ist voraussetzungsvoll. Hohe Anpassungsleistungen und große Selbststeuerungsfähigkeit werden erwartet.

Damit aber werden auch die Exklusionsgefahren moderner Gesellschaften sichtbar. Die Menschen in modernen Gesellschaften sind darauf angewiesen, an den meisten Funktionssystemen teilzu-

9 *Klaus Grunwald/Hans Thiersch: Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit, Weinheim/München 2004, S. 23.*

10 *Wolf Rainer Wendt: Ökologie und Soziale Arbeit, Stuttgart 1982, S. 186.*

11 *Ders.: Ökosozial denken und handeln, Freiburg i. Br. 1990, S. 96.*

12 *Ebd. S. 141.*

13 *Ebd. S. 145.*

nehmen. Bereits die Ausschließung aus *einem* Funktionssystem kann die Lebensführung erheblich beeinträchtigen; und der Ausschluss aus einem Funktionssystem zieht leicht weitere Ausschlüsse nach sich. Diese Exklusionsproblematik bildet das Bezugsproblem für die Entstehung des Wohlfahrtsstaats. Er ist ein Lösungsversuch für die Inklusionsprobleme funktional differenzierter Gesellschaften. »Historisch waren mit der Durchsetzung funktionaler Differenzierung und der als Folgeproblem damit verbundenen Etablierung des Dauerisikos misslingender Inklusion von Beginn an Versuche der sekundären Ordnungsbildung verbunden, die im Aufbau von Wohlfahrtsstaaten sichtbar werden.«¹⁴ Der Wohlfahrtsstaat »stellt zur Bewältigung von *Inklusionsvoraussetzungen und -hindernissen* ... Ressourcen bereit, die Voraussetzungen wie Erziehung und Ausbildung z. B. durch Ausbildungsbeihilfen absichern, Überbrückungen in Form von Versicherungsleistungen bei Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und im Alter ermöglichen, Mitgliedschaften aufrechterhalten und Exklusionsmöglichkeiten durch Kündigungsschutz einschränken ... und Wiedereinschluss durch Recht, Geld, Beratung und Vermittlungen ermöglichen«¹⁵.

Die Soziale Arbeit ist Teil des Wohlfahrtsstaates. Ihr fällt die »Zweitsicherung im Wohlfahrtsstaat«¹⁶ zu. Ihre Funktion im Wohlfahrtsstaat kann als »Inklusionsvermittlung, Exklusionsvermeidung bzw. Exklusionsverwaltung beschrieben werden«¹⁷. Sie wird gebraucht, weil sich die Bearbeitung von Exklusionsrisiken nicht vollständig »in der Form der administrativen Zuteilung von Geld und Sachleistungen und damit auf das Vorhalten von generalisierten sozialpolitischen Maßnahmen und Programmen«¹⁸ reduzieren lässt. Soziale Arbeit organisiert Hilfe, um die Re-Inklusion in unterschiedliche gesellschaftliche Funktionssysteme zu ermöglichen. Sie erzieht, berät, unterstützt, betreut, interveniert und vertritt Personen, um ihre Inklusionschancen zu erhöhen oder Exklusion erträglicher zu machen. Sie tut dies, indem sie die Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen, die in anderen gesellschaftlichen Subsystemen (Wirtschafts-, Bildungs-, Gesundheitssystem, Familie usw.) vergeben werden, ver-

14 *Michael Bommers/Albert Scherr*. Soziologie der Sozialen Arbeit, Weinheim/München 2000, S. 137.

15 Ebd.

16 Ebd. S. 140.

17 Ebd. S. 107.

18 Ebd. S. 142.

bessert. Soziale Arbeit ist in diesem Sinne die »Organisation unspezifischer Hilfsbereitschaft«¹⁹. Wie geholfen wird, richtet sich wesentlich danach, von welchen Exklusionen der Klient bedroht oder betroffen ist.²⁰

In dieser Logik ist politisches Handeln in der Sozialen Arbeit nicht mehr und nicht weniger als eine Form der »unspezifischen Hilfe«, die Soziale Arbeit zur Inklusionsvermittlung, Exklusionsvermeidung und Exklusionsverwaltung anzubieten hat. Denn zweifellos droht den Zielgruppen Sozialer Arbeit auch der Ausschluss aus dem politischen System. Ihre Interessen werden nicht oder nicht angemessen berücksichtigt; ihre Problemlagen werden nicht kommuniziert. Sie befinden sich in der paradoxen Situation, dass je unfähiger sie zur politischen Partizipation sind, sie umso mehr auf die Politik und den Wohlfahrtsstaat angewiesen sind. Ihre Interessen sind nicht organisationsfähig. Es fehlt an Motivation und Ressourcen zur Interessenartikulation und Durchsetzung. Gleichzeitig aber gilt: Je mehr eine Gruppe von Menschen von Ausschluss bedroht oder betroffen ist, desto mehr ist sie auf Politik angewiesen. Ihre bürgerliche Existenz (i. S. liberaler, politischer und sozialer Bürgerschaft) ist nur mit Hilfe der Politik/des Wohlfahrtsstaates aufrechtzuerhalten. Wenn Soziale Arbeit den Auftrag hat, die Inklusion als Bürger sicherzustellen, dann muss sie sich auch um die Inklusion ihrer Klienten in das politische System kümmern. Sie bietet »Politik als Hilfe«. Ihr muss es darum gehen, dass die Interessen ihrer Klienten im politischen Prozess eine Rolle spielen. Dies kann auf zwei Wegen erfolgen. Klienten müssen ermächtigt werden, ihre eigenen politischen Interessen zu vertreten, und soziale Arbeit muss, dort wo dies notwendig und an-

19 Ebd. S. 57 ff.

20 Hier wird der wesentliche Unterschied zu anderen Professionen sichtbar. Während Priester, Ärzte, Rechtsanwälte oder Lehrer darauf spezialisiert sind, den Zugang der Individuen zu einzelnen gesellschaftlichen Funktionssystemen, der Religion, dem Gesundheitswesen, dem Recht oder dem Erziehungssystem, zu vermitteln bzw. mit hoch spezialisierten Leistungen auf begrenzte Problemlagen zu reagieren, erbringt Soziale Arbeit »keine in dieser Weise hoch spezialisierte Leistungen«. Wenn Sozialarbeiterinnen helfen, »dann geht es um die Vermittlung von Zugang zu solchen und anderen spezifischen Leistungen: Es geht um die Verschaffung oder Aufrechterhaltung von Zugang zu Geld, Recht, Gesundheit oder Erziehung Die Soziale Arbeit hilft beim Zugang zu der spezifischen Hilfe, die die klassischen Professionen anbieten« (ebd. S. 62).

gemessen ist, Stellvertreterpolitik betreiben. Politikmachen gehört also zum fachlichen Auftrag Sozialer Arbeit. Damit gilt auch, »Politik als Hilfe« muss sich methodisch ausweisen. Sie braucht eine durch Forschung und Praxis gesicherte Wissensbasis, muss ethisch orientiert sein und folgt dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Diese notwendige Professionalisierung Sozialer Arbeit ist im Folgenden weiter zu begründen.

2. Professionalisierung der Politisierung

Aus der theoretischen Begründung des fachlichen Auftrags zum politischen Engagement Sozialer Arbeit folgt aber nicht zwangsläufig die praktische Verwirklichung. Ob, in welchem Umfang und in welcher Form dieses fachpolitische Mandat in der Sozialen Arbeit umgesetzt wird, ist von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen ebenso wie vom Engagement der Akteure Sozialer Arbeit²¹ abhängig. In einer politikverdrossenen Gesellschaft scheint auf den ersten Blick jeder Gedanke an Politisierung abwegig. Die historisch-sozio-

21 Soziale Arbeit wird dort verrichtet, wo Ausschluss erfolgt oder droht und die generellen Unterstützungsleistungen des Sozialstaats nicht ausreichen. Mit der funktionalen systemtheoretischen Bestimmung lassen sich Tätigkeiten und Einrichtungen identifizieren, die zum Kreis Sozialer Arbeit gehören. All jene, die in den Organisationen Sozialer Arbeit (Einrichtungen, Verbände, Initiativen usw.) damit betraut sind, Soziale Arbeit zu gestalten, sind Akteure der Sozialen Arbeit. Der empirische Blick auf die vielfältige Träger- (vgl. *Joachim Merchel: Trägerstrukturen in der Sozialen Arbeit*, Weinheim/München 2003) und Einrichtungslandschaft (vgl. *Karl August Chassé/Hans-Jürgen von Wensierski: Praxisfelder der Sozialen Arbeit*, Weinheim/München ³2004) und die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Ärztinnen, Erzieherinnen, Psychologinnen usw.) zeigt, dass professionelle Soziale Arbeit von unterschiedlichen Professionen verrichtet wird und dass neben der unmittelbaren auf Klienten und soziale Probleme bezogenen Arbeit auch vielfältige Leitungs- und Stabfunktionen sowie Ausbildungs-, Lehr- und Forschungsfunktionen auszufüllen sind. Wenn im Text von Sozialer Arbeit die Rede ist, wird allerdings eine enge Verbindung zwischen Sozialer Arbeit und den akademisch ausgebildeten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern unterstellt. Allein ihre Profession wird in Studium und Praxis auf die Erfüllung der oben herausgearbeiteten Funktionen Sozialer Arbeit spezialisiert.

logische Betrachtung zeigt aber, dass dies nicht so bleiben muss. Ein kleines Szenario mag hier hilfreich sein. Was, wenn die Akteure der Sozialen Arbeit sich gar nicht politisieren müssten, sondern sie schlicht durch gesamtgesellschaftlichen Wandel politisiert werden? Wenn sich die Zeitumstände ändern? Wenn Politik auf die gesellschaftliche Agenda zurückkehrt? Die Soziale Arbeit war solchem gesamtgesellschaftlichen Diskurswandel immer wieder ausgesetzt. Wir sprechen von der Politisierung Sozialer Arbeit (60er/70er Jahre), ihrer Therapeutisierung (70er/80er Jahre) oder ihrer Ökonomisierung (seit den 90er Jahren).

Zuletzt wurde die Soziale Arbeit ökonomisiert. Will meinen, die Soziale Arbeit geriet wie andere gesellschaftliche Teilsysteme in den Strudel des sich Bahn brechenden ökonomischen Denkens. Soziale Arbeit konnte sich dem nicht entziehen. Ökonomische Fragen heute nicht ernst zu nehmen und entsprechendes Vokabular nicht zu nutzen, gefährdet Einrichtungen und schadet der fachlichen Reputation. Gut möglich aber, dass der Ökonomisierung des gesamtgesellschaftlichen wie fachlichen Diskurses alsbald eine Politisierung folgt. Zumindest lassen sich einige gute Gründe für eine derartige Entwicklung anführen:

1. Die Partizipationsforschung beobachtet seit langem, dass in demokratischen Gesellschaften auf Wellen intensiver politischer Einmischung regelmäßig Wellen des Rückzugs ins Private folgen – und umgekehrt. *Albert O. Hirschman* (1984) hat dies in das Bild von »Engagement und Enttäuschung« gefasst. So kann man für die Bundesrepublik in den 60er und 70er Jahren eine starke Politisierung der Gesellschaft und die Zunahme unkonventioneller direktdemokratischer Partizipation beobachten. Dem folgt seit den 80er Jahren vielfach ein Rückzug ins Private mit erheblicher Skepsis gegenüber Politik und ihren Problemlösungskapazitäten. Rückläufige Wahlbeteiligung, Parteiaustritte und Politikverdrossenheit sind sichtbare Zeichen dieser Entwicklung. Im Wechsel der Generationen, der Karrierechancen und des Scheiterns bzw. der Erschöpfung spezifischer Lösungsstrategien ist es aber wahrscheinlich, dass auf den Rückzug aus der Politik eine – wie auch immer geartete – stärkere Politisierung folgt. Eine zunehmende Politisierung der Gesellschaft hätte in jedem Fall Auswirkungen auf die Soziale Arbeit.
2. Der Steuerungsbedarf in unserer Gesellschaft wächst. Immer mehr wird er in einer individualisierten Gesellschaft zur öffentlichen Angelegenheit. Ihr Regelungsbedarf steigt angesichts von

Individualisierung und Pluralisierung. Während individuelle Freiheit zum obersten Gebot moderner Gesellschaften wird, bedürfen die Sicherung der Freiheit und die Kooperation der Freien zunehmend öffentlicher Regelung. Immer mehr Gruppen wollen partizipieren und stellen ihre je eigenen Interessen in den Vordergrund. Gemeinsame verbindende Werte schwinden dagegen. Dabei haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass das ansonsten viel gelobte Steuerungsmodell Markt die Erwartungen nicht erfüllt. Der Markt funktioniert nur für ganz bestimmte Probleme unter spezifischen Voraussetzungen und eingebettet in ein stabiles, politisch zu setzendes Regelwerk. Aber auch hierarchische Steuerung und ergänzender Korporatismus haben ausgedient. Neue politische Steuerungsmöglichkeiten werden gebraucht.

3. Immer dann, wenn das Bewusstsein für die Begrenztheit der Ressourcen wächst und Wertkonflikte zunehmen, ist Politik zur Regelung öffentlicher Angelegenheiten aufgefordert. In einer solchen Situation befinden wir uns zweifellos. Kaum ein Bereich der Sozialpolitik, wo nicht auf der Ausgabenseite die Kosten explodieren und gleichzeitig die Bereitschaft der Gesellschaft, noch mehr zu investieren, in Frage gestellt ist. Also müssen Prioritäten gesetzt, Rationierung vorgenommen und Kürzungen beschlossen, aber auch neue Lösungen für die sozialpolitischen Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft erprobt werden. Dies kann und darf bei der Art der in Frage stehenden Güter nicht der Markt entscheiden. Der Markt produziert Wohlstand *und* Ungleichheit. Er ist ungeeignet, um bestehende Ungleichheiten auszugleichen und Solidarität zu stiften. Die entsprechenden Wertkonflikte müssen politisch gelöst werden.

Die skizzierte Möglichkeit eines quasi erzwungenen Diskurswandels hin zu politischen Inhalten und Lösungen entbindet aber keinesfalls von der Verantwortung für die Gestaltung einer politischen Sozialen Arbeit. Diese Überlegungen mögen Hoffnung wecken. Dabei kann es eine Profession aber nicht belassen. Sie muss als richtig erkannte Entwicklungen forcieren und gestalten. Politisierung ist ein Handlungsziel der Profession und bedarf professioneller Gestaltung. Ein Diskurswandel ereignet sich nicht ohne das Zutun von Akteuren. Entsprechende Entwicklungen müssen von Akteuren getragen werden. Diese müssen der Politisierung Sozialer Arbeit Gestalt und Richtung geben.

In jedem Fall bedarf eine verstärkte Hinwendung zu politischem Denken und Handeln der Integration in die Soziale Arbeit als Profession (und Disziplin). Eine professionalisierte Soziale Arbeit muss sich um die Professionalisierung des Politikmachens bemühen. Sie muss ihre wissensbasierten und ethischen Standards auf die Herausforderung »Politisierung« übertragen. Gerade durch die Ökonomisierung Sozialer Arbeit wurden Effektivitäts-, Effizienz- und Qualitätsüberlegungen betont; insgesamt wurde die Wissensbasis Sozialer Arbeit verbreitert. Hinter die erreichten Standards darf die Soziale Arbeit nicht zurückfallen.

Das Politikmachen in der Sozialen Arbeit muss professionalisiert werden, denn Politisierung eröffnet Chancen, birgt aber auch Gefahren. Auch hier ist die Analogie zur Ökonomisierung erhellend. Ökonomisches Denken und Handeln bereichert die Soziale Arbeit durchaus. Soziale Arbeit übernimmt hier als selbstbewusste Profession Anregungen und Erkenntnisse aus anderen gesellschaftlichen Bereichen. Aber die Ökonomisierung Sozialer Arbeit wird dort zur Gefahr, wo Begriffe und Argumentationen unreflektiert übernommen werden, wo der eigentliche Auftrag Sozialer Arbeit hinter Wirtschaftlichkeitsüberlegungen zurücktritt, wo ökonomisches Denken und Handeln schleichend die fachliche Perspektive verändern. Die Frage und eigentliche Herausforderung war und ist, inwieweit es der Sozialen Arbeit gelingt, im Rahmen des ökonomischen Paradigmas ihren Auftrag im Sinne ihrer Klientel »besser« zu erfüllen. Anders ausgedrückt, inwiefern die Ökonomisierung zunehmend Fachlichkeit und Wertorientierung der Sozialen Arbeit dominiert oder ökonomische Erkenntnisse und Managementinstrumentarien als Hilfsmittel für eine »bessere« Soziale Arbeit genutzt werden können. Jede Repolitisierung fordert die Soziale Arbeit als Profession in ähnlicher Weise heraus. Auch diese Neuorientierung birgt erhebliche Risiken. Mit der Politisierung drohen:

- *Emotionalisierung/Ideologisierung* – Verteilungsfragen und Wertkonflikte fordern dazu heraus, Stellung zu beziehen und Positionen durchzusetzen. Dabei geht kritische Distanz verloren. Notwendige Parteilichkeit wird zur ideologischen Blindheit. Gesprächsfähigkeit geht verloren.
- *Paternalismus* – Wie bei allen gesellschaftlichen Trends eröffnen sich auch mit der Politisierung Möglichkeiten individueller Karriere und persönlicher Ambitionen. Allzu schnell wird Politik dann über die Köpfe der Klienten hinweg gemacht. Ihre angeblichen Interessen sind schließlich nur noch Vorwand für eigne

- Machtansprüche und Profilfeurosen. Wenn Soziale Arbeit hier nicht so weit als möglich mit gesichertem Wissen und fundierter ethischer Begründung operiert, schlagen guter Wille und Fürsorglichkeit leicht um in Expertenherrschaft und Entmündigung.
- *Verlust der Identität als Profession* – Ähnlich wie dies bei anderen »Moden« (vgl. die Therapeutisierung oder Ökonomisierung der Sozialen Arbeit) immer wieder der Fall war, droht die Gefahr, dass Politik für das Ganze oder das Wesentliche der Sozialen Arbeit genommen wird. Andere Handlungsformen (beraten, beschaffen, betreuen, intervenieren, managen usw.) treten in den Hintergrund und werden gering geschätzt. Die Politik erscheint als Zauberformel sozialarbeiterischer Problemlösungskapazitäten. Damit aber gäbe die Soziale Arbeit ihre Identität auf, in der »Politik als Hilfe« nur eine Handlungsform unter anderen ist.
 - *Ineffektivität* – Wenn Engagement und guter Wille professionelles Handeln ersetzen, leidet die Effektivität und unerwünschte Nebeneffekte häufen sich. Unreflektierte, in keine Strategie eingebundene Interventionen sind leicht kontraproduktiv, verschleifen Kräfte und ersetzen Fachlichkeit durch Emotionen und Ideologien (s. o.). Dabei stellen Komplexität und Unübersichtlichkeit gegenwärtiger Verhältnisse zusätzliche Anforderungen an Wissensbasierung und Reflexivität von (politischen) Interventionen.

Einen gewissen Schutz bietet hier allein die *Professionalisierung der Politisierung*. Dort, wo »Politik als Hilfe« notwendig erscheint, sind Menschen in ihrer politischen Vertretung z. T. abhängig und verletzlich – sonst bräuchten sie keine Unterstützung. Wenn ein Berufsstand und ein Berufsfeld entsprechende Leistungen anbietet, dann muss sich ihr Klientel darauf verlassen können, dass die entsprechenden Unterstützungsleistungen auf bestem fachlichem Niveau und in ihrem Interesse erbracht werden. Wenn Soziale Arbeit also im Rahmen ihres Auftrags Politik macht, dann haben die Klienten einen Anspruch darauf, dass sie es – im Sinne von Profession – wissensbasiert und ethisch orientiert tut. Es bedarf der Verankerung einer handlungsorientierten Sozialarbeitspolitik in Studium und Forschung der Sozialen Arbeit.

3. Ressourcen des Politikmachens Sozialer Arbeit

Für eine Professionalisierung ihres Politikmachens kann die Soziale Arbeit einerseits auf eine reiche Tradition (Gemeinwesenarbeit²², Community Organizing²³, Empowerment²⁴ usw.) und vielfältige praktische Erfahrungen (Politikberatung, Lobbying, Gremienarbeit usw.)²⁵ zurückgreifen. Andererseits kann sie dort, wo interdisziplinär vorhandenes Wissen weiterentwickelt und neues Wissen generiert werden müssen, Anregungen aus der Politikwissenschaft integrieren. Dabei ist zunächst festzustellen, dass sich auch die Politikwissenschaft lange Zeit kaum oder nur am Rande mit den Fragen des Politikmachens beschäftigt hat. Dies ändert sich aber in den letzten Jahren zusehends. In vielen Forschungsfeldern wird die Politikwissenschaft anwendungsorientierter:

1. An der Schnittstelle von Policy- und Verbändeforschung wird untersucht, wie welche sozialpolitischen Interessen durchgesetzt werden können.²⁶ Wegweisende Arbeiten insbesondere zur Vertretung so genannter »schwacher Interessen« wurden hier von *Thomas von Winter*²⁷ und *Ulrich Willems*²⁸ veröffentlicht. Gleichzeitig wächst die praxisrelevante Literatur zum Thema Lobbying²⁹.

22 Vgl. einführend *Wolfgang Hinte* u. a. (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit, Münster 2001.

23 Vgl. die Internetseite des forum-community-organizing.de (<http://www.foco.info/index.htm>).

24 Vgl. einführend *Norbert Herriger*: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, Stuttgart usw. 1997.

25 In diesem Bereich gibt es allerdings bislang kaum sozialarbeitswissenschaftliche Forschung (zu den wenigen Beispielen vgl. u.). Veröffentlichungen haben eher den Charakter von Praxisberichten bzw. praktischen Handreichungen (vgl. *Claudia Beck*: Lobbyist Caritas, in: neue caritas, Jahrbuch 2003; *Gisela Clausen*: Vorstands- und Gremienarbeit aktiv gestalten, Weinheim/Basel 2002).

26 Als zentralen Analyseansatz vgl. *Fritz W. Scharpf*: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen 2000.

27 *Thomas von Winter*: Sozialpolitische Interessen, Baden-Baden 1997.

28 *Ulrich Willems/Thomas von Winter* (Hrsg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen, Opladen 2000.

29 Vgl. *Thomas Leif/Rudolf Speth* (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden 2006; *Ralf Kleinfeld/Annette Zimmer* (Hrsg.): Lobbying. Strukturen, Akteure, Strategien, Wiesbaden 2006.

2. Unter dem Stichwort »Mikropolitik« sucht insbesondere *Frank Nullmeier* nach einer »Lehre des politischen Handelns, der politischen Interaktion, der kleinteiligen politischen Prozesse«³⁰. Hier geht es darum, wie Politik innerhalb von Organisationen³¹ (in Gremien, Sitzungen, Telefongesprächen, Vier-Augen-Kontakten, Gutachten usw.) gestaltet wird. Es geht um jene Zusammenhänge, in denen informiert, überzeugt, manipuliert, abgeklärt oder angeordnet wird, um verbindliche Entscheidungen zu treffen.
3. Nach langer Abstinenz reflektiert die Politikwissenschaft erneut über Strategie, Strategiefähigkeit und strategisches Handeln.³²
4. Gleichzeitig werden Aktivitäten und Forschung im Bereich der Politikberatung intensiviert.³³
5. Schließlich liefert der Governance-Ansatz ein neues, anregendes Konzept politischer Steuerung (s. u.).

Soziale Arbeit (als Disziplin und Profession) kann und sollte von diesen Forschungen profitieren, indem sie Erkenntnisse aus anderen Politikbereichen auf ihr eigenes politisches Handeln anwendet und sich zu eigener sozialarbeitspolitischer Forschung inspirieren lässt. Die sozialarbeitsorientierte Forschung zu Soziallobbying, Gremienarbeit und Politikberatung steht erst am Anfang. Monographien zur Arbeit von Jugendhilfeausschüssen³⁴ und zur Vertretung schwacher Interessen³⁵ sind viel versprechende Anfänge. Stärker beforscht wurde in den letzten Jahren die Thematik der Partizipationsförderung.³⁶

30 *Frank Nullmeier* u. a.: Mikro-Policy-Analyse, Frankfurt a. M./New York 2003; *Günter Rieger*: Mikropolitik, in: *Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze* (Hrsg.): Lexikon der Politik, München 2005, S. 576 f.

31 *Jörg Bogumil/Josef Schmid*: Politik in Organisationen, Opladen 2001.

32 Vgl. *Frank Nullmeier/Thomas Saretzki* (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt a. M./New York 2002. *Peter Schröder*: Politische Strategien, Baden-Baden 2000. *Ralf Tils*: Politische Strategieanalyse, Wiesbaden 2005. *Joachim Raschke/Ralf Tils*: Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2006.

33 Vgl. *Svenja Falk* u. a. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006. *Steffen Dagger* u. a. (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden 2004.

34 *Joachim Merchel/Hendrik Reismann*: Der Jugendhilfeausschuss. Eine Untersuchung über seine fachliche und jugendpolitische Bedeutung am Beispiel NRW, Weinheim/München 2004.

35 *Sabine Ruf*: Interessenvertretung als Problemkonstruktion, Baden-

4. Governance als Leitbild einer professionalisierten Sozialarbeitspolitik

4.1. Governance: Eine erweiterte Sicht gesellschaftlicher Steuerung

Ein professionelles politisches Handeln Sozialer Arbeit, das Politik als Hilfe versteht, muss sich an den Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung bzw. Beeinflussung sozialer Verhältnisse orientieren. Es muss danach fragen, wie politisches Handeln und politische Steuerung in unserer modernen, hochkomplexen Gesellschaft noch funktionieren können. Die Rückkehr zum staatszentrierten Planbarkeits- und Machbarkeitsglauben der 70er Jahre ist jedenfalls verbaut. Einseitig hierarchische Steuerung über politische Macht und Bürokratie ist längst an ihre Grenzen gestoßen. Eine allzu staatszentrierte Vorgehensweise scheidet also aus. Die Skepsis gegenüber den Selbststeuerungskräften des Marktes und der Omnipotenz betriebswirtschaftlicher Managementkonzepte nimmt ebenfalls zu. Der »schlanke Staat« und ein besseres »Management« schienen über lange Zeit der angemessene Ausweg aus der Krise des Sozialstaats. Es galt Effizienz und Effektivität zu steigern. Privatisierung, Budgetierung, Kontraktsteuerung, Konkurrenz, Quasi-Märkte und immer wieder Management standen und stehen für eine Ausrichtung auch der Sozialen Arbeit an ökonomischem Denken und Sprechen.³⁷ Nicht dass mehr Kosten-, Aufgaben- und Leistungsbewusstsein der Sozialen Arbeit geschadet hätten – im Gegenteil. Allmählich aber wächst auch die Erkenntnis, dass über die Soziale Arbeit nicht an den Märkten, sondern in der Politik (und in der Zivilgesellschaft) entschieden wird. Egal wie gut die Soziale Arbeit haushält, wo sie

Baden 2005. Die Arbeit von Frau *Ruß* bezieht sich allerdings auf einen Vergleich zur Interessenvertretung Wohnungsloser in Frankreich und den USA. Eine entsprechende Arbeit für die Situation in der Bundesrepublik steht noch aus.

36 Vgl. den Beitrag von *Chantal Munsch* in diesem Band; vgl. auch <http://www.sozialestadt.de/Literaturdatenbank>.

37 Zur kritischen Auseinandersetzung mit der Thematik über den Begriff der Gouvernementalität vgl. *Ulrich Bröckling* u. a. (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a. M. 2000.

überhaupt haushalten darf und über das Haushaltsvolumen wird wesentlich politisch entschieden.

Sichtet man die wissenschaftliche Literatur zum Problem der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und Entwicklungen, so stößt man zwangsläufig auf den seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Sozialwissenschaften stetig an Prominenz gewinnenden Begriff *Governance*³⁸. Das Governance-Konzept prägt die Diskussion um die politische Steuerungsfähigkeit und Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse auf allen Ebenen der Politik – von der Global Governance bis zur Local Governance in Kommunen, von der Modern Governance der Staaten bis zur Corporate Governance in Unternehmen.

Was steckt hinter diesem Konzept? »Governance« bezeichnet eine veränderte Sichtweise des Regierens, der Strukturen und Prozesse des »Politikmachens« (*policy making*), der Politikformulierung und –umsetzung.³⁹ Governance steht »für eine erweiterte Sicht gesellschaftlicher Steuerung«⁴⁰. Governance verspricht die Gewinnung politischer Gestaltungsspielräume, indem sie (1) politisches Handeln von seiner traditionellen »Staatsfixierung« löst und den »Beitrag von zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren«⁴¹ einbezieht; indem sie (2) auf der notwendigen Berücksichtigung unterschiedlicher Steuerungsmodi – von Gemeinschaft und Verhandlung über hierarchische Steuerung bis zur Setzung marktwirtschaftlicher Anreize – besteht und schließlich (3) ihre Ziele als Good Governance wertbezogen definiert.

Gerade am Beispiel kommunaler Politik lässt sich der Governance-Begriff konturieren. Der Governance-Begriff steht in der kommunalen Reformdebatte für »den Wandel von Management zu

38 Vgl. einführend: *Arthur Benz* u. a. (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*, Wiesbaden 2004; *Stefan Lange/Uwe Schimank* (Hrsg.): *Governance und gesellschaftliche Integration*, Wiesbaden 2004.

39 *Werner Jann/Kai Wegrich*: *Governance und Verwaltungspolitik*, in: *Arthur Benz* (Hrsg.): *Wiesbaden 2004*, S. 194.

40 *Volker Schneider*: *Organizational Governance – Governance in Organisationen*, in: *Arthur Benz* (Hrsg.): *Wiesbaden 2004*, S. 174.

41 *Jörg Bogumil/Lars Holtkamp*: *Local Governance und gesellschaftliche Integration*, in: *Stefan Lange/Uwe Schimank* (Hrsg.): *Wiesbaden 2004*, S. 148.

Governance«⁴². Governance ist hier als Gegenmodell zu dem »die 80er und 90er Jahre(.) prägenden Reformmodell des New Public Management (NPM) (oder des ›Neuen Steuerungsmodells‹ (Anm. d. A.)) zu verstehen«⁴³. Als verwaltungspolitisches Reformkonzept ist Governance »dabei vor allem als Reaktion auf eine übertrieben binnenorientierte und managerialistische Ausrichtung der Verwaltungspolitik in den letzten Jahren zu interpretieren«⁴⁴. Es geht nicht länger nur um flache Hierarchien, Budgetierung, Kontraktmanagement, Outsourcing oder Privatisierung. Darum geht es auch. Aber auch die politische Dimension gewinnt wieder an Bedeutung. Es gilt zur Überwindung der sozialen Exklusion von unten wie oben⁴⁵ gesellschaftliche Akteure in den politischen Prozess sozialer Problembewältigung einzubinden, die Steuerung über Hierarchie und Markt durch Netzwerke zu ergänzen und dabei die verschiedenen Steuerungsmodi auszubalancieren. Schließlich gilt es bei der Leistungserbringung nicht nur auf Effizienz und wirtschaftliche Sparsamkeit zu schießen, sondern sich normativ an Kriterien politischer Legitimität zu orientieren (Teilhabe/Beteiligung, öffentliches Vertrauen, Transparenz, soziale Gerechtigkeit). Entsprechend zielt beispielsweise das Konzept der »Bürgerkommune«⁴⁶, wie es im Rahmen des CIVITAS-Projekts der Bertelsmann-Stiftung gefördert wird, »auf das Zusammenspiel einer intern durchaus betriebswirtschaftlich ›modernisierten‹ Kommunalverwaltung mit den demokratischen Prozessen in den repräsentativen Gremien und neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements«⁴⁷. Hier geht es um weniger Staat und mehr Politik⁴⁸ im Sinne »gesellschaftlicher Beteiligung und Aktivität«.

42 *Werner Jann/Kai Wegrich: Governance und Verwaltungspolitik*, Wiesbaden 2004, S. 195.

43 Ebd. S. 194.

44 Ebd. S. 199.

45 Vgl. ebd. S. 201.

46 Vgl. das CIVITAS-Projekt der Bertelsmann-Stiftung www.buergerorientierte-kommune.de.

47 *Werner Jann/Kai Wegrich: Governance und Verwaltungspolitik* Wiesbaden 2004, S. 206.

48 Vgl. ebd. S. 207.

4.2. Social Governance

Die breit gestreute sozialwissenschaftliche Governance-Forschung verschafft Erkenntnisse zu den Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung. Sie blickt dabei allerdings zumeist vom Standpunkt unterschiedlicher staatlicher Ebenen auf Governance-Prozesse. Ihre erkenntnisleitende Frage lautet: Wie kann der Staat, wie können die Kommunen die Gesellschaft steuern? Für die Nutzbarmachung des Governance-Konzepts in der Sozialen Arbeit muss die Blickrichtung umgekehrt werden. Es gilt zu fragen: Wie kann Soziale Arbeit unter den gegebenen gesellschaftspolitischen Verhältnissen an kollektiven Entscheidungen mitwirken? Oder akteurzentriert formuliert: Welche Konsequenzen hat das Governance-Konzept für die politisch Handelnden in der Sozialen Arbeit (vom Fallarbeiter über den Gemeinwesenarbeiter zum Geschäftsführer und Referenten)?

Aus dem Governance-Ansatz ergeben sich für die Sozialarbeitspolitik folgende Konsequenzen:

1. Das Governance-Konzept steht insgesamt für eine neue Professionalisierung der Politik. Sichtbares Zeichen dafür sind die allorten aus dem Boden schießenden Master-Programme so genannter »Schools of Governance«. »Studieren für gutes Regieren« titelt die Süddeutsche Zeitung im September⁴⁹ in ihrer Berichterstattung zum Wandel in der Lehre in der Politikwissenschaft. Die politische Gestaltbarkeit des Sozialen wird wieder hervorgehoben. Gegen die angenommenen Sachzwänge der »invisible hand« des Marktes setzt Governance auf die systematische Beeinflussung der Rahmenbedingungen des Handelns,

49 SZ vom 19.09.2005, Nr. 216, S. 9: »Studieren für gutes Regieren. Neue Master-Programme bereiten auf Karrieren in Politik und Verwaltung vor«. Exemplarisch sind hier zu nennen die »Hertie School of Governance« mit ihrem »Master of Public Policy« oder der »Master of Public Management« und »Master of European Governance and Administration« an der Universität Potsdam, die Universität Konstanz mit dem »Master of Public Policy and Management« oder das gemeinsame Projekt (School of Governance mit einem »Master of Public Policy«) der Berliner Humboldt-Universität und der Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder. Auch an der Fern-Universität Hagen und der Universität Erfurt wird angewandte Politik gelehrt. Schließlich bietet die Westfälische Wilhelms-Universität Münster einen (allerdings ausgesprochen ökonomisch orientierten) Master für Nonprofit-Management and Governance an.

die Gestaltbarkeit von Institutionen und die Gestaltungskraft von Netzwerken. Verwaltungen und Organisationen sind zu reformieren und gesellschaftliche Beteiligung ist zu organisieren. Sozialarbeitspolitik muss deshalb systematisch, geplant und zielgerichtet angelegt sein. Sie folgt von der Initial- über die Planungs- und Umsetzungsphase bis hin zur Evaluation des politischen Engagements dem Zyklus methodischen Handelns. In jeder dieser Phasen sind erhebliches politisches Wissen und Erfahrung gefragt. So müssen die Akteure in der Initialphase als Promotoren gemeinsamen Handlungsbedarf identifizieren, dafür Unterstützung bei anderen Akteuren finden und den Prozessbeginn organisieren.⁵⁰ »Das ist ein komplizierter Vorgang des *agenda-setting*, bei dem es nicht nur um die Fähigkeit der politischen Unternehmer geht, Allianzen zu bilden, sondern bei dem es auch auf das ›richtige‹ *timing* ankommt.«⁵¹

2. Politisierung im Sinne von Social Governance erfordert ein Bewusstsein davon, dass überall dort, wo es um die Gestaltung des Sozialen geht, notwendig immer auch politisches Denken und Handeln gefordert ist. Dies gilt nicht nur für die klassischen Ebenen der Landes-, Bundes- und Europapolitik, wo die Verbände Sozialer Arbeit wie Betroffenenorganisationen traditionell in Politikberatung und Lobbyarbeit involviert sind. Ebenso gilt es für die kommunale Sozialarbeitspolitik, wo sich Soziale Arbeit einmischt und sich mit politischer Netzwerkarbeit am Aufbau der Bürgerkommune jenseits eines verkrusteten Korporatismus und diesseits von New Public Management beteiligt. Es gilt auch dort, wo sich Soziale Arbeit am Aufbau einer globalen Zivilgesellschaft beteiligt. Und es gilt – und dies wurde bislang viel zu wenig berücksichtigt – für die Gestaltung innerverbandlicher und innerorganisatorischer Prozesse und Strukturen. *Klaus Grunwald*⁵² hat jüngst in einem Artikel zur Bedeutung des Sozialmanagements nachdrücklich darauf hingewiesen, dass sich das Sozialmanagement von jeder einseitig betriebswirtschaftlichen Orientierung lösen muss. Organisationsgestaltung und Qualitätsentwicklung gelingen nach den Erkenntnissen der neueren Organi-

50 Vgl. *Dietrich Fürst*: Regional Governance, in: *Arthur Benz* (Hrsg.): Wiesbaden 2004, S. 53.

51 Ebd.

52 *Klaus Grunwald*: Management des organisationalen Wandels in der freien Wohlfahrtspflege, in: *Neue Praxis*, Heft 5/2001, S. 459–480.

sationstheorie nur dann, wenn auch die mikropolitischen Zusammenhänge in Organisationen angemessen berücksichtigt werden. Der politische Unternehmer behält dabei im Blick, dass politische, fachliche und betriebswirtschaftliche Logiken neben- und miteinander bestehen müssen.⁵³

3. Zentrale Erkenntnis des Governance-Ansatzes ist es, dass politische Steuerung heute nur möglich ist, wenn sich die Akteure auf unterschiedliche Steuerungsmodi und institutionelle Rahmenbedingungen einlassen. Hierarchische Steuerung spielt dabei ebenso eine Rolle wie der Markt und Netzwerke. Gleichzeitig gilt es, auf Politikinhalt wie auf die Gestaltung politischer Institutionen zu zielen, gilt es, politische Führung und Partizipationsanforderungen in Einklang zu bringen. Wer also Einfluss auf Politik nehmen will, muss wissen, wie bei spezifischen Problemlagen im Rahmen unterschiedlicher institutioneller Rahmenbedingungen mit wechselnden Akteuren zu handeln ist. Es gilt, politische Netzwerkarbeit⁵⁴ zu betreiben und unterschiedlichste Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über runde Tische, Armutskonferenzen oder »Jugendpolitische Foren«⁵⁵ einzubinden. Hier geht es darum, Vertrauen zu schaffen, neue Ideen zu kreieren und sich gegenseitig zu unterstützen. Dabei darf aber die institutionelle Seite der Politik nicht vergessen werden. Es gilt, sich in Gremien wählen zu lassen, Politikberatung zu betreiben und die Lobby der Wohlfahrtsverbände zu nutzen. Konfrontation ist ebenso möglich wie Kooperation und Verhandlung. Will Soziale Arbeit politisch gestalten, muss sie auf der ganzen Klaviatur politischer Methoden spielen. Dazu gehören Lobbyarbeit, Gremienarbeit und Politikberatung ebenso wie Demonstration und soziale Aktion, politische Öffentlichkeitsarbeit und politische Netzwerkarbeit oder Community Organizing. Abhängig von institutionellen Rahmenbedingungen, beteiligten Akteuren und Problemlage gilt es zu differenzieren und unterschiedliche Steu-

53 Achim Wöhrle: Professionelle Soziale Arbeit braucht ein professionelles Management, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 5/2005, S. 191.

54 Vgl. Maja Heiner: Aufbau und Nutzung politischer Netzwerke in der Gemeinwesenarbeit, in: *Maria Bitzan/Tilo Klöck* (Hrsg.): *Jahrbuch Gemeinwesenarbeit*, 5. Politikstrategien – Wendungen und Perspektiven, München 1994, S. 90–116.

55 *Maria Bitzan* u. a.: Lokale Sozialarbeitspolitik, in: *Franz Hamburger* u. a. (Hrsg.): *Gestaltung des Sozialen*, Opladen 2002, S. 36 f.

erungsmodi situationsangemessen auszubalancieren. Entsprechende Vorgehensweisen lassen sich in Ansätzen im Rahmen lokaler Agenda-21-Prozesse, lokaler Bündnisse für Arbeit oder dem Programm »Soziale Stadt« studieren.

4. Wichtiges Element des Governance-Ansatzes ist die Partizipation der Bürger und gesellschaftlicher Gruppen. Eine professionelle Sozialarbeitspolitik darf sich also nicht auf Stellvertreterpolitik beschränken. Effektivität und Legitimität von Politik erfordern die Partizipation der Betroffenen. Sozialarbeitspolitik muss deshalb insbesondere darauf zielen, die Partizipationsmöglichkeiten ihrer Klientel im Sinne des »Empowerment« zu stärken. Wo immer möglich und so weit wie möglich gilt es, Klienten in der Vertretung ihrer Interessen zu unterstützen. Es geht darum, sie zu ermächtigen, ihre eigenen Interessen zu erkennen, diese zu organisieren und durchzusetzen. Wo Empowerment an seine Grenzen stößt, ist – systematisch und methodengestützt – darauf zu achten, dass advokatorische Interessenvertretung stattfindet und dabei an die tatsächlichen Interessen der Klienten rückgebunden bleibt.⁵⁶ Schließlich muss Mitbestimmung zum zentralen Element sozialarbeiterischen Handelns in sozialen Organisationen werden.⁵⁷ Politisierung Sozialer Arbeit muss notwendig immer auch bedeuten: die (politische) Partizipation der Klienten zu stärken.
5. Schließlich bedarf Governance normativer Leitbilder. Good Governance »is participatory, consensus oriented, accountable, transparent, responsive, effective and efficient, equitable and inclusive and follows the rule of law« (www.unescap.org/huset/gg/governance.htm). Will man unter den Bedingungen von Unübersichtlichkeit und Komplexität verschiedene Arten gesellschaftlicher Koordination (Hierarchie, Markt, Verhandeln, Konsens) zusammenbringen und verlässlich über Netzwerke steuern,

56 Vgl. den Beitrag von *Christian Beck* in diesem Band. Darüber hinaus *Hejo Manderscheid*: Die notwendige Professionalisierung der Anwaltsfunktion der Wohlfahrtsverbände, in: Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit (Hrsg.): Armes reiches Deutschland, Jahrbuch Gerechtigkeit I, Frankfurt a. M. 2005, S. 120–126, und *Günter Rieger*: Anwaltschaftlichkeit – ein Herzstück Sozialer Arbeit, in: *Soziale Arbeit* (dzi), 52. Jg. Heft 3/2003, S. 96–105.

57 Vgl. exemplarisch *Werner Schlummer/Ute Schütte*: Mitwirkung von Menschen mit geistiger Behinderung, München 2006.

dann gelingt dies nur über die Selbstverpflichtung auf gemeinsame Leitbilder. Solche gemeinsamen Leitbilder können aber nur in der Auseinandersetzung klarer, kommunizierbarer Wertvorstellungen entwickelt werden. »Good Governance« erfordert also eine fachlich wie ethisch fundierte Wertorientierung Sozialer Arbeit. Soziale Arbeit muss sagen können, welchen Sozialstaat sie will, was soziale Gerechtigkeit, Teilhabe, Freiheit und Verantwortung für sie bedeuten. Die Selbstverständigung in der Sozialen Arbeit steht hier erst am Anfang.⁵⁸

5. Schlussakkord

Politik ist eine Herausforderung für die Profession Soziale Arbeit. Ohne Politisierung bleibt sie unvollständig. Politik muss als *eine* Form der Hilfe wahrgenommen und engagiert betrieben werden. Aber als Element sozialarbeiterischen Handelns muss das Politikmachen dann eben auch professionalisiert werden. »Politik als Hilfe« muss professionellen Standards genügen. Andernfalls gefährdet Politisierung die Professionalisierung.

Literatur

- Beck, C.*: Lobbyist Caritas, in: neue caritas, Jahrbuch 2003.
Benz, A. (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden 2004.
Benz, A.: Einleitung: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept, in: *Ders.* (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 11–28.

58 Vgl. beispielsweise die ebenso fundierte wie kritische Rezension des Buches »Sozialpädagogisches Denken« von *Böhnisch, L./Thiersch, H./Schröer, W.* (2005) durch *Ulrich Streckmann*: Diskussion: Phantombilder der Gerechtigkeit. Sozialpädagogik auf der Suche nach ihrer Rechtfertigung, in: Zeitschrift für Sozialpädagogik, Jg. 4, H. 1/2006, S. 68–90. Soziale Arbeit muss m. E. als »Bürgerhilfe« begriffen werden. Es geht darum, die Sicherung der liberalen, sozialen und politischen Bürgerrechte der Klienten zu betreiben.

- Berger, R.*: Der Umbau des Sozialstaates. Ansichten von Parteien und Wohlfahrtsverbänden zur Modernisierung des Staates, Wiesbaden 1999.
- Berger, R.* (Hrsg.): Studienführer Soziale Arbeit. Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialwesen, Münster 2001.
- Bitzan, M.* u. a.: Lokale Sozialarbeitspolitik, in: *Hamburger, F.* u. a. (Hrsg.): Gestaltung des Sozialen – eine Herausforderung für Europa. Bundeskongress Soziale Arbeit 2001, Opladen 2002.
- Bogumil, J./Holtkamp, L.*: Local Governance und gesellschaftliche Integration, in: *Lange, S./Schimank, U.* (Hrsg.), Governance und gesellschaftliche Integration, Wiesbaden 2004, S. 147–166.
- Bogumil, J./Schmid, J.*: Politik in Organisationen, Opladen 2001.
- Bommers, M./Scherr, A.*: Soziologie der Sozialen Arbeit, Weinheim/München 2000.
- Bröckling, U.* u. a. (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a. M. 2000.
- Clausen, G.*: Vorstands- und Gremienarbeit aktiv gestalten, Weinheim/Basel 2002.
- Chassé, Karl August/Wensierski, Hans-Jürgen von*: Praxisfelder der Sozialen Arbeit, Weinheim/München 2004
- Dagger, S.* u. a. (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden 2004.
- Falk, S.* u. a. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2006.
- Fürst, D.*: Regional Governance, in: *Benz, A.* (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 45–64.
- Grunwald, K.*: Management des organisationalen Wandels in der freien Wohlfahrtspflege, in: *Neue Praxis*, Heft 5/2001, S. 459–480.
- Grunwald, K.*: Manageriale Organisationsgestaltung im Kontext einer lebensweltorientierten Sozialen Arbeit, in: *Grunwald, K./Thiersch, H.* (Hrsg.): Praxis lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Handlungszugänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern, Weinheim/München 2004, S. 375–402.
- Grunwald, K./Thiersch, H.* (Hrsg.): Praxis lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Handlungszugänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern, Weinheim/München 2004.
- Heinelt, H.*: Governance auf lokaler Ebene, in: *Benz, A.* (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 29–42.
- Heiner, M.*: Aufbau und Nutzung politischer Netzwerke in der Gemeinwesenarbeit, in: *Bitzan, M./Klöck, T.* (Hrsg.): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit. 5. Politikstrategien – Wendungen und Perspektiven, München 1994, S. 90–116.
- Herriger, N.*: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, Stuttgart usw. 1997.

- Hinte, W. u. a.* (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit, Münster 2001.
- Hirschman, Albert O.*: Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt a. M. 1984.
- Jann, W./Wegrich, K.*: Governance und Verwaltungspolitik, in: *Benz, A.* (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 193–214.
- Kleinfeld, R./Zimmer, A.* (Hrsg.): Lobbying. Strukturen, Akteure, Strategien, Wiesbaden 2006.
- Lange, S./Schimank, U.* (Hrsg.): Governance und gesellschaftliche Integration, Wiesbaden 2004.
- Leif, T./Speth, R.* (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden 2006.
- Manderscheid, H.*: Die notwendige Professionalisierung der Anwaltsfunktion der Wohlfahrtsverbände, in: Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit (Hrsg.): Armes reiches Deutschland, Jahrbuch Gerechtigkeit I, Frankfurt a. M. 2005, S. 120–126.
- Merchel, Joachim*: Trägerstrukturen in der Sozialen Arbeit, Weinheim/München 2003.
- Merchel, J./Reismann, H.*: Der Jugendhilfeausschuss. Eine Untersuchung über seine fachliche und jugendpolitische Bedeutung am Beispiel NRW, Weinheim/München 2004.
- Merten, R.* (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen 2001.
- Newman, J.* (Hrsg.): Remaking Governance. Peoples, Politics and the Public Sphere, Abingdon 2005.
- Nullmeier, F. u. a.*: Mikro-Policy-Analyse, Frankfurt a. M./New York 2003.
- Nullmeier, F./Saretzki, T.* (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalldtags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt a. M./New York 2002.
- Olk, T. u. a.*: Sozialarbeitspolitik in der Kommune. Argumente für eine aktive Politisierung der Sozialarbeit (zuerst 1981), in: *Gintzel, U. u. a.* (Hrsg.): Jahrbuch der Sozialen Arbeit 2000. Herausragende Beiträge des 20. Jahrhunderts, Münster 2000, S. 60–87.
- Raschke, J./Tils, R.*: Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2006.
- Rieger, G.*: Von der Sozialpolitik zur Sozialarbeitspolitik. Ausblick auf eine handlungsorientierte Wende in Forschung und Lehre, in: Sozialmagazin, 27. Jg., 5/2002, S. 36–51.
- Rieger, G.*: Anwaltschaftlichkeit – ein Herzstück Sozialer Arbeit, in: Soziale Arbeit (dzi), 52. Jg., Heft 3/2003, S. 96–105.
- Rieger, G.*: Menschenrechte/Grundrechte/Bürgerrechte, in: *Nohlen, D./Schultze, R.-O.* (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1 A–M, München 2005, S. 556–564.
- Rieger, G.*: Mikropolitik, in: *Nohlen, D./Schultze, R.-O.* (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 1 A–M, München 2005, S. 576 f.

- Ruß, S.*: Interessenvertretung als Problemkonstruktion. Schwache Interessen im politischen Kräftefeld moderner Demokratie am Beispiel Wohnungsloser in Frankreich und den USA, Baden-Baden 2005.
- Scharpf, F. W.*: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen 2000.
- Schlummer, W./Schütte, U.*: Mitbestimmung von Menschen mit geistiger Behinderung, München 2006.
- Schneider, V.*: Organizational Governance – Governance in Organisationen, in: *Benz, A.* (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 173–192.
- Schröder, P.*: Politische Strategien, Baden-Baden 2000.
- Schuppert, G. F.* (Hrsg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien, Band 1 der Schriften zur Governance-Forschung, Baden-Baden 2005.
- Staub-Bernasconi, S.*: Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession, in: *Wöhrle, A.* (Hrsg.): Profession und Wissenschaft Sozialer Arbeit, Pfaffenweiler 1998, S. 305–332.
- Staub-Bernasconi, S.*: Soziale Arbeit und Soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung, in: *Thole, W.* (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit, Opladen 2002, S. 245–258.
- Streckmann, U.*: Diskussion: Phantombilder der Gerechtigkeit. Sozialpädagogik auf der Suche nach ihrer Rechtfertigung, in: *Zeitschrift für Sozialpädagogik*, Jg. 4, H. 1/2006, S. 68–90.
- Thiersch, H.*: Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit – als radikalisiertes Programm (eine Skizze), in: *Müller, S./Sünker, H.* u. a. (Hrsg.): Soziale Arbeit – Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven, Neuwied 2000.
- Tils, R.*: Politische Strategieanalyse, Wiesbaden 2005.
- Wendt, W. R.*: Ökologie und Soziale Arbeit, Stuttgart 1982.
- Wendt, W. R.*: Ökosozial denken und handeln. Grundlagen und Anwendungen in der Sozialarbeit, Freiburg i. Br. 1990.
- Willems, U./Winter, T. von* (Hrsg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen, Opladen 2000.
- Winter, T. von*: Sozialpolitische Interessen, Baden-Baden 1997.
- Wöhrle, A.*: Professionelle Soziale Arbeit braucht ein professionelles Management, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 5/2005, S. 190–193.

Zwischen Revolution und Ökonomie

Über einige Aspekte sozialer Anwaltschaft

Christian Beck

Seit Jahren gehört die Rede von der Anwaltschaft zum Selbstverständnis der Nicht-Regierungs-Organisationen. Sie wollen damit verdeutlichen, dass sie sich für Menschen in bestimmten Lebenssituationen oder für eine besonders bedeutende Sache einsetzen. Ein Blick in die entsprechenden Leitbilder, Selbstverständnis- und Strategiepapiere zeigt jedoch, dass das Verständnis von Anwaltschaft begrifflich sehr weit gefasst wird.¹ Zu den Organisationen, die sich als »Anwälte« begreifen, zählt – neben vielen anderen sozialen Vereinen – auch der Caritasverband der katholischen Kirche. Nach dem Leitbild sieht er sich als »Anwalt und Partner Benachteiligter«.² Unter dieser Überschrift formuliert die Caritas ihren Einsatz an und mit benachteiligten Menschen in der Gesellschaft. Sie will ihnen in ihren Nöten Gehör verschaffen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen und den entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen entgegenreten, die zur Ausgrenzung und Benachteiligung führen.³ Als kirchlicher Sozialverband leitet die Caritas diese Aussagen aus dem christlichen Menschen- und Gottesbild ab, wenn beispielsweise ausgeführt wird, dass Gott selbst der Anwalt der Armen, Schwachen und Entrechteten sei, dass es eine unveränderliche Würde der Person vom Anfang des Lebens bis zu ihrem Ende gebe und dass Gott den Menschen zur Unterstützung und Hilfeleistung ruft und von den Christen fordert, dass sie gesellschaftliche

-
- 1 Näheres dazu vgl. *Christian Beck*, Anwaltschaft: Begriff und ethischer Auftrag – Am Beispiel der Caritas-Schuldnerberatung, Freiburg 2003, S. 13 ff.
 - 2 Deutscher Caritasverband (Hrsg.), Leitbild des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg 1997, I 20–23.
 - 3 Vgl. ebd.

Missstände beheben.⁴ Bei genauerer Betrachtung scheint von der primären Selbstverständlichkeit des Anwaltschaftsbegriffes jedoch eine weiter greifende Schwierigkeit auszugehen, die entweder unbemerkt bleibt oder vernachlässigt wird.

Gemäß der abendländischen Rechtsentwicklung wird Anwaltschaft aktuell und fast einzig im juristischen Sinne begriffen. Das meint, dass ein Klient einen (Rechts-)Anwalt aufsucht und sich von ihm eine Lösung für seine Probleme erwartet. In der Regel beauftragt der Klient den Anwalt, mandatiert ihn also und ist im Idealfall an der Problemlösung nicht mehr beteiligt. Der Anwalt erledigt die Aufgabe oder löst das Problem und verlangt im Anschluss daran – in Gestalt eines Honorars – vom Klienten eine Gegenleistung. Es dürfte unzweifelhaft Einigkeit darüber bestehen, dass dieses Verständnis von Anwaltschaft – mit Ausnahme der Mandatierungsklausel – für die soziale Hilfe nicht relevant sein kann und darf. Es würde die Professionalität Sozialer Arbeit weit in das endende 19. Jahrhundert, wenn nicht gar noch weiter zurückwerfen, als der assistentialistische Ansatz der fürsorglichen Hilfe anerkannt und verbreitet war.

Schon ein kurzer Blick in die begrifflichen Wurzeln des Anwaltschaftsbegriffes, die gemäß der römischen Rechtsentwicklung in die Zeit der Antike und somit in den griechisch-lateinischen Sprachgebrauch zurückreichen, führt vor Augen, dass das aktuelle, oben vorgestellte Verständnis wesentlich zu kurz greift, um Anwaltschaft in ihrem vollsten Sinne zu begreifen. Sowohl die griechischen Konnotationen wie z. B. »συνήγορος« (Mitsprecher, Anwalt, Sachwalter, Verteidiger) oder »συνδικός« (Rechtsbeistand, Beistand, Helfer) und schließlich »συνάγορεύω« (mit dafür sprechen, beistimmen, sich für etwas aussprechen, jemanden verteidigen, zu jemandes Gunsten sprechen) als auch einige lateinische Worte für den gleichen Sachverhalt wie etwa »advocatus/advocare« (herzurufen, herbeirufen, zuziehen, zu Rate ziehen, zum Beistand verlangen, eine Gottheit um Hilfe anrufen) oder »advocatio« (sich Beistand verschaffen, die beratenden Freunde konsultieren) stellen den semantischen Kontext vor. In der deutschen Sprache schließlich ist der althochdeutsche »anawalt« jemand, der Macht hat; begleitet von dem um das Jahr 1000 verwendete Wort »anawalto« als Schutzgeist, Machthaber oder göttliche Kraft. Im Mittelhochdeutschen nahm das althochdeutsche Ursprungswort in Form des »anwalte« neue Bedeutungsvarianten

4 Vgl. ebd., I + II in verschiedenen Ziffern. Weiterführend vgl. *Beck*, a. a. O.

ein. Nun wurde vom Anwalt unter anderem als jemandem gesprochen, der »aus eigener Kraft waltet«, der »bevollmächtigt« ist, eine »Abordnung, Stellvertretung, Gesandtschaft« übernimmt oder als »Fürsprecher« im Sinne auch des »Sachwalters« tätig ist.⁵

Damit sei der Horizont fragmentarisch umrissen. In einem weiteren Schritt gilt es nun zu prüfen, welche Konsequenzen sich für die gegenwärtige Lage der Sozialen Arbeit und ihrer Träger, der (kirchlichen) Sozialverbände, allen voran der Caritas, daraus ableiten. Die nachfolgenden Thesen führen die im Anwaltschaftsbegriff innewohnenden Bedeutungsschemata weiter aus und fragen letztendlich nach der grundsätzlichen Begründung kirchlich sozialer Arbeit. Gleichwohl handelt es sich bei dieser Betrachtung um eine Auswahl, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

These 1: Soziale Anwaltschaft kann paternalistisch sein

Im Laufe der eigenen Professionalisierung hat die Soziale Arbeit US-amerikanischer Herkunft zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Kontrapunkt zum Fürsorgegedanken europäischer Provenienz verschiedene Rollenverständnisse für die sozialen Helfer/Sozialarbeiter herausgestellt. Erst mit einiger zeitlicher Verzögerung hielt die Diskussion um die verschiedenen Rollen und Selbstverständnisse Einzug in die deutsche Debatte. Neben dem »activist« (Aktivist), dem »broker« (Makler/Agent), dem »enabler« (Ermöglicher/Befähiger) oder dem »revolutionist/partisan« (Revolutionär/Partisan) brachte die Debatte in der Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen und Gemeinwesenarbeitern auch den Sozialarbeiter als »advocacy-worker« (Anwalt) hervor. Wer im Sinne der Anwaltschaft (advocacy) für Benachteiligte tätig war, arbeitete mit geklärten Loyalitäten, hoher Professionalität, Kritikfähigkeit, Werteorientierung, Empathie für den Klienten und größtmöglichem Engagement für und mit diesem sowie mit einer radikalen Orientierung am Klienteninteresse, wengleich gerade dies den Sozialarbeiter nicht selten wiederum in Loyalitätskonflikte gegenüber seiner Organisation brachte. Die ausgebildete Professionalität verlangte außerdem ein politisches Engagement, das auf die die Probleme verursachenden gesellschaftlichen Verwerfungen

5 Vgl. dazu *Beck*, a. a. O., S. 35–39 und die dort aufgeführte Literatur.

ausgerichtet war. Schlussendlich ging es – bei aller gegenseitigen Durchdringung verschiedener Rollen – immer um die Wahrung und gegebenenfalls um die Wiederherstellung der Würde des Menschen/Klienten. Advocacy forderte und fordert den ganzen Sozialarbeiter und die ganze Organisation. Es ist nahezu unmöglich, Kompromisse zu schließen, die Benachteiligungen für das konkrete Leben der Klienten mit sich bringen. Henry Miller, einer der bedeutenden Sozialarbeitstheoretiker in den USA, betonte mit Blick auf die »advocacy«: »Our business is with people (...) our business is with dignity.«⁶ Die Bewahrung der Würde, die Miller und andere in das Zentrum des »advocacy-Denkens« stellten, funktioniert nur über die Entwicklung der Professionalität und nicht über die bloße Behauptung im Sinne einer Ideologie. Miller bringt dies implizit auf den Punkt, wenn er behauptet: »If the poor want advice, let us advise them – but at their initiative and not ours.«⁷ Später wurden die Debatten und Professionalisierungsdiskussionen in einen US-amerikanischen Ethikkodex für Sozialarbeiter überführt,⁸ dessen Entwicklung in Deutschland schon allein aufgrund der schwach ausgeprägten berufsständischen Organisiertheit der Sozialarbeiter noch völlig unterentwickelt ist. Nach dem Kodex der NASW ist Anwaltschaft immer ein politisch-gesellschaftliches Tun, das den Auftrag des Klienten benötigt, sich dann aber mit ganzer Kraft für ihn einsetzt. Dabei ist der Klient stets Teil der Problemlösung. Sie geschieht niemals über seine Interessen hinweg. Andernfalls wäre sie nämlich als aufgenötigtes Engagement zu verstehen. Dies wiederum würde zur Entwürdigung des Klienten führen. Dem Paternalismus und dem fürsorglichen Assistentialismus wäre damit der Boden erneut bereitet.

Dennoch kann es im Rahmen sozialer Hilfe Fälle geben, die ein advokatorisches Handeln im engsten Sinne – im Zweifelsfall sogar ohne vorherige Beauftragung durch den Klienten und ohne seine Beteiligung – erfordern. Micha Brumlik bringt in seiner »Advokatorischen Ethik« die paternalistische Grundproblematik anwaltschaftlich-advokatorischen Handelns auf den Punkt. Anwaltschaft im engsten Sinne des Verständnisses ist durch die Ethik dann legitimiert, »wenn sie (die Ethik, chb) die Gültigkeit ihrer Normierungsvorschlä-

6 Henry Miller, Art. »Value dilemmas in social work«, in: Social Work 13 (1968) 1, S. 33.

7 Ebd., S. 30. Vgl. auch Beck, a. a. O., S. 40–59.

8 Vgl. dazu etwa den 1999 überarbeiteten Kodex der NASW (National Association of Social Work(ers)).

ge nicht an die Zustimmung oder Ablehnung der von diesen Normierungsvorschlägen betroffenen Individuen bindet. Demnach ist die Richtigkeit von Empfehlungen und Imperativen bezüglich des Handelns bestimmter Personen nicht von deren faktischer Einsicht, sondern von der Wahrheit des entsprechenden ethischen Systems abhängig.«⁹ In dieses Feld zählt beispielsweise notärztliches oder kriseninterventionistisches Handeln. So sagte etwa der ehemalige Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Hellmut Puschmann: »Nicht immer und nicht in jeder Situation ist es möglich, dass Menschen in Not- und Konfliktsituationen (...) der Caritas einen Auftrag erteilen. Es gibt Lebenslagen (...) die es aus verschiedenen Gründen gar nicht erlauben, zunächst die Mandatsfrage zu klären. Hier gilt dann die positive Vermutung, dass derjenige, dem man anwaltschaftlich beisteht, im Falle, dass man es hätte klären können, einen Auftrag oder ein Mandat zur Hilfeleistung und Unterstützung erteilt hätte. Anwaltschaftliches Handeln ist grundlegend immer Auftrags-handeln, allerdings mit differenzierten Ausnahmen: etwa Hilfeleistungen bei Bewusstlosen (notärztliches Handeln), Unterstützung in Extremsituationen (akutes Krisenmanagement), Hilfeleistung bei kompletter Verwirrtheit oder schweren, lebensbedrohlichen Erkrankungen und ähnliches.«¹⁰

Mit aller Entschiedenheit bleibt zu betonen, dass sich ohnehin sehr relevante paternalistische Inhärenz des Anwaltschaftsbegriffes ausschließlich auf diese Situationen zu beschränken hat. In allen anderen Fällen ist vom eigenständig entscheidenden Klienten auszugehen, der weder indoktriniert noch objektiviert werden darf. Paternalistische Handlungen, so Brumlik, sind Akte, »die unmittelbar in die Willkür- und Handlungsfreiheit eines Menschen eingreifen, so dass dieser Mensch sich hierdurch in seiner Handlungsfreiheit beein-

9 *Micha Brumlik*, Art. »Über die Ansprüche Ungeborener und Unmündiger – Wie advokatorisch ist die diskursive Ethik?«, in: *Ders.*, *Advokatorische Ethik – Zur Legitimation pädagogischer Eingriffe*, Bielefeld 1992, S. 110.

10 *Hellmut Puschmann*, Grundsatzreferat bei der 14. Vertreterversammlung der deutschen Caritas am 20. Oktober 1999 in Berlin, Thema: »Caritas als sozialer Dienstleister und Anwalt der Benachteiligten«, aufgenommen in: *Lehner, Markus/Manderscheid, Michael* (Hrsg.), *Anwaltschaft und Dienstleistung – Organisierte Caritas im Spannungsfeld*, Freiburg 2000, S. 182.

trächtig fühlt.«¹¹ In seiner »Theorie der Gerechtigkeit« weist John Rawls ebenfalls darauf hin, dass es strenge Regeln für ein paternalistisches Eingreifen geben muss. Er schreibt: »Paternalistische Eingriffe müssen durch das offenbare Versagen oder Fehlen der Vernunft und des Willens gerechtfertigt sein (...). Paternalistische Grundsätze dienen zum Schutz gegen unsere eigene Unvernunft, sie sind keinerlei Erlaubnis für Angriffe auf jemandes Überzeugungen und Charakter, auch wenn die Aussicht auf spätere Zustimmung besteht.«¹² Im Zweifelsfall wird dies den Sozialverbänden und Trägern der Sozialen Arbeit nicht gefallen, erfordert eine intensive anwaltschaftlich-orientierte und nicht-paternalistische Betreuung von Klienten doch in jeder Hinsicht wesentlich weniger finanziellen, personellen und organisatorischen Aufwand. Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet erfordert das anwaltschaftliche Selbstverständnis der Organisationen stets die Reflexion auf die eigene Praxis. Eine Verbandspolitik etwa, die über die Interessen der Klienten hinweg arbeitet oder gar deren Bedürfnisse und lebenssichernden Erfordernisse nicht mehr berücksichtigt, kann für sich die Anwaltschaft nicht mehr als Leitmotiv in Anspruch nehmen. Sie wird zu höchst ungläubwürdig. Wenn die Anwaltschaft gefordert wird, dann muss sie als solche auch gelebt werden, und zwar auch dann, wenn der gesellschaftliche Mainstream gegen die Verbandsinteressen aktiv wird.

These 2: Die kritische Vernunft ist in der Totalität gefangen

Nach den gesellschaftskritischen 60er und 70er Jahren und der Vorherrschaft der Psychologie in den 80ern wandte sich die Soziale Arbeit spätestens zu Beginn der 90er Jahre der Ökonomie als dem Leitparadigma zu. Es wurde plötzlich »outgesourct«, aus Einrichtungen wurden soziale Unternehmen, die Leiter waren und sind Manager, und bei neuen Arbeitsfeldern und gesellschaftsverändernden

11 *Micha Brumlik*, Art. »Sind soziale Dienste legitimierbar? – Zur ethischen Begründung pädagogischer Intervention«, in: *Ders.*, *Advokatorische Ethik – Zur Legitimation pädagogischer Eingriffe*, a. a. O., S. 233.

12 *John Rawls*, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt 1990, 5. Auflage, S. 282.

Ideen gilt der erste Blick der Bilanz, dem Kreditvolumen und dem Prozessmanagement. Verbände, die noch kurz zuvor mit Armutsuntersuchungen und Vorschlägen für eine würdigere und humanere Gesellschaft von sich reden machten, schienen sich dann mit Beginn des neuen Jahrtausends endgültig der Ökonomie verschrieben zu haben. »No money, no mission«, sagte einmal ein Caritasdirektor auf einer Tagung. Die reflektive und kritische Vernunft als die Quelle gesellschaftlicher Veränderung wurde in die ökonomische Totalität hinein gefangen genommen und ist es bis heute. Vielleicht ist sogar zu konstatieren, dass man diese Gefangenschaft gerne hin nimmt, um der Unbequemlichkeit des kritischen Reflexes mit dem fatalistischen Verweis auf die Unabänderlichkeit der Dinge zu entgehen.

Der jüdische Philosoph Emmanuel Lévinas stellt mit seiner Frage nach der ausgrenzenden und negierenden Totalität die entscheidende Frage nach der Zukunft des Menschen. Für Lévinas, der einen Großteil seiner Familie durch die Konzentrationslager der Nazis verlor, scheint es angebracht, die von Hegel inspirierte Philosophie des allumfassenden und alles verdrängenden Weltgeistes zu dekonstruieren, auch wenn er selbst kein Dekonstruktivist ist beziehungsweise war. Sein philosophischer Kampf gilt der Abwendung der egologischen Ich-Zentriertheit des Menschen, die lange vor Hegel in der Descartes'schen Rede vom »cogito ergo sum« ihren Ursprung hat. Zwar führte die Weitung des Denkens mit den aufklärerischen und vor-aufklärerischen Gedanken zur Nutzung der Freiheit des Menschen und so zu einem Weg aus der Unmündigkeit hinaus in das, was das 20. Jahrhundert später mit Verantwortung beschrieb; gleichwohl wurde damit dem individualistischen Liberalismus Tor und Tür geöffnet. Philosophische Forschungen werden herauszustellen haben, ob die Postmoderne durch die Aufklärung überhaupt erst möglich wurde und welche Rolle die Gedanken Descartes und anderer dabei gespielt haben.

Lévinas hebt vollständig auf die Verantwortung ab und möchte dem Dialogdenken Martin Bubers die ethische Kategorie als die entscheidende hinzufügen. Dessen Grundwort vom »Ich und Du«, ergänzt durch das »Wir« kommentiert er folgendermaßen: »Die neue Philosophie des Dialogs lehrt folgendes: den anderen Menschen als Du anrufen oder ansprechen und mit ihm reden, hängt nicht von einer vorgängigen Erfahrung des anderen ab, leitet jedenfalls die Bedeutung ›Du‹ nicht von dieser Erfahrung her. Die Sozialität des Dialogs ist nicht die Erkenntnis der Sozialität. Der Dialog ist

nicht die Erfahrung des Zusammentreffens von Menschen, die miteinander sprechen. Der Dialog ist ein Ereignis des Geistes, zumindest ebenso unableitbar und ebenso alt wie das cogito. (...) Einerseits waltet im Dialog eine absolute Distanz zwischen dem Ich und dem Du, die durch das unaussprechbare Geheimnis ihrer Identität absolut voneinander getrennt sind, da jeder der Partner als ich und als Du einzigartig, dem anderen gegenüber absolut anders ist, ohne jedes gemeinsame Maß, ohne jeden freien Raum für eine etwaige Koinzidenz; andererseits aber entfaltet sich (...) die außerordentlich und unmittelbare Beziehung des Dialogs, der diese Distanz transzendiert, ohne sie abzuschaffen, ohne sie zu vereinnahmen, wie der Blick es tut, der dadurch die Distanz zurücklegt, die ihn von einem Gegenstand in der Welt trennt, dass er sie umfasst, sie einschließt.«¹³

Lévinas will mit dieser Anmerkung über Buber hinaus. Zu präsent ist ihm, der sich gleichwohl an zahlreichen Stellen auf Buber beruft und ihn für einen der wichtigsten Denker überhaupt hält, die Gefahr, dass das reflektierende und das DU-suchende ICH jenes DU eben zum Objekt der eigenen Begehrlichkeit werden lässt, um die Gemeinschaft des WIR zu erreichen; zu jedem Preis. Lévinas geht einen Schritt weiter und beschreibt, welche Auswege möglicherweise zu finden sind. Er benutzt dazu die Begriffe der Spur und des Antlitzes: »Im Wort Gesicht steckt das Wort Sehen, aber man darf sich von dieser optischen Verwandtschaft nicht täuschen lassen: Das Antlitz ist die einzige unerreichbare Beute für den Bilderjäger; das Auge kommt immer unverrichteter Dinge vom Antlitz des Anderen zurück; dieser zieht sich aus den Formen, die er annimmt, zurück, er durchkreuzt die Vorstellung, er ist fortwährender Einwand gegen den Blick, den ich auf ihn richte.«¹⁴ Das Antlitz, das Lévinas in Abhebung vom Gesicht beschreibt, ist die »Weise des Anderen, sich darzustellen, indem er die Idee des Anderen in mir überschreitet. (...) Diese Weise besteht nicht darin, vor meinem Blick als Thema aufzutreten, sich als ein Ganzes von Qualitäten, in denen sich ein Bild gestaltet, auszubreiten. In jedem Augenblick zerstört und überflutet das Antlitz des Anderen das plastische Bild, das er mir hinterlässt, überschreitet er die Idee, die nach meinem Maß und nach dem Maß ihres ideatum ist (...). Das Antlitz manifestiert sich nicht in

13 Emmanuel Lévinas, Art. »Dialog«, in: Franz Böckle/Franz-Xaver Kaufmann u. a. (Hrsg.), Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft, Freiburg 1981, Bd. 1, S. 74 f.

14 Alain Finkielkraut, Die Weisheit der Liebe, München/Wien 1987, S. 29.

diesen Qualitäten (...). Das Antlitz drückt sich aus.«¹⁵ Das Ernstnehmen dieses Anlitzes, das sich von keiner Totalität – wie Lévinas es sagen würde – vereinnahmen lässt, bildet die Grundlage anwaltschaftlichen Arbeitens im sozialen Sektor, weil es kritisch bleibt und sich der Verobjektivierung entzieht. Lévinas verdeutlicht an anderer Stelle: »Weit über mir entweicht mir das Antlitz, indem es sich seiner eignen plastischen Beschaffenheit entledigt, und, schwächer als ich, hemmt es mich, wenn ich in seine schutzlosen Augen blicke. (...) Es widersteht mir und verlangt nach mir. (...) Auf Gedeih und Verderb mir ausgeliefert, dargeboten, unendlich zerbrechlich, herzerreißend wie ein zurückgehaltenes Weinen, ruft das Antlitz mich zu Hilfe und es liegt etwas Gebieterisches in diesem Flehen: seine Not erregt nicht mein Mitleid, sondern indem es mir gebietet, ihm zu Hilfe zu kommen, tut es mir Gewalt an. (...) Die Nacktheit des Anlitzes ist Not, und in der Direktheit, die auf mich zielt, ist es schon inständiges Flehen. Aber dieses Flehen fordert. In ihm vereinigt sich die Demut mit der Erhabenheit. Und dadurch kündigt sich ethische Dimension der Heimsuchung an.«¹⁶

Hier ist die Anwaltschaft in ihrem Kern angelangt. Die Totalität, die dem Antlitz den Schrei der Not und die Anrufung des Anderen vorenthält, ist eine lebensvernichtende Totalität. Das Subjekt muss handlungsfähig bleiben und sich in wahrer Anwaltschaft führen lassen. Franz Hinkelammert, der die vernichtende Gewalt von Totalität am eigenen Leib gespürt hat, beruft sich auf die Notwendigkeit, dass das Subjekt existieren können muss. Er schreibt: »Es (das Subjekt, chb) muß leben können, um sich Ziele setzen und sein Handeln daran orientieren zu können. Niemand lebt automatisch oder nur von der Luft. Leben können ist ein Projekt, das materiellen Bedingungen unterliegt, also scheitert, wenn es über keine Ermöglichungsbedingungen verfügt. Aber das Leben ist kein spezifisches Projekt, das auf ganz bestimmte Ziele hin entworfen wird. Das Lebensprojekt realisiert sich vielmehr in vielen, auf spezifische Ziele hin orientierten Projekten. Durch diese spezifischen Ziele und ihre Verwirklichung werden die materiellen Bedingungen der Möglich-

15 *Emmanuel Lévinas*, Totalität und Unendlichkeit – Versuch über die Exteriorität, Freiburg/Mannheim 1993, 2. Auflage, S. 63.

16 *Finkielkraut*, a. a. O., S. 33, und *Emmanuel Lévinas*, Die Spur des Anderen – Untersuchungen zur Phänomenologie und Sozialphilosophie, Freiburg/München 1983, S. 222 f.

keit des Lebensprojekts geschaffen.«¹⁷ Diese Aussage scheint wie geschaffen, Anwaltschaft von ihrer Potenzialität her zu begreifen. Es geht darum, dem Menschen Lebensräume zu eröffnen und alles tun, um die Schaffung eigener Opfer zu verhindern. In die soziale Realität Deutschlands hinein übertragen, meint dies, dass es die vorderste Aufgabe der Sozialverbände zu sein hat, Menschen vor dem Fall in die vernichtende Totalität zu beschützen; sich ansprechen zu lassen von ihren Problemen und Sorgen, Räume zu schaffen, in denen sie existieren können. Dazu reicht es sicherlich nicht aus, im Fluss des Mainstreams mitzuschwimmen. Anwaltschaft wirklich gelebt, ist eine unbequeme Aufgabe. Sie ist kritisch im Sinne der antiken »krisis«, also der Scheidung der Geister nach Gut und Böse.

Mit dem mexikanischen Befreiungsphilosoph Enrique Dussel können wir festhalten: »Wenn jemand innerhalb des Systems reflexiv die aktuelle Verantwortung für den Anderen annimmt, wobei er schlagartig der Interpellation ausgesetzt ist, dann erfüllt sich ein anderes Moment der vor-originären, vor-diskursiven Ethik (...). Im Für-Wahr-Halten seines noch unverständlichen Wortes erkennt man die Würde des ethischen Subjekts an. Der Zusammenhalt zwischen den Betroffenen (Nicht-Teilnehmer) und den Teilnehmern am herrschaftlichen System, (die ihre herrschaftliche Position verlassen, indem sie Verantwortung übernehmen), erlaubt nicht nur eine kritisch-theoretische und erläuternde Beschreibung der Situation des historisch-gemeinschaftlichen Subjektes und des gesunden Menschenverstandes der Opfer, sondern hebt dieses auch in das kritisch-wissenschaftliche und philosophische Bewusstsein (...).«¹⁸ Wäre das nicht eine Aufgabe der Caritas, ganz im Sinne der Botschaft Jesu?

17 *Franz Hinkelammert*, Kritik der utopischen Vernunft – Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie, Luzern/Mainz 1994, S. 266 f.

18 *Enrique Dussel*, Prinzip Befreiung – Kurzer Aufriss einer kritischen und materialen Ethik, Aachen 2000, Concordia-Monographien, Bd. 31, S. 128.

These 3: Die gegenwärtige soziale Arbeit ist unpolitisch und hat als solche keine Existenzberechtigung

Der Gründer des Caritasverbandes sagte bei einem seiner wirkungsträchtigsten Vorträge bei der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands 1899 in Neiß: »Die vierte Funktion der christlichen Caritas auf sozialem Gebiete ist: Pfadfinderin zu sein für staatliche und gesetzgeberische Maßnahmen. Wenn sie die Artillerie anrücken sehen, dann geschieht das mit großem Geschütz, mit Kanonen und Pferden; dazu bedarf es aber weiter, breiter, fester, gebahnter Wege. Aber die Frantireurs, die bahnen sich durch das Dickicht, durch die engsten Pfade und Schlupfwinkel den Weg. Und so möchte ich die Caritasfreunde Frantireurs der sozialen Arbeit nennen. Sie dringen hinein in die Not, wohin die staatliche Gesetzgebung noch nicht dringen kann, machen auf staatliche und materielle Nöte aufmerksam, schaffen das Material zur Bekämpfung derselben; sie ebnen so die Pfade und Wege für neue gesetzgeberische Maßnahmen. (...) Wenn wir ein so hohes Ziel der Caritas stellen und sogar wünschen, dass sie ihre Aufgabe noch in viel größerem Umfange erfüllen möge, dann muß freilich die Erkenntnis für ihre soziale Bedeutung sich noch mehr vertiefen, dann muß sie ferner planmäßiger, rationeller, zielbewusster geübt werden, als das bisher geschehen ist. Es darf der Herr Pfarrer nicht meinen, dass seine caritative Tätigkeit sich darauf beschränken darf, ein Fünfpfennigstück dem armen Bettler zu reichen oder noch besser ein Stück Brot oder einen Teller Suppe aus seiner Küche zu geben (...).«¹⁹

Mit dieser Aussage – viele andere ließen sich ergänzen – schrieb Werthmann zu einer Zeit, die sozialpolitisch schwieriger war als heute, der Caritas ins Stammbuch, alles zu tun, damit politische und gesetzgeberische Maßnahmen zu Gunsten derer gestaltet werden, die dieser Hilfe bedürfen. Stattdessen erleben wir auf breiter Ebene das Wegdücken eines der einflussreichsten Verbände der Bundesrepublik. Pressemeldungen, die Hartz IV verhalten kritisieren, sind kein kritisch-politisches Projekt, zumal wenn aus ihnen keine weitere Aktion folgt oder wenn man sogar geneigt ist, mit der Anstellung von Ein-Euro-Jobbern dem System seinen Segen zu geben. Das hatte

19 *Karl Borgmann* (Hrsg.), *Lorenz Werthmann – Reden und Schriften in Auswahl*, Freiburg 1958, S. 70.

Werthmann anders gemeint, und das meint auch die katholische Soziallehre anders. Ein Blick in das jüngst auf Deutsch erschienene Kompendium der katholischen Soziallehre, dessen Lektüre man nur empfehlen kann, bietet zahlreiche Argumentationshilfen an, wie mit der Gerechtigkeit, der Würde des Menschen, der Personalität umgegangen, aber auch wie Solidarität und Subsidiarität wirklich verstanden werden können.²⁰ Die Kapitalismus-Kritik Papst Johannes Pauls II., der in den ungezügelter Verwerfungen stets den Niedergang des Menschen, ja letztendlich sogar die Etablierung einer Kultur des Todes sah, ist fern von jeder ideologischen Betrachtung. Das Anliegen Johannes Pauls II. war, ebenso wie das von Papst Benedikt XVI. in seiner jüngsten Enzyklika »Deus caritas est«, die man nur genau lesen muss, dass die Kirche in ihrem sozialen Vollzug, auf der Basis der Ebenbildlichkeit des Menschen mit Gott und gleichermaßen zur Verherrlichung Gottes alles zu tun hat, damit der Mensch nicht verobjektiviert und ausgebeutet wird. Anwaltschaft stellt sich an die Seite der Erniedrigten und sie wird so zu einem jesuanischen Moment wahrer Befreiung.

Bleibt festzuhalten, dass auch die Caritas sich entscheiden muss, welchem Verständnis von sozialer Arbeit sie künftig folgen will. Die noch vor Jahren beschworene Einheit von Anwaltschaft und Dienstleistung hat sich als realer Trugschluss erwiesen. Der Fatalismus ökonomischen Denkens, wem auch immer er geschuldet sein mag, ist nur zu besiegen, wenn die alte Forderung der lateinamerikanischen Bischöfe beim Zweiten Vatikanischen Konzil und bei der Generalversammlung 1968 in Medellin sich durchsetzt. Die Kirche hat gemäß dem Auftrag Christi an der Seite der Armen zu stehen und sei es, dass sie selbst eine arme wird. Der Preis dafür mag hoch sein, und doch wird sie nur dann mit Blick auf das Soziale ihre eigentliche Authentizität erlangen. Sich mit Blick auf den Zeitgeist und die unabänderbaren Erfordernisse von Politik, Gesellschaft und anderen Bezugsgrößen aus der Verantwortung für diejenigen Stück für Stück herauszuziehen, die Anwaltschaft am meisten benötigen, ist eine billige Entschuldigung, die auch dadurch nicht geheilt wird, dass man an anderen viel Sinnvolles tue, führt diese Argumentation doch zu einer fast ideologischen Lauheit des sozialen Engagements, die bereits von den Propheten Israels angeprangert wurde.

20 Vgl. die einzelnen Abschnitte in: Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden, Kompendium der Soziallehre der Kirche, Freiburg/Basel/Wien 2006.

Bürgerschaftliches Engagement und soziale Ausgrenzung

Chantal Munsch

Nähert man sich dem Thema Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement über die öffentliche Diskussion, so hört man von seinen vielen Vorteilen: Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht eine Partizipation, die über die Wahl von VertreterInnen in Parteien hinausgeht. Bürgerschaftliches Engagement bildet die Grundlage für eine gesellschaftliche Mitgestaltung, bei der die Erfahrungen jedes Einzelnen mit einfließen können, an dem Ort, wo Menschen leben. Sie ermöglicht Integration und neue Netzwerke in Zeiten fortschreitender Individualisierung und in der Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft.

Über die Vorteile einer solchen Zivilgesellschaft muss an dieser Stelle nichts mehr geschrieben werden. Das Thema dieses Beitrages richtet sich deswegen auf einen eher wenig beachteten und doch zentralen Aspekt: auf den Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und sozialer Ausgrenzung.

Eine wichtige Grundlage meiner Überlegungen bildet der Zusammenhang zwischen Bildung, Erwerbsarbeit und Schichtzugehörigkeit einerseits und bürgerschaftlichem Engagement andererseits. Es gibt mehrere empirische Studien, die belegen, dass Menschen mit höherem Bildungsabschluss, Einkommen und Schichtzugehörigkeit sich signifikant häufiger bürgerschaftlich engagieren.

			Engagierte		Engagement-bereite		Nichtengage-mentbereite	
	W	O	W	O	W	O	W	O
<i>Berufsabschluss</i>								
keinen	15	8	24	18	22	17	54	65
Lehre	55	54	37	27	31	35	32	38
Fachschule	13	17	45	50	35	30	20	20

→

			Engagierte		Engagement- bereite		Nichtengage- mentbereite	
	W	O	W	O	W	O	W	O
<i>Berufsabschluss</i>								
Fachhochschule	7	7	46	56	35	29	20	15
Hochschule/ Universität	10	14	57	49	32	37	11	14
<i>Selbsteinstufung</i>								
Unterschicht	4	8	14	17	27	20	59	63
untere Mittel- schicht	19	37	33	34	30	30	37	36
mittlere Mittel- schicht	63	52	40	39	34	37	26	24
Oberschicht/ obere Mittel- schicht	14	3	56	53	29	26	15	21

Quelle: *Wertesurvey* 1997, alle Angaben in Prozent, W = West, O = Ost
(*Gensicke* 2001, S. 293)

Eindrücklich sind bei dieser Statistik nicht nur die Zahlen, sondern auch die Bezeichnung »nicht-engagementbereit«. Was sagen uns solche Statistiken und Begriffe? Dass Arbeitslose oder Menschen mit geringer Bildung sich faul in der vielzitierten sozialen Hängematte ausruhen? Ich möchte mich im Folgenden von solchen individualisierenden Erklärungen distanzieren und versuchen, das angeblich mangelnde bürgerschaftliche Engagement sozial benachteiligter Menschen in einem größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu erklären. Leider reproduziert die Forderung nach einer verbesserten Aktivierung, wie sie insbesondere in Bezug auf sozial benachteiligte Menschen immer wieder geäußert wird, genau diese individualisierende Sicht. Sie sucht sozusagen die Schuld für das fehlende Engagement bei den einzelnen Menschen und suggeriert zuweilen, dass es nur gelingen muss, diese »richtig« zu aktivieren und zu motivieren, um die Probleme (welche eigentlich?) zu lösen.

Zunächst möchte ich hervorheben, dass ich in meiner Forschung einer sehr hohen Motivation von langzeitarbeitslosen Men-

schen begegnet bin, sich zu engagieren. Vielen war es sehr wichtig, sich zu beteiligen, etwas Sinnvolles zu tun, dazuzugehören. Aber gleichzeitig hatten sie in ihrem Leben immer wieder erfahren müssen, dass sie nicht gebraucht werden, dass sie nichts erreichen, sich nicht durchsetzen können, wenn sie sich engagieren wollen – in der Schule, auf dem Amt, im Stadtteil, im Beruf. Diese Erfahrungen demotivieren. Wenn wir diese Menschen motivieren wollen, sich wieder zu engagieren, dann müssen wir diese Erfahrungen ernst nehmen, und wir müssen darauf achten, keine neuen Frustrationen zu reproduzieren. Mit Versprechungen wie: »Hier wird jeder gebraucht« oder »hier kann sich jeder einbringen« muss vorsichtig umgegangen werden, und es müssen Bedingungen geschaffen werden, damit sich wirklich jeder einbringen kann – darauf werde ich später noch zurückkommen.

Um die angeführten Unterschiede beim bürgerschaftlichen Engagement von Menschen unterschiedlichen Einkommens, Zugangs zu Erwerbsarbeit und mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen erklären zu können, müssen wir zwei Ebenen unterscheiden: die Ebene des alltäglichen Vollzugs von bürgerschaftlichem Engagement und die Ebene der öffentlichen Diskussion über bürgerschaftliches Engagement.

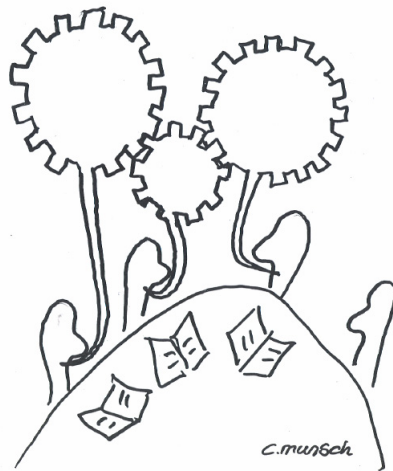
Bürgerschaftliches Engagement grenzt aus

Im Folgenden möchte ich den Blick zunächst den Vereinen, Initiativen und Organisationen zuwenden, welche in der öffentlichen Diskussion gemeinhin mit bürgerschaftlichem Engagement in Verbindung gebracht werden. Sie bilden, zumindest nach gängigem Verständnis, die Struktur, in der bürgerschaftliches Engagement stattfindet. In der Literatur der letzten Jahre wird ein geradezu romantisierendes Bild dieser verschiedenen Vereinigungen beschworen und es wird suggeriert, je mehr Sportverbände und freiwillige Feuerwehren ein Gebiet aufzuweisen hätte, desto besser stünde es um die Integration und Beteiligung der BewohnerInnen, die dort wohnen. Nun streite ich den Nutzen von Vereinen, Verbänden und Initiativen keineswegs ab – sie sind für unsere Gesellschaft sehr wichtig –, nur möchte ich aus einem sozialpädagogischen Blickwinkel auf soziale Benachteiligung dieses romantische Bild etwas dekonstruieren.

Im alltäglichen Vollzug von bürgerschaftlichem Engagement engagieren sich Menschen zusammen, weil sie ein gemeinsames Ziel haben und gemeinsame Vorstellungen, wie sie dieses Ziel erreichen wollen. Sie tun sich – wie man so schön sagt – mit Gleichgesinnten zusammen. Das ist absolut legitim und gut so, denn wenn sie sich erst lange verständigen müssten, was sie eigentlich wollten, und wenn alle ganz verschiedene Vorstellungen davon hätten, wie sie vorgehen wollten, dann wären sie mit ihrem Engagement wahrscheinlich nicht besonders effektiv. Deswegen sind die meisten Vereine und andere Organisationen eher milieuhomogen.

Was dies konkret bedeutet, möchte ich mit einem kurzen Beispiel aus meiner Forschung illustrieren: In einem Stadtteilhaus habe ich zusammen mit GemeinwesenarbeiterInnen eine aktivierende Befragung organisiert. Als wir auf der ersten Bewohnerversammlung die Ergebnisse vorstellten – um daraus konkrete Pläne zu entwickeln –, war das Publikum bunt gemischt. Sowohl Arbeitslose als auch Erwerbstätige mit unterschiedlichen Hintergründen waren gekommen. Geredet, geplant und geschimpft wurde in dieser Versammlung sehr viel – jedoch fast nur von Erwerbstätigen. Aus dieser ersten Versammlung kristallisierte sich eine Gruppe, die ein Stadtteilfest vorbereiten wollte. Und in dieser Gruppe blieben sehr schnell nur noch Menschen, die im Stadtteil wichtige Positionen bekleideten: der Schmied, der Vereinsvorsitzende, die Geschäftsinhaberin, der Lehrer. Und sie luden weitere Leute ein, welche eine ähnliche Stellung im Stadtteil hatten und von denen sie annahmen, dass sie ihnen bei der Planung des Festes behilflich sein würden. Sie hatten in ihren Sitzungen von Anfang an einen ganz bestimmten Stil, das Fest zu planen. Fast reibungslos ergaben sich aus ersten Vorschlägen konkrete Ideen – Bedenken und ergänzende Ideen ergaben immer einen Sinn. Nie fragte ich mich in diesen Sitzungen: Warum sagt er das jetzt? Weil wir als GemeinwesenarbeiterInnen ja eigentlich das Ziel hatten, dass sich BewohnerInnen aus unterschiedlichen Milieus zusammen engagieren sollten, luden wir immer wieder auch Arbeitslose, die wir kannten, zu dieser Gruppe oder zu anderen Treffen ein. Aber immer war es so, dass sie »nichts sagen konnten« – wie es eine Frau einmal ausdrückte. Eine arbeitslose Bewohnerin hielt es dennoch über längere Zeit in der Stadtteilfest-Gruppe aus und bemühte sich, ihre Ideen einzubringen – aber oft war sie frustriert, weil sie sich nicht beteiligen konnte. Während die anderen Redebeiträge wie Zahnräder ineinander griffen, fragte ich mich bei ihr oft, wieso sie das jetzt sage. Es wurde nie offen ausgesprochen, und doch wurden

ihre Beiträge als störend im sonst so effektiven Planungsprozess empfunden. Auf sehr subtile Weise wurde dies mitgeteilt, bis diese Bürgerin nicht mehr an den Treffen teilnahm.



Anhand vieler ähnlicher Beispiele kann man analysieren, wie Engagement eben nicht nur integriert, sondern auch solche Menschen ausschließt, die als störend empfunden werden, weil sie sich auf eine andere Weise engagieren.

Als ich diese Forschung neulich auf einer Tagung etwas ausführlicher vorstellte, bemerkte eine ZuhörerIn, sie höre diese Ausführungen mit zwei Ohren. Als Sozialpädagogin sei ihr bewusst, dass es wichtig sei, sozial benachteiligte Menschen zu integrieren – als engagierte BürgerIn erlebe sie dies jedoch als ziemliche Belastung. Sie hat recht – und ich will auch keineswegs fordern, dass alle Vereine, Verbände und Initiativen möglichst unterschiedliche Menschen integrieren müssen – das würde sie in der Tat überfordern. Ich möchte nur deutlich machen, dass es sozusagen zum Wesen vieler solcher Organisationen bürgerschaftlichen Engagements gehört, dass sie ausschließen. Und diese Ausschlussprozesse sind überwiegend gegen solche Menschen gerichtet, die auch in vielen anderen Bezügen am Rande der Gesellschaft stehen und wenig Teilnahmechancen haben. Insofern reproduziert bürgerschaftliches Engagement gesellschaftliche Hierarchien und gesellschaftlichen Ausschluss.

Bürgerschaftliches Engagement sozial Benachteiligter bleibt unsichtbar

Ein zweiter Erklärungsansatz für die zu Beginn gezeigte statistische Unterrepräsentanz sozial benachteiligter Menschen bei bürgerschaftlichem Engagement besteht darin, dass ihr Engagement nicht gesehen wird. Sie engagieren sich wohl, aber ihr Engagement bleibt unsichtbar. Die Diskussion um bürgerschaftliches Engagement wird leider von einem sehr eindimensionalen Blick auf Engagement dominiert, der sich auf Formen von Engagement konzentriert, die vor allem in der Mittelschicht verbreitet sind. Dies betrifft vor allem die Organisation des Engagements in Vereinen, Verbänden oder Initiativen. In den meisten Definitionen von bürgerschaftlichem Engagement wird entweder eine solche organisationelle Vereinigung gefordert oder es wird allgemein gesagt, dass bürgerschaftliches Engagement öffentlich organisiert sein muss. Demgegenüber finden wir in sogenannten benachteiligten Stadtteilen oft eine sehr hohe Solidarität, in der Familie, in der Nachbarschaft, unter Freunden und Bekannten. Diese Ressourcen sind für Fremde nicht so offensichtlich wie z. B. Vereine. Stadtteilarbeiter, die sie in ihre Arbeit einbinden wollen, brauchen Zeit, um den Stadtteil und die Menschen, die dort wohnen, um ihre Lebensbedingungen kennen zu lernen und zu ihnen Vertrauen zu finden. Sie müssen viel vor Ort und zugänglich sein. Diese vielfältigen Unterstützungsleistungen, die sie dann entdecken werden, werden jedoch nicht als bürgerschaftliches Engagement anerkannt, weil sie nicht für Dritte öffentlich sind. Demgegenüber möchte ich provozierend fragen: Wo liegt denn der Unterschied zwischen einer Mutter, die sich mit gleichgesinnten Müttern in einem Kinderladen engagiert, weil sie sonst keine Betreuungsmöglichkeit für ihren Sohn findet, und jener anderen Mutter, welche mittags die Kinder ihrer arbeitenden Freundinnen verköstigt? Liegt der Unterschied nicht einfach in einer kulturellen Höherbewertung öffentlich-organisierter Formen von Engagement, insbesondere wenn sie mit Ämtern und Verantwortung einhergehen? Und geht sie nicht einher mit einem Zerfall an verlässlichen Beziehungen in der Familie oder der Nachbarschaft? Und ist der Kinderladen wirklich offen für alle? Oder die freiwillige Feuerwehr, die Pfadfindergruppe? Oder gehen doch nur bestimmte Eltern, Kinder und Jugendliche dorthin? Sind die Zugänge nicht doch – wenn auch auf sehr subtile Weise – auf Menschen aus bestimmten Milieus begrenzt?

Die implizite Höherbewertung von öffentlich-organisiertem Engagement steht in engem Zusammenhang mit unserer individualisierten Gesellschaft und bekommt eine besondere Bedeutung im Zusammenhang mit Migranten und Migrantinnen aus anderen Kulturen, in denen Solidarität vor allem in Nachbarschaft und Familie gelebt wird. Es gibt interessante Studien über Black Volunteering in England, in denen Befragte aus ethnischen Minderheiten u. a. betonen, dass das Engagement in englischen Organisationen »wie Arbeit« sei – während es in ihrer eigen-ethnischen Organisation sei »wie in einer großen Familie«, viel herzlicher, informeller und mit weniger langweiligen Versammlungen.¹

Man kann diese Unterschiede erklären, wenn man bürgerschaftliches Engagement als biografisch erlerntes Bewältigungsverhalten versteht. Während die Einen schon in ihrer Kindheit und Jugend über ihre Eltern mit öffentlich-organisiertem Engagement in Berührung kamen und dann vielleicht als Schulsprecher oder in einer Jugendorganisation positive Erfahrungen sammeln konnten, lernten sie, dass diese Art von bürgerschaftlichem Engagement eine gute Möglichkeit ist, mit Problemen umzugehen. Währenddessen haben andere eher positive Erfahrungen mit informeller Solidarität gesammelt.

Obwohl öffentlich-organisiertes Engagement einerseits gesellschaftlichen Ausschluss tendenziell reproduziert, hat es andererseits viele positive Aspekte, gerade vor dem Hintergrund der Krise der Erwerbsgesellschaft. Arbeitslosigkeit verringert den Bewegungsradius und die Möglichkeiten für soziale Kontakte erheblich – das drückt sich treffend aus, wenn Menschen sagen, sie »sind zu Hause« oder »sitzen zu Hause«. Demgegenüber bietet Engagement die Möglichkeit »unter die Leute zu kommen«, wie es engagierte arbeitslose Bürger und Bürgerinnen beschreiben. Sie können »etwas Sinnvolles tun«, »werden gebraucht«. Sie können sich »mit anderen zusamm tun, um gemeinsam etwas zu erreichen«. An den Stadtteulfesten, an welchen ich mich im Rahmen meiner Forschung beteiligte, nahmen auch langzeitarbeitslose Menschen teil. Und es war beeindruckend zu erleben, wie verantwortungsbewusst und engagiert sie z. B. Stände betreuten. Und wie wichtig es für sie war, nachher darüber reden zu können, was sie alles geschafft hatten – das, was für Erwerbstätige

1 *Seema Bhasin, My Time, My Community, Myself. Experiences of volunteering within the black community, London 1997.*

selbstverständlich ist, wenn sie abends erschöpft nach Hause kommen.

Gleichzeitig jedoch beinhaltet dieses öffentlich-organisierte Engagement durch die oft implizite Art und Weise, wie es organisiert ist, ein großes Risiko, sich nicht beteiligen zu können oder mit seinem Engagement als störend erlebt zu werden, unerwünscht zu sein.

Hinweise für die Förderung eines milieuübergreifenden bürgerschaftlichen Engagements

Wenn also in Stadtteilen Orte geschaffen werden sollen, an denen sich Menschen unterschiedlicher Milieus gemeinsam engagieren, dann müssen diese Risiken und Ausschlussmechanismen mitbedacht werden.

Es muss ein Klima geschaffen werden, an dem sich alle verschiedenen Menschen wohl und willkommen fühlen, so wie sie sind, mit ihrer Art zu reden, mit ihrer Art, sich zu engagieren.

Moderationsformen können eine sinnvolle Methode sein, Wortbeiträge zu strukturieren und eine Art der Kommunikation zu schaffen, die für alle neu oder ungewohnt ist.

Wichtig sind auch Räume, in denen Menschen mit einem bestimmten Hintergrund, z. B. Frauen, Migranten und Migrantinnen oder Langzeitarbeitslose, sich unter sich engagieren können, in denen somit die mit einem gemischten Engagement verbundenen Konflikte nicht im Vordergrund stehen. Gleichzeitig müssen diese verschiedenen Gruppen jedoch immer wieder auch zusammengeführt werden, müssen ihre Ergebnisse eingebunden werden in den größeren Zusammenhang einer Aktion.

Wenn sich Menschen unterschiedlicher Milieus zusammen engagieren, gibt es Konflikte. Diese Konflikte gehören dazu. Sie werden in unserer Gesellschaft oft vermieden, indem Menschen aus unterschiedlichen Milieus sich in ihrer Freizeit nur selten begegnen. Diese Konflikte müssen thematisiert und bearbeitet werden. Dazu gehört es z. B., den Frust zuzulassen, wenn BewohnerInnen das Gefühl haben, nicht mitreden zu können. Gerade wenn sich sozial benachteiligte Menschen in gemischten Gruppen engagieren, muss es Gelegenheiten geben, in denen sie sich vorbereiten können und in denen die Erfahrungen nachbereitet werden. Stadtteilarbeiter müs-

sen dabei jedoch sehr sensibel mit der schwierigen Balance zwischen Unterstützung und Überbetreuung umgehen. Sehr leicht kann man in die Situation geraten, BewohnerInnen durch eine Sonderbehandlung in ihrer Rolle als diejenigen, die Unterstützung brauchen, festzuschreiben.

Schließlich ist es wichtig, vorsichtig mit Versprechungen umzugehen, »jeder werde gebraucht und könne sich engagieren«. Wenn Menschen aktiviert werden, die in ihrem Leben negative Erfahrungen mit Engagement gesammelt haben, muss auf die Rahmenbedingungen geachtet werden, damit Erfahrungen des Überflüssig-Seins nicht reproduziert werden.

Alle Überlegungen, die ich angeführt habe, treffen nicht nur auf Erwachsene zu. Gerade für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass sie positive Erfahrungen mit Engagement sammeln können. Forschungen über Kinder- und Jugendparlamente und andere ähnlich institutionalisierte Formen von Partizipation zeigen, dass Jungen und Kinder aus dem Gymnasium deutlich überrepräsentiert sind. Mädchen, Kinder aus der Hauptschule und mit Migrationshintergrund beteiligen sich an solchen Parlamenten weniger. In diesem Zusammenhang verweist die Literatur zur Partizipation von Mädchen darauf, wie wichtig es ist, dass Mädchen Zeit haben, in kreativen Formen ihre Wünsche überhaupt erst mal entdecken und formulieren zu können.² Auch hier sind besondere Räume wichtig, aber auch die Erfahrung, die dort vorbereiteten Ideen und Forderungen gemeinsam mit anderen in einem gemeinsamen Zusammenhang umsetzen zu können.

Zur notwendigen Repolitisierung bürgerschaftlichen Engagements

Wenn wir uns mit bürgerschaftlichem Engagement und sozialer Benachteiligung auseinandersetzen, können wir uns jedoch nicht nur auf die Formen von Engagement beschränken. Auch die Themen von Engagement müssen im Kontext der jeweiligen Lebenslage gesehen werden. Wenn wir uns jedoch ernsthaft für die mit sozialer

2 *Maria Bitzan*, Aufdeckende Beteiligung – eine politische Handlungskompetenz (nicht nur) der Mädchenarbeit, in: Forum Erziehungshilfen 1/2001, S. 14–22.

Benachteiligung zusammenhängenden Probleme engagieren wollen, dann kommen wir um Themen wie Armut und Arbeitslosigkeit nicht drum rum. Dann müssen auch gesellschaftliche Verteilungskonflikte thematisiert werden – und bürgerschaftliches Engagement ist plötzlich nicht mehr so unpolitisch und harmonisch, wie es in manchen Publikationen und Diskursen zuweilen dargestellt wird. Leider stehen jedoch viele Stadtteilprojekte unter dem Druck, ihren Financiers schnelle Erfolge zu präsentieren, um zu zeigen, dass sie sich rentieren und weiter gefördert werden sollen. Ein solcher Druck nach schnellen Erfolgen führt zu einer Effektivitätsfalle, welche nicht nur Menschen ausgrenzt, die sich nicht in der geforderten effektiven Art und Weise engagieren bzw. die die Effektivität stören, sondern dieser Druck nach schnellen Erfolgen grenzt auch solche grundlegenden Probleme aus, welche sich nicht schnell lösen lassen. Damit die sozialer Ausgrenzung zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen im Kontext bürgerschaftlichen Engagements wieder bearbeitbar werden, muss dieses repolitisiert werden.

Fazit

Zusammenfassend kann man festhalten, dass bürgerschaftliches Engagement keinesfalls »an sich« zur besseren Integration und Beteiligung von Menschen beiträgt, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind. Schon gar nicht verringert es »an sich« soziale Benachteiligung. Die Quantität von Vereinen und Initiativen an einem bestimmten Ort sagt somit nichts über die Integrations- und Beteiligungschancen sozial ausgegrenzter Menschen dort aus.

Aber wenn bürgerschaftliches Engagement langfristig sozialpädagogisch, oder zumindest aus einem sozialpädagogischen Blickwinkel heraus, begleitet wird und die mit ihm verbundenen Ausgrenzungsmechanismen reflektiert werden, wenn Räume geschaffen werden, an denen sich verschiedene Menschen zusammen engagieren können und die damit verbundenen Konflikte bearbeitet werden, wenn die Lebensbedingungen und Lebenserfahrungen von verschiedenen Menschen ihren Platz in diesem Engagement finden – dann kann bürgerschaftliches Engagement zu mehr Integration und Beteiligung führen, auch wenn das keinesfalls eine leichte und schon gar keine kostengünstige Aufgabe ist.

Ich habe zu Beginn von den vielfältigen Formen von Solidarität gesprochen, die zu finden sind, wenn man aufmerksam und mit genügend Zeit in einem Stadtteil arbeitet. Es ist sicher sinnvoll, diese Ressourcen wertzuschätzen, auch besser zu nutzen. Aber ich möchte eindrücklich darauf hinweisen, dass es auch Sinn macht, sie in dieser informellen Form zu belassen. Ein öffentlich-organisierter Rahmen – wie er in der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement vorausgesetzt wird – ist nicht für alle Menschen in allen Umständen und für alle Engagementformen förderlich und gut.

Literatur

- Bhasin, Seema*: My Time, My Community, Myself. Experiences of volunteering within the black community, London: The National Centre for Volunteering 1997.
- Bitzan, Maria*: Aufdeckende Beteiligung – eine politische Handlungskompetenz (nicht nur) der Mädchenarbeit, in: Forum Erziehungshilfen 1/2001, S. 14–22.
- Gensicke, Thomas*: Das bürgerschaftliche Engagement der Deutschen. Image, Intensität und Bereiche, in: *Heinze, Rolf G./Olk, Thomas* (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven, Opladen: Leske und Budrich 2001, S. 283–304.
- Möller, Kurt*: Kommunalpolitische Partizipation von Jugendlichen. Entwicklungsstand und Qualitätskriterien, in: neue praxis 4/2000, S. 379–396.
- Munsch, Chantal*: Die Effektivitätsfalle. Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung, Hohengehren: Schneider Verlag 2005.
- Munsch, Chantal* (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit, Weinheim/München: Juventa 2003.

Die Repolitisierung Sozialer Arbeit aus der Sicht eines Wohlfahrtsverbandes

Thomas Engemann/Jörg Fischer/
Reinhard Müller/Wolfgang Volkmer

Wohlfahrtsverbände durchlaufen seit einigen Jahren einen rapiden Veränderungsprozess. Ihre Aufgabenfelder wandeln sich: vom ordnungspolitisch agierenden Verwalter zum dynamischen Dienstleister – vom fachlichen Impulsgeber zum sozialwirtschaftlichen Organisationsberater. Diese Veränderungen resultieren aus den wachsenden Anforderungen, die an Erbringer Sozialer Arbeit insgesamt gerichtet sind. Der eigene *politische* Handlungsauftrag steht in einem ambivalenten Verhältnis zum Dienstleistungscharakter eines Verbandes – auch für den PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband in Thüringen.

Die folgenden vier Beiträge spiegeln aus unterschiedlichen Perspektiven die Anknüpfungspunkte des PARITÄTISCHEN Thüringen an die Repolitisierung Sozialer Arbeit wider. Im ersten Beitrag erläutert Dr. Jörg Fischer, warum Soziale Arbeit per se politisch ist. Er geht der Frage nach, wie aus intuitiver Parteilichkeit politische Vertretung wird und ob Soziale Arbeit die Rolle des Gestalters oder des Verwalters wahrnimmt. Reinhard Müller plädiert in seinem Beitrag für eine offensive Wahrnehmung des politischen Mandats durch die Soziale Arbeit und eine professionsübergreifende Vernetzung. Er erläutert dies unter anderem an den Herausforderungen für freie Träger durch die demografische Entwicklung. Welche konkreten – auch politischen – Teilhabemöglichkeiten durch Gemeinwesenarbeit möglich sind, erläutert Thomas Engemann in seinem Beitrag. Wolfgang Volkmer hinterfragt schließlich, mit welchen Kompetenzen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ausgestattet sein müssten, um ihrem politischen Auftrag gerecht zu werden.

Das politische Verständnis Sozialer Arbeit

In der Frage, wie politisch Soziale Arbeit ist oder sein sollte, gilt es zuvorderst den Auftrag und das politische Verständnis von Sozialer Arbeit zu klären. Beides ist stark abhängig von der historischen Entwicklung und der Einbettung von Sozialer Arbeit in die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Der Auftrag von Sozialer Arbeit leitet sich nicht aus einer sozialen Wirklichkeit ab, die von allen Menschen über Zeit und Raum hinweg gleichermaßen empfunden wird. Vielmehr unterliegt soziale Wirklichkeit einer theoretischen Konstituierung der Betrachtungs-, Denk- und Handlungsweise, die durch den praktischen Gebrauch derselben erst strukturiert, d. h. geschaffen wird.¹ Demzufolge befinden sich die der sozialen Wirklichkeit entspringenden sozialen Probleme in einem permanenten definitorischen Wandel. Die Kriterien, wann ein Problem als soziales Problem wahrgenommen wird, sind jedoch gleich: Innerhalb der sich ständig verändernden sozialen Wirklichkeit entstehen Probleme, die ihren Ursprung im privaten oder im öffentlichen Bereich haben. Zum sozialen Problem werden diese Phänomene allerdings erst, wenn diese Probleme nicht als Privatangelegenheit, sondern als öffentliche Angelegenheit betrachtet werden. Soziale Probleme werden also gesellschaftlich als Beeinträchtigung von Einzelnen oder Gruppen in ihrer Lebenssituation aufgefasst, öffentlich als veränderungswürdig definiert und zum Gegenstand spezieller Programme und Maßnahmen gemacht.²

In diesem Prozess der Findung, Definition und Lösung von sozialen Problemen obliegt der Sozialen Arbeit eine multifunktionale Rolle. Anders formuliert, übernimmt Soziale Arbeit im System der Bedarfsartikulation, -bearbeitung und -deckung verschiedene Funktionen, die nachfolgend kurz erläutert werden.

Historisch betrachtet fühlt sich Soziale Arbeit originär zuständig für die Lösung von sozialen Problemen, die einzelne oder mehrere Mitglieder unserer Gesellschaft haben. Im Spannungsfeld zwischen Eigen- und Fremdverantwortung befindet sich Soziale Arbeit dabei permanent auf der Suche nach dem optimalen, im Einzelfall jeweils

1 *Horst Blatt*, Konturen einer Systematischen Sozialpädagogik, Moers 1992, S. 138.

2 *Maja Heiner* et al., Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit, Freiburg 1996, S. 289, zitiert in: *Johannes Schilling*, Soziale Arbeit. Geschichte, Theorie, Profession, München 2005, S. 220.

neu zu justierenden Verhältnis zwischen direkter Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe. In der Anfangsphase der Sozialen Arbeit stand diese Ausführung eines gesellschaftlich definierten Auftrages im Mittelpunkt eines Helfens, das sich als reine Armenfürsorge verstand.³

Im Rahmen einer zunehmenden gesellschaftlichen Übernahme von sozialer Verantwortung – die in der Sozialen Arbeit einherging mit einer zunehmenden Verwissenschaftlichung und Professionalisierung – ergab sich eine Erweiterung des eigenen Selbstbildes und damit verbunden auch ein gesteigener gestalterischer Anspruch an das eigene Handeln. Jenseits der reinen Deckung eines vorher bestimmten Bedarfes entwickelte sich Soziale Arbeit mehr und mehr in der Rolle eines Anwalts, der für »schwache Mitglieder« in der Gesellschaft Bedarf feststellen und artikulieren kann und will. Insofern genügte es Sozialer Arbeit nicht mehr, die größte Not zu lindern, ohne die Ursachen für diese Entwicklung anzugehen. Vielmehr fühlte sich Soziale Arbeit berufen, soziale Probleme mit und für andere Menschen zu erkennen und die Gesellschaft auf den Handlungsbedarf hinzuweisen. Damit einher ging der Anspruch für Soziale Arbeit, Sprachrohr für diejenigen Menschen zu sein, die es aus eigener Kraft nicht vermögen, sich in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung von sozialen Problemen Gehör zu verschaffen. Aufgabe von Sozialer Arbeit kann es aber nur sein, partikularistischen Vereinigungen vorzubeugen und eine Anerkennungspolitik zu betreiben, die nicht zur reinen Klientelpolitik verkommt, indem der Ausschluss Anderer produziert wird.⁴ Mit der Wahrnehmung dieser Interessen dehnte sich für die Soziale Arbeit das bereits angedeutete Spannungsverhältnis um den immanenten Konflikt zwischen paternalistischer Bevormundung und sozialanwaltschaftlicher Vertretung aus. Aufgrund der Institutionalisierung von Sozialer Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten des »sozialpädagogischen Jahrhunderts«⁵ und den daraus resultierenden Eigeninteressen der Träger kommen ne-

3 *Werner Thole*, Soziale Arbeit als Profession und Disziplin. Das sozialpädagogische Projekt in Praxis, Theorie, Forschung und Ausbildung – Versuch einer Standortbestimmung, in: *Werner Thole* (Hrsg.), Grundriss Soziale Arbeit, Wiesbaden 2005, S. 28.

4 *Christian Wevelsiep*, Zwischen gerechter und ungerechter Gesellschaft. Zur Frage des politischen Mandats der helfenden Professionen, in: *Neue Praxis* 4 (2006), S. 378.

5 *Thomas Rauschenbach*, Das sozialpädagogische Jahrhundert. Analysen zur Entwicklung Sozialer Arbeit in der Moderne, Weinheim 1999.

ben den bestehenden Wertekonflikten auch die handfesten ökonomischen Interessen zur Sicherung der unternehmerischen Bestandsfähigkeit von Organisationen in der Sozialen Arbeit verschärfend hinzu.

Neben aller Bedarfsartikulation und -deckung entspricht es allerdings auch dem grundlegenden Verständnis von Sozialer Arbeit, die für Einzelne oder ganze Gruppen herrschenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu analysieren und öffentlich zu thematisieren. Soziale Wirklichkeit wird in diesem Sinne auch von Sozialer Arbeit selbst definiert, indem neue Bedarfe ermittelt werden und deren Befriedigung angestrebt wird. Soziale Arbeit beschränkt sich in ihrem Auftrag nicht auf die Sichtbarmachung der Ursachen und Formen von Hilfebedürftigkeit, sondern betrachtet die Lösung von sozialen Problemen als ihre Aufgabe. »Die Gewissheit, dass Soziale Arbeit auf soziale Problemlagen reagiert, indem sie hilft, markiert eine Grenze, mit deren Überschreiten die für die Soziale Arbeit konstitutive und sie erkennbar machende Beobachtungsperspektive verlassen wird.«⁶

Der Auftrag von Sozialer Arbeit beinhaltet somit zusammenfassend die Analyse von sozialen Problemen und damit auch die Mitkonstruktion von sozialer Wirklichkeit, die Artikulation und Befriedigung von sozialem Bedarf sowie die politische Beeinflussung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Soziale Arbeit ist daher politisch und kann nicht unpolitisch sein. In der professionellen Wahrnehmung dieses Auftrags liegt zugleich ein politischer Vertretungsanspruch begründet, der jenseits einer intuitiven Parteilichkeit liegt. Politische Vertretung umfasst insofern nicht die Lobbyfunktion für eine bestimmte Klientel, sondern den gesellschaftspolitischen Mitgestaltungsanspruch in seinem umfassenden Sinne.

Ungeachtet der herrschaftssichernden Anteile in der Funktionsbeschreibung des Auftrags von Sozialer Arbeit sieht sich diese als Teil einer sozialstaatlichen Politik, die versucht, die gesellschaftlichen Interessengegensätze mittels gezielter Interventionen abzufedern. In dieser Beschreibung bleibt aber offen, ob sich Soziale Arbeit als Verwalter einer staatlichen Sozialpolitik oder als eigene Gestaltungsebene in der Organisation des Sozialen betrachtet, die auch kritisch sozialstaatliches Handeln hinterfragt. Damit verbunden ist

6 *Michael Bommers/Albert Scherr*, Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe, Weinheim 2000, S. 34.

die Frage, wie weit die Soziale Arbeit die Deutungshoheit in der Feststellung und Artikulation des sozialen Bedarfs besitzt und welche Legitimation die Träger Sozialer Arbeit von der Gesellschaft erfahren.

Die diskursive Schwäche von Sozialer Arbeit in der Ausgestaltung des aktivierenden Förderns und Forderns für das ureigenste Klientel lässt erahnen, wie wenig sich die Soziale Arbeit ihres immanent politischen Charakters derzeit bewusst ist. Angesichts der legitimatorischen Probleme, in denen sich gerade die Verbände für Soziale Arbeit befinden, ist es umso dringlicher, Legitimationsprobleme und Sprachlosigkeit von Sozialer Arbeit offensiv in gesamtgesellschaftlichen Debatten zu überwinden. Im Zeitalter einer Ökonomisierung des Sozialen erscheint es angebracht, jenseits des reinen Strebens nach Effizienz und Effektivität eine Schärfung des eigenen Profils und die Konturierung von politischen Strategien anzugehen. Bei aller Kritik an der terminologischen Brüchigkeit scheint etwa die aktive Vermeidung von gesellschaftlicher Exklusion und Desintegration ein Aufhänger zu sein, an dem Soziale Arbeit im Wettstreit durchaus konkurrierender Vorstellungen die Notwendigkeit des eigenen Handelns unter Beweis zu stellen vermag.⁷ Mit dem eingangs skizzierten Anspruch dürfte klar sein, dass in dieser für die Gesellschaft immanent wichtigen Frage eine rein verwaltende Funktion nicht dem professionellen Ethos von Sozialer Arbeit entspricht.

Vom Verwalten zum Gestalten durch Beteiligung

Das oben beschriebene Dilemma ist so neu nicht, vielmehr verwundert es auf den ersten Blick, dass gerade heute angesichts der Brüche globalisierter Gesellschaften wie der deutschen über die Notwendigkeit von Repolitisierung sozialer Arbeit eher im kleinen Kreis niveauvoll debattiert, statt an den Orten der Lehre und Forschung hartnäckig und lautstark darüber gestritten wird, welche Konsequenzen diese Entwicklungen nach sich ziehen müssen.

Ein Blick zurück auf das Szenario der Entstehung der Profession Sozialer Arbeit mag dabei aufschlussreich sein.

7 *Roland Merten, Inklusion/Exklusion und Soziale Arbeit, in: Roland Merten/Albert Scherr (Hrsg.), Inklusion und Exklusion in der Sozialen Arbeit, Wiesbaden 2004, S. 116.*

Die Geschichte von Menschen, die sich den sozialen Problemlagen anderer gewidmet haben, geht weit zurück und ist mit vielen auch heute noch legendären Persönlichkeiten wie der heiligen Elisabeth verbunden. Zur Entwicklung der eigentlichen Profession Sozialer Arbeit brauchte es aber eines ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesses, der strukturell die familialen und andere tradierte Hilfesysteme als Auffangsysteme für bestimmte Gruppen von Menschen nicht mehr greifen ließ. Die der wachsenden Industrialisierung folgende Auflösung bisheriger Lebens- und Gemeinschaftsformen, das Entstehen der Industriestädte mit ihren Verelendungspotentialen waren die Paten des Berufes des Sozialarbeiters.

Vom normativen Auftrag her der Nächstenliebe zugewandt, galt es nunmehr mit wachsendem professionellem Anspruch, Menschen in Problemlagen Hilfen zu bieten, sich (wieder) arrangieren zu können. Ausgangspunkt der Hilfe war die individuelle Situation des Hilfebedürftigen, heute Hilfeplan genannt, der zwar die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen hatte, aber selbige nicht zur Disposition stellen konnte bzw. wollte. Daher und bis heute in den Studienplänen gut nachvollziehbar, sieht Soziale Arbeit ihren Auftrag in der Regel darin, dem problemhaft beschriebenen Menschen ausgerichtete Hilfeangebote zu verbessern und zu professionalisieren. Folgerichtig hat es dabei durchaus eindrucksvolle Zusammenarbeit, ja sogar Anleihen insbesondere mit und von therapeutisch ausgerichteten Disziplinen gegeben, von nicht wenigen aber auch kritisch als die Therapeutisierung der Sozialarbeit problematisiert. Ohne diese Auseinandersetzung hier näher zu diskutieren, ist aber unstrittig, dass andere wissenschaftliche Disziplinen von dem so verstandenen Auftrag her nur randständige Beachtung finden konnten.

Wenn nicht die Bedingungen, die Organisation und Gestaltung »des Sozialen« im Erkenntnisinteresse der Profession stehen, sondern die Frage, wie der Mensch in und mit der Gesellschaft leben kann, dann ist eben nur auf den ersten Blick – um weiter oben anzuknüpfen – die geringe politische Ausrichtung rätselhaft.

Der Grad der Politisierung Sozialer Arbeit ist aber auch nicht allein aus dem Grad der Parteilichkeit im Sinne des Eintretens für die betroffenen Menschen – des Klientel – abzuleiten. Ganz im Gegenteil dazu können und haben bestimmte Sichten von Parteilichkeiten den klaren Blick auf das Politische arg trüben lassen.

Eher ist es wohl – wie oben skizziert – eine Frage des Selbstverständnisses der Sozialen Arbeit selber. Kann sie weiterhin in der

Verfeinerung ihrer Methoden und ihres Werkzeugkastens die individuellen Anpassungsleistungen von und mit Menschen erreichen, die sie letztlich – wie zähneknirschend auch immer – traditionell als Auftrag entgegengenommen hat? Ich denke, sie kann dies im Zeichen von Gesellschaften, die im Spannungsfeld von Globalisierung und Fragmentarisierung stehen, immer weniger.

Der Grad von Auflösung und Disfunktionalität bisheriger Sozialisationsinstanzen: Familie, Schule, Gemeinwesen, Arbeit, nicht zuletzt bedingt durch den Rückzug des Staates aus seiner Gestaltungsfunktion, hat ein Ausmaß erreicht, das einerseits das Bild forciert, die Menschen entweder in toto zum Klientel zu bestimmen (eine schreckliche Vorstellung) oder sich aber als Profession selbst endlich auch als Gestalter von Gesellschaft in den Blick zu nehmen.

Solche Gestalter finden sich in den Praxisfeldern Sozialer Arbeit schon heute, in der Sozialwirtschaft bei Freien Trägern, aber auch im öffentlich-rechtlichen und gewerblichen Bereich. Interessanterweise sind darunter durchaus auch Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, aber in nicht unerheblicher Zahl auch Menschen anderer Profession, wie Wirtschaftler, Soziologen, Politologen, Gesundheits- und Pflegewissenschaftler, um nur einige zu benennen. Sie haben in der Regel Leitungsaufgaben, in denen nur sehr bedingt ihre Studienkenntnisse hilfreich sind. Sie gestalten dabei nicht nur Organisationen der Sozialen Arbeit mit ihren komplizierten Finanzierungsströmen und personalintensiven Arbeitsstrukturen, sie sind darüber hinaus auch Gestalter von sozialer Realität in der Integration Benachteiligter, in der elementaren Bildung in Kindertagesstätten bis hin zur wirtschaftlichen Produktion, um hier nur die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen zu benennen.

So verstanden kann sich Soziale Arbeit nicht mehr als reiner Verwalter sozialer Problemlagen verstehen, der sich im individuellen Reagieren auf die Notlagen betroffener Menschen erschöpft. Soziale Arbeit bezieht vielmehr die Frage, mehr noch die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Gestaltung in ihren Wirkungskreis konsequent mit ein. Wenn sie dieses tut, ergibt sich aus den komplexen Problemlagen und Lösungsaufgaben, die interdisziplinäres Agieren erfordern, letztlich projektorientierte Arbeits- bzw. Herangehensweisen, die es zu erlernen und einzuüben gilt.

An einem leicht zu übertragenden Beispiel aus Thüringen, mit dem sich der PARITÄTISCHE konfrontiert sieht, möchte ich dies etwas näher erläutern: der allgegenwärtigen demografischen Herausforderung.

Die Kerndaten der demografischen Entwicklung für Thüringen stehen seit längerem fest, sie sind weit dramatischer, als wir sie aus den westlichen Bundesländern kennen, da sie zusätzlich den kontinuierlichen Abgang von vielen jungen, besonders leistungsfähigen Menschen zu berücksichtigen hat, die nur sehr bedingt attraktive Arbeitsplätze in Thüringen finden werden. Zudem aber werden der absolute Rückgang und die relative Alterung der Gesellschaft regional sehr unterschiedlich sein. Vereinfacht beschrieben wird in der Fläche und in Ostthüringen die Bevölkerungszahl stark zurückgehen, entlang der Magistrale der A4, der »Perlenkette« der großen Städte, werden deutlich geringere Schrumpfungen bis hin zu leichtem Wachstum prognostiziert. Nun wäre zu erwarten, dass Politik in Anbetracht dieser wohl nur marginal zu korrigierenden Prognose die notwendigen Planungsschritte einleitet, um sich auf die letztlich sehr schnelle Entwicklung einzustellen bzw., da wo möglich (Stichwort Abwanderung), auch etwas gegenzusteuern.

Aber weit gefehlt! Eine von vielen als dringend notwendig angesehene Gebietsreform, die lebensfähige Planungsräume gestalten müsste, wird nicht in Angriff genommen, die Diskussion um die harschen Konsequenzen aus den Zahlen zunächst in die Hinterstufen verwiesen. Und die soziale Infrastruktur?

Sie wird im nun endlich vorliegenden Demografiebericht der Thüringer Landesregierung nur am Rande behandelt und in den Raumordnungsplänen und den dazugehörigen Versammlungen zwar erwähnt, aber nicht mit Daten belegt. Dabei liegt es auf der Hand, dass die soziale Infrastruktur den ländlichen Bereich mit der sonstigen Bevölkerungsplanung und -politik in Einklang bringen muss, z. B. Einzugsgebiete der Sozialstationen, die Entwicklung bei den stationären Einrichtungen der Pflege, der Behindertenhilfe etc. Wenn auch Politik nicht nach den Einschätzungen und Plänen der Sozialwirtschaft fragt, so ist selbst dann, wenn das Problembewusstsein für Planung an dieser Stelle steigt, die Planung selbst noch nicht geleistet und die Aussagen valide. Denn wer plant mit welcher Kompetenz? Nur die Jugendhilfeplanung ist durch ihre gesetzliche Verankerung im SGB VIII in den Köpfen der Entscheider, die öffentlichen Träger wie die Landkreise betreiben Sozialplanung nur fragmentarisch und auf sehr unterschiedlichem Niveau; das Land mit dem Sozialministerium sieht sich paradoxerweise nicht als aktiver Planer. Aber auch die Freien Träger, die dem Alltagsgeschäft verhaftet sind, forcieren nicht den Gestaltungsauftrag, von den notwendigen, aber fehlenden Ressourcen ganz zu schweigen.

Mit dem Kompetenzzentrum Demografie, das die Liga der Freien Wohlfahrtspflege unter maßgeblicher Vorarbeit des PARITÄTISCHEN konzipiert hat, wird eine Antwort auf das beschriebene Dilemma gesucht. Ein solches Zentrum hätte die Aufgabe, die Erfahrungen und Kompetenzen der Sozialwirtschaft projektorientiert mit den Planungsebenen der Raumplanung, Wirtschaftsplanung, Jugendhilfeplanung und natürlich von vorhandener Sozialplanung im öffentlichen Raum in ergebnisorientierte Arbeitszusammenhänge zu binden. Ziel ist es, für diesen Bereich kontinuierliche Politikberatung auf den verschiedenen Ebenen zu realisieren und damit kostspielige und ineffektive Fehlentscheidungen zu minimieren, eine landesseitige Beteiligung an der Finanzierung ist vorgesehen.

Der am Demografiebeispiel beschriebene Gestaltungsauftrag wird in der verbandlichen Arbeit darüber hinaus im Feld »Bürgerchaftliches Engagement« wie in Qualifikationsprofilen und Projekten auf der Fachkräfteebene umgesetzt. Überall dort fordert er aber zwingend den projektorientierten interdisziplinären Ansatz.

Solcherart verstandene Repolitisierung orientiert sich an gesellschaftlichen Lösungsstrategien, in denen richtig verstandene Parteilichkeit das nötige normative Element reichen kann.

Gemeinwesenarbeit in Thüringen

Gemeinwesenarbeit als Methode Sozialer Arbeit bietet die Möglichkeit, auf lokaler Ebene einen partnerschaftlichen Ausgleich zwischen privater, staatlicher und wohlfahrtsverbandlicher Initiative möglich zu machen. Mit ihrer Hilfe kann die Lebensqualität gesteigert, die Entstehung sozialer Probleme vermieden oder ihr Umfang reduziert werden. Zugleich können im Rahmen der Gemeinwesenarbeit Demokratie fördernde Prozesse in Gang gesetzt werden. Voraussetzung für eine erfolgreiche Implementierung von Gemeinwesenarbeit ist, dass sie sich politisch und sozialplanerisch in den Kommunen verankern lässt.

Gemeinwesenarbeit als Methode sozialer Arbeit spielte bislang in Thüringen kaum eine Rolle. Erst mit den Projekten »Soziale Stadt« entstanden einige wenige und dazu zeitlich befristete Stadtteilbüros und es wurden erste QuartiersmanagerInnen eingestellt. Weder die handelnden Akteure in den Thüringer Kommunen noch im Sozialministerium haben bislang die Gemeinwesenarbeit konzip-

tionell in ihre planerischen Aktivitäten oder selbst gestalteten Förderprogramme einbezogen. Dabei hat gerade ein gutes Stadtteilmanagement das Potential, ein partnerschaftliches Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Akteuren zu erzeugen, die Entstehung sozialer Probleme zu vermeiden oder zumindest zu reduzieren und zugleich Demokratie fördernde Prozesse in Gang zu setzen. Denn anders als die klassische Einzelfallhilfe oder die Zielgruppenarbeit nimmt die Gemeinwesenarbeit nicht nur die Träger eines sozialen Problems, sondern einen ganzen Stadtteil, eine Kleinstadt oder ein Dorf in den Blick mit dem Ziel, die Lebensqualität zu steigern sowie möglichst viele BewohnerInnen in die Veränderungsprozesse zu integrieren.

Veränderungsperspektiven

Die Gemeinwesenarbeit hat Potentiale, vor Ort Antworten auf die seit längerem andauernde Krise des Sozialstaates zu geben. Warnfried Dettling⁸ etwa beschreibt die notwendigen Veränderungen im Verständnis von Solidarität als die von einer »Verantwortung für alle« zu einer »Verantwortung von allen«. Die Annahme, dass (fast) jeder auch etwas zur Lösung der Probleme des Sozialraums beitragen kann, ist eine wichtige Basis für erfolgreiche Gemeinwesenarbeit. Dies gilt auch für Menschen, die in erheblichem Umfang der Unterstützung bedürfen, um mit individuellen Handicaps zu leben. Dass es gelingen kann, im Rahmen der Gemeinwesenarbeit Selbsthilfepotentiale der Bewohner eines Stadtteils oder einer Gemeinde zu mobilisieren und für Veränderungen im eigenen Umfeld zu aktivieren, zeigen bundesweit zahlreiche Praxisbeispiele.⁹ Im Rahmen der Projekte Soziale Stadt werden solche positiven Erfahrungen auch für Thüringen beschrieben.¹⁰

Soziale Probleme lassen sich in einer modernen Gesellschaft am besten lösen, wenn möglichst viel Selbstorganisation zugelassen wird. Dies gelingt, wenn die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Sozi-

8 *Warnfried Dettling*, Die Stadt und ihre Bürger. Neue Wege in der kommunalen Sozialpolitik, Gütersloh 2001.

9 *Joachim Romppel/Rosemarie Lüters*, Erfolgsgeschichten der Gemeinwesenarbeit, Bonn 2005.

10 *Frank Eckardt*, Die Soziale Stadt in Thüringen, Marburg 2004.

alraum – ihrem Stadtteil, ihrer Stadt oder Gemeinde – Verantwortung übernehmen und Eigeninitiative entfalten. Möglich ist das, wenn Staat und Kommune einerseits den Raum für Beteiligung lassen und andererseits die nötige Unterstützung für Aktivierung und Koordination bereitstellen.

Auch da, wo Gemeinwesenarbeit stattfindet, wurde der Begriff Gemeinwesenarbeit bislang in der Sozialen Arbeit in Thüringen kaum genutzt. Er muss für die aktuellen Herausforderungen neu geprägt und besetzt werden. Gemeinwesenarbeit zielt heute nicht mehr nur auf die ausgegrenzten und schwächeren Menschen in der Gesellschaft, sondern nimmt ein Wohngebiet mit all seinen Bewohnerinnen und Bewohnern in den Blick. Gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit geht nicht nur vom Einzelfall und seinen Defiziten aus. Sie fragt nach den Potentialen und Ressourcen bei den Menschen und ihrem Sozialraum. Ziel ist es, gemeinsam Veränderungen hin zu mehr Lebensqualität herbeizuführen.

PARITÄTISCHE Aktivitäten

Der PARITÄTISCHE Thüringen fördert in den Sozialräumen den Aufbau von Unterstützungsstrukturen und neuen Netzen wie Selbsthilfegruppen, generationenübergreifenden Freiwilligendiensten, Seniorenbegleitern und Mehrgenerationenhäusern. So wurde in der Landesgeschäftsstelle eine »Werkstatt Gemeinwesenarbeit« eingerichtet, die an der Verankerung der Gemeinwesenperspektive in der fachlichen Arbeit des PARITÄTISCHEN arbeitet. Ziel ist es, das Thema kontinuierlich zu bedienen und die Mitgliedsorganisationen bei der Neuausrichtung ihrer Arbeit zu unterstützen. Neben der ressortübergreifenden Vernetzung soll insbesondere auch die Weiterentwicklung der lokalen Ökonomie in den Blick genommen werden.

Angebote zur Unterstützung von freiwilligem Engagement und Selbsthilfe durch institutionalisierte Gemeinwesenarbeit können sein:

- Bereitstellen von Räumen, Technik und praktischer Hilfe,
- Anregung der Gründung von (Selbsthilfe-)Gruppen, Projekten und Initiativen,
- Vermittlung von Kontakten, Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit, Beschaffung finanzieller Mittel,

- Information, Beratung und Vermittlung von Engagementbereiten und Hilfesuchenden,
- Erschließung von neuen Feldern für freiwilliges Engagement.

Institutionalisierte Gemeinwesenarbeit kann als Motor bei der Entwicklung von Strategien zur Aktivierung fungieren. Ein wichtiges Ziel ist es dabei, Teilhabechancen für von Ausgrenzung bedrohte Bevölkerungsgruppen vor Ort zu sichern und zu erweitern. Freiwilliges Engagement mobilisiert zusätzliche Kapazitäten für wünschenswerte Veränderungsprozesse. Damit können sowohl die Qualität wie auch der Umfang von Leistungen und Angeboten freier Träger im Stadtteil verbessert werden.

Um diese Ziele zu erreichen, wird es erforderlich sein, die Stadtteilbüros und Bürgerzentren zur Vernetzung anzuregen. In die Arbeit der überörtlichen Vernetzung von Gemeinwesenarbeitsprojekten in Thüringen kann die Freie Wohlfahrtspflege ihre sozialwirtschaftliche und sozialpolitische Perspektive sowie ihre Erfahrungen mit der Engagementförderung einbringen. Im Gegenzug kann die Freie Wohlfahrtspflege von Erfahrungen der Bürgerbeteiligung und des projektbezogenen Engagements aus den Projekten Soziale Stadt profitieren.

Mit einer ersten Fachtagung in Thüringen zur Gemeinwesenarbeit konnte der PARITÄTISCHE im Juni 2006 in Erfurt gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung einen wichtigen Impuls für die fachliche Weiterentwicklung Sozialer Arbeit in Thüringen geben.

Ausblick

Der PARITÄTISCHE und seine Mitgliedsorganisationen unterstützen die Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebenswelten durch Aktivierung der Ressourcen vor Ort. Bezogen auf die Sozialräume, die durch Armut und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, bedeutet diese Orientierung beispielsweise die Erschließung materieller Ressourcen, Aufbau von Initiativen und Begegnungsmöglichkeiten, Aus- und Aufbau der sozialen Infrastruktur und nicht zuletzt auch die lokalpolitische Aktivierung.

Um den Bedürfnissen der lokalen Akteure Rechnung zu tragen, bietet der Ansatz der Gemeinwesenarbeit Handlungsstrategien zur Vernetzung auf kommunaler Ebene und im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Für diese Vernetzung stehen Kooperatio-

nen zwischen der lokalen Wirtschaft, Verwaltung und dem Dritten Sektor sowie Absprachen darüber, wie freiwillige Tätigkeiten der Menschen vor Ort gefördert werden können. Hierfür braucht es Rahmenbedingungen, die der PARITÄTISCHE mit den Mitgliedsorganisationen in seinen Kreisgruppen weiter entwickeln will.

Schlüsselkompetenz »Politische Lobbyarbeit« in der Sozialen Arbeit

Neu ist die Analyse nicht: Der finanzielle Druck auf die Anbieter sozialer Dienstleistungen steigt und setzt diese zunehmend unter legitimatorischen Druck. Schon lange müssen soziale Organisationen ihren Outcome, also den Effekt ihrer Arbeit, unter Beweis stellen und mithilfe von Öffentlichkeitsarbeit um die Existenz ihrer Angebote kämpfen. Mit neuen Methoden (z. B. Fundraising, Public-Privat-Partnership oder Corporate Citizenship) qualifizieren sich die Organisationen für eine Existenzsicherungsstrategie jenseits von öffentlichen Zuwendungen.

Die Folgen dieses Wandels in der Finanzierung des Wohlfahrtsystems haben jedoch auch Auswirkungen auf die Kompetenzprofile, die von einem professionellen Management erwartet werden können. Professionelle Leitung muss nicht nur stark ausgeprägte fachliche Fähigkeiten besitzen, sondern gleichzeitig auch strategisch die wirtschaftliche und politische Logik der eigenen Arbeit erfassen und entsprechend handeln¹¹ – Managementkompetenzen sind gefragt.

In der Praxis wird deshalb von Führungskräften die qualifizierte Einmischung in politische Diskussionsprozesse, aktiver Lobbyismus sowie der Aufbau von engen Partnerschaften mit den Entscheidern in der Politik – kurzum: effektive Netzwerkarbeit – erwartet. Dabei unterscheidet sich politische Lobbyarbeit von in der Sozialen Arbeit Tätigen in einem Punkt erheblich von der anderer Wirtschaftszweige: Sie hat den Interessen der Klienten zu folgen, d. h. sie muss die Bedürfnisse der Klientel in den politischen Kontext einbringen und steht gleichzeitig vor dem Dilemma, im Handlungsauftrag des Sozialstaates zu arbeiten und für diese Aufgabe auch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen. Da sich an dieser Stelle Inte-

11 Vgl. *Armin Währle*, Professionelle Soziale Arbeit braucht ein professionelles Management, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 5/2005, S. 190–194.

ressenvertretung für das Klientel, der Auftrag der Politik und professionseigene Interessen vermischen und oft widersprechen, ist politische Arbeit ein schwieriges Unterfangen mit vielen Anforderungen an die Akteure.

Ausgangslage und Funktionen von Lobbyarbeit

Während politische Lobbyarbeit in der Praxis von Sozialarbeitern zunehmend zeitlichen Raum einnimmt, stellt der PARITÄTISCHE in seiner Dachverbandsarbeit fest, wie schwer vielen Akteuren in sozialen Organisationen konkrete politische Lobbyarbeit fällt. Woran liegt das? Selbst hoch qualifizierte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit Universitäts- oder Fachhochschuldiplom sind mit Methoden politischer Lobbyarbeit nicht vertraut. Die Notwendigkeit und der Auftrag zur gezielten Einmischung werden nicht erkannt bzw. der eigene Einfluss unterschätzt. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gehen in ihrer Selbstwahrnehmung nicht davon aus, dass sie per se politisch handeln. Dieser Reflektionsfehler mischt sich mit weit verbreiteten Vorurteilen. Noch immer haftet »dem Politischen« der Makel des Unredlichen und Willkürlichen an – ein Bereich, mit dem man möglichst nichts zu tun haben möchte. Dabei ist Lobbyismus in einem demokratischen System ein sinnvoller Prozess, da er die politischen Interessenvertreter kontrolliert und Meinungen von Bevölkerungsgruppen mit ähnlichen Interessen bündelt, um Politik zu beraten, auf Missstände hinzuweisen bzw. der eigenen Klientel Teilhabe zu ermöglichen. Soziale Arbeit wird nach wie vor als Ausführungsorgan von Politik statt als aktiver Politikgestalter wahrgenommen, obwohl es dazu keinen Anlass geben müsste: Die Sozialwirtschaft ist seit Jahren eine der wenigen Wachstumsbranchen und könnte sich unter Berücksichtigung ihrer Ressourcen wie vergleichbare andere große Wirtschaftszweige entsprechend organisieren.

Schlüsselkompetenz Lobbyarbeit

Auch Lobbyarbeit will gelernt sein. Neben der Kenntnis um politische Entscheidungsprozesse ist die Fähigkeit zielgruppengerechter Kommunikation der entscheidende Erfolgsfaktor. Der Notwendigkeit an methodischem Rüstzeug für die eigene Lobbyarbeit stehen jedoch keine adäquaten Ausbildungsinhalte gegenüber, wie sie in den Curricula von Fachhochschulen und Universitäten zu finden sein müssten. Selbst in den neu konzipierten Bachelor- und Master-

studiengängen findet die politische Arbeit keine Berücksichtigung, obwohl sich der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) in seinem Diskussionspapier »Schlüsselkompetenzen für Sozialarbeiter« für dieses Themenfeld öffnet – es jedoch mit den nicht unteretzten Feldern »Grundlagen des politischen Systems in der BRD, Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten in der Politik [... sowie] Soziale Arbeit als politisches Handeln«¹² nur grob bedient. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich der DBSH mit seinem Schlüsselkompetenz-Papier eine größere gesellschaftliche und politische Anerkennung erhofft, die mit einer Stärkung der eigenen Profession einhergeht – also selbst Lobbyismus für seine Berufsgruppe betreibt. Es bleibt festzuhalten, dass professionellen Helfern Kompetenzen fehlen, die für ihre berufliche Zukunft wichtig sind.

Handlungsfelder

Dass Lobbyarbeit nicht schwer sein muss, zeigen die Erfahrungen, die der PARITÄTISCHE Thüringen im Austausch mit den Kreisgruppensprecherinnen und -sprechern sammelt. Diese »managen« ehrenamtlich die PARITÄTISCHEN Kreisgruppen, welche aus den PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisationen, die in einem Landkreis bzw. einer kreisfreien Stadt existieren, bestehen. Die Kreisgruppen bilden ein lokales Netzwerk auf kommunaler bzw. Landkreisebene, das vom Landesverband unterstützt wird.

Politische Lobbyarbeit ist vor allem strategische, d. h. geplante Arbeit. Aus unseren Erfahrungen heraus können drei Strategien die Lobbyarbeit vor Ort fördern:

1. Am Informationsfluss bleiben – Kontakt suchen!
 - Die relevanten Ausschüsse (z. B. Jugendhilfe- oder Sozialausschuss) besetzen, was auch als beratender Bürger möglich ist;
 - Tagesordnungen der Ausschüsse regelmäßig beschaffen;
 - Zusammenarbeit mit der Verwaltung entwickeln und diese auch an den Ergebnissen und Herausforderungen der eigenen Arbeit teilhaben lassen;

12 Vgl. *Friedrich Maus/Dieter Röh*, Schlüsselkompetenzen der Sozialen Arbeit: Diskussionspapier, in: Deutscher Berufsverband für Sozialarbeit e. V. (Hrsg.) 2005, online: http://www.agj.de/pdf/3-3/schluessselkompetenzen_dbsh, S. 28 ff.

- in vorhandenen Netzwerken eine Liste mit Kontaktpflegern erstellen (»Wer kümmert sich um wen?«).
2. Präsenz zeigen!
 - Jubiläen als Anlass zur öffentlichen Präsentation nutzen;
 - Vorstellung der Vernetzungsgruppe in Medien und kommunaler Öffentlichkeit;
 - Anlässe nutzen, um Themen und Positionen der Vernetzungsgruppe zu platzieren.
 3. Lösungen anbieten!
 - Hilfslosigkeit der Politik nutzen und selbst Lösungsvorschläge anbieten;
 - Vorteile für den Gesprächspartner herausarbeiten: Lobbyarbeit ist nur mit win-win-Strategie erfolgreich;
 - Argumente für eine fundierte Sozialpolitik (z. B. Sozialbilanz) liefern.

Fazit

Die freie Wohlfahrtspflege bestreitet einen schwierigen Weg, indem sie sich als politischer Gestalter profiliert und Lösungsvorschläge für gesellschaftliche Problemlagen liefern muss. Die Kunst besteht darin, politische Interessen der Klienten aktiv aufzunehmen und gleichzeitig den Dialog mit der Politik nicht zu gefährden.

Die größte Herausforderung für einen Prozess der Repolitisierung Sozialer Arbeit wird jedoch darin bestehen, die eigene Profession von der Notwendigkeit planvoller politischer Einmischung und der Aneignung entsprechender Kompetenzen zu überzeugen. Dies muss Auswirkungen auf die Ausbildung und das berufliche Selbstverständnis haben. Allein ist diese Aufgabe nicht zu bewältigen. Mit Blick auf die Gemeinwesenarbeit wird es darauf ankommen, das gesamte Methodenspektrum Sozialer Arbeit den aktuellen Anforderungen anzupassen und zu nutzen. Dazu ist es notwendig, Bündnisse mit anknüpfenden Professionen zu entwickeln und ein gemeinsames Sprachverständnis zu pflegen.

Autorin und Autoren

Christian Beck, Dipl.-Theol., Dr. phil., Professor und Betreuer des Studienschwerpunktes »Internationale/interkulturelle soziale Arbeit« an der Katholischen Universität Eichstätt

Thomas Engemann, Dipl.-Politologe und Sozialmanager, Referent für bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Thüringen e.V.

Jörg Fischer, Dipl.-Sozialpädagoge/Sozialarbeiter, Dr. phil., Leiter der EQUAL-Koordinierungsstelle »Gemeinwohlarbeit wird Jobchance« bei der parisat gGmbH

Manfred Lallinger, Soziologe und Politologe M.A., Dr. phil., Referent an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, vertritt den Arbeitsschwerpunkt Gesellschaft und Sozialpolitik

Roland Merten, M.A., Dr. phil., Professor für Sozialpädagogik und außerschulische Bildung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Albert Mühlum, Dr. phil., Professor für Sozialpolitik, Sozialethik und Sozialarbeitswissenschaft an der Fachhochschule Heidelberg, Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg

Reinhard Müller, Dipl.-Politologe und -Pädagoge, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Thüringen e.V.

Chantal Munsch, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Wohlfahrtswissenschaften an der Technischen Universität Dresden

Michael Opielka, Dipl.-Päd., Dr. rer. soc., Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena, Lehrbeauftragter an der Universität Bonn

Günter Rieger, Dipl.-Soz.-Päd., M.A., Dr. phil., Professor für Sozialarbeitswissenschaft und Methoden an der Berufsakademie Stuttgart

Christian Stark, Dipl.-Sozialarbeiter, Mag., Dr. phil., Dozent am Studiengang Sozialarbeit an der Fachhochschule Linz

Wolfgang Volkmer, Dipl.-Sozialpädagoge/Sozialarbeiter, persönlicher Referent des Landesgeschäftsführers im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Thüringen e.V.

Hohenheimer Protokolle

- 1 Ethik und Kommunikation
Telekommunikation – ein Fortschritt für den Menschen?
Hohenheimer Medientage 1979
Stuttgart 1979 – 87 Seiten
- 2 Arbeitszeitverkürzung – aber wie?
Stuttgart 1979 – 139 Seiten
- 3 Armut im Alter?
Eine soziale Herausforderung
Stuttgart 1980 – 111 Seiten
- 4 Ethik und Kommunikation
Vom Ethos des Journalisten
Hohenheimer Medientage 1980
Stuttgart 1980 – 103 Seiten
- 5 Mehr soziale Psychiatrie – aber wie?
Modelle – Konzepte – Probleme
Stuttgart 1981 – 116 Seiten
- 6 Ethik und Kommunikation
Fernsehbild und Wirklichkeit
Hohenheimer Medientage 1981
Stuttgart 1982 – 126 Seiten
- 7 Vorbedingungen für das Funktionieren der Marktwirtschaft
Stuttgart 1981 – 130 Seiten
- 8 Unser Bildungs- und Beschäftigungssystem
Bildungspolitik zwischen Nachfrage und Bedarf
Stuttgart 1981 – 102 Seiten
- 9 »Friede den Menschen auf Erden«
Läßt sich der Frieden sichern?
Stuttgart 1982 – 98 Seiten
- 10 Wohnbedürfnisse und Wohnmöglichkeiten
Eine ethische und politische Herausforderung
Stuttgart 1982 – 75 Seiten
- 11 Geht die Arbeit aus?
Industriegesellschaft in der Krise
Stuttgart 1983 – 98 Seiten

- 12 Macht der Verführung
Sprache und Ideologie des Nationalsozialismus
Stuttgart 1983 – 114 Seiten
- 13 Der Lehrer – Beruf, Rolle, Ethos
Hohenheimer Symposion zur christlichen Pädagogik 1983
Stuttgart 1983 – 156 Seiten
- 14 Ethik und Kommunikation
Mehr Integration durch neue Medien?
Hohenheimer Medientage 1982
Stuttgart 1984 – 88 Seiten
- 15 Der Schüler
Hohenheimer Symposion zur christlichen Pädagogik 1984
Stuttgart 1984 – 165 Seiten
- 16 Telekommunikation in einer demokratischen Gesellschaft
Hohenheimer Medientage 1984
Stuttgart 1985 – 144 Seiten
- 17 Laboratorium Salutis
Beiträge zu Weg, Werk und Wirkung des Philosophen
Ernst Bloch (1885–1977)
Stuttgart 1986 – 75 Seiten
- 18 Ausdrucksgestaltungen des Glaubens
Zur Frage der Lebensbedeutung der Sakramente
Stuttgart 1986 – 91 Seiten
- 19 Technik
Fortschritt in Verantwortung und Freiheit?
Hrsg.: Jochem Gieraths
Stuttgart 1986 – 91 Seiten
- 20 Zukunft der Wirtschaft, Zukunft der Arbeit
Überlegungen zu einer ethischen Gestaltung
Stuttgart 1986 – 169 Seiten – ISBN 978-3-926297-00-6
- 21 Eva – Verführerin oder Gottes Meisterwerk?
Philosophie- und theologiegeschichtliche Frauenforschung
Hrsg.: Dieter R. Bauer/Elisabeth Gössmann
Stuttgart 1987 – 172 Seiten – ISBN 978-3-926297-01-3

- 22 Max Josef Metzger
Auf dem Weg zu einem Friedenskonzil
Hrsg.: Rupert Feneberg/Rainer Öhlschläger
Stuttgart 1987 – 83 Seiten – ISBN 978-3-926297-02-0
- 23 Technologie und Bildung
Hohenheimer Symposion zur Christlichen Pädagogik 1987
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1987 – 114 Seiten – ISBN 978-3-926297-05-1
- 24 Alltagskultur in Fernsehserien
Hohenheimer Medientage 1986
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 1987 – 113 Seiten – ISBN 978-3-926297-06-8
- 25 »... und muß nun rauben lassen ...«
Zur Auflösung schwäbischer Klosterbibliotheken
Hrsg.: August Heuser
Stuttgart 1988 – 91 Seiten – ISBN 978-3-926297-08-2
- 26 Das Christusbild im Menschenbild
In memoriam Roland Peter Litzener
Hrsg.: August Heuser
Stuttgart 1988 – 79 Seiten – ISBN 978-3-926297-10-5
- 27 Wirtschaftliche Gerechtigkeit aus der Sicht des Glaubens
Die deutsche Diskussion über ein amerikanisches Hirtenwort
Hrsg.: Paul Dingwerth/Rainer Öhlschläger/Bruno Schmid
Stuttgart 1988 – 210 Seiten – ISBN 978-3-926297-11-2
- 28 Gelegen oder ungelegen – Zeugnis für die Wahrheit
Zur Vertreibung des Rottenburger Bischofs im Sommer 1938
Hrsg.: Dieter R. Bauer/Abraham Peter Kustermann
Stuttgart 1989 – 141 Seiten – ISBN 978-3-926297-15-0
- 29 Sprachloser Glaube
Hohenheimer Symposion zur Christlichen Pädagogik 1988/89
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1990 – 256 Seiten – ISBN 978-3-926297-17-4
- 31 Den Andern denken
Philosophisches Fachgespräch mit Emmanuel Levinas
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1991 – 203 Seiten – ISBN 978-3-926297-22-8

- 32 Professionalität und Profil
Essentials eines engagierten Journalismus
Hohenheimer Medientage 1989
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 1990 – 101 Seiten – ISBN 978-3-926297-20-4
- 33 Weibs-Bilder
Was Medien aus Frauen machen
Hrsg.: Dieter R. Bauer/Birgit Volk
Stuttgart 1991 – 113 Seiten – ISBN 978-3-926297-27-3
- 34 Eine Kirche – ein Recht?
Kirchenrechtliche Konflikte zwischen Rom und den
deutschen Ortskirchen
Hrsg.: Richard Puza/Abraham P. Kustermann
Stuttgart 1990 – 219 Seiten – ISBN 978-3-926297-29-7
- 35 Gottes Wort in der Sprache der Zeit
10 Jahre Einheitsübersetzung der Bibel
Hrsg.: Gebhard Fürst
Stuttgart 1990 – 124 Seiten – ISBN 978-3-926297-24-2
- 36 Helenas Exil
Albert Camus als Anwalt des Griechischen in der Moderne
Hrsg.: Heinz Robert Schlette/Franz Josef Klehr
Stuttgart 1991 – 163 Seiten – ISBN 978-3-926297-33-4
- 37 Die Kirchen und die deutsche Einheit
Rechts- und Verfassungsfragen zwischen Kirche und Staat
im geeinten Deutschland
Hrsg.: Richard Puza/Abraham Peter Kustermann
Stuttgart 1991 – 179 Seiten – ISBN 978-3-926297-34-1
- 38 Unter dem Musikteppich
Die Musiken der Alltagskulturen
Hohenheimer Medientage 1990
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 1992 – 109 Seiten – ISBN 978-3-926297-35-8
- 39 Wechselbekenntnisse
Auf dem Weg zur Normalität
Aus einer Ost-West-Begegnung in turbulenter Zeit
Hrsg.: Gebhard Fürst/August Heuser/Rainer Öhlschläger
Stuttgart 1992 – 257 Seiten – ISBN 978-3-926297-37-2

- 40 Gespräch mit Waldorfpädagogen
Hohenheimer Symposion zur Christlichen Pädagogik 1990
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1992 – 160 Seiten – ISBN 978-3-926297-38-9
- 41 Russische religiöse Philosophie
Das wiedergewonnene Erbe: Aneignung und Distanz
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1992 – 187 Seiten – ISBN 978-3-926297-43-3
- 42 Christliche Erziehung in multikultureller Gesellschaft
Hohenheimer Symposion zur Christlichen Pädagogik 1991/92
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1993 – 247 Seiten – ISBN 978-3-926297-45-7
- 43 Politik populär machen
Hohenheimer Medientage 1992
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Siegfried Frech
Stuttgart 1993 – 124 Seiten – ISBN 978-3-926297-46-4
- 44 Namen, Texte, Stimmen
Walter Benjamins Sprachphilosophie
Hrsg.: Thomas Regehly unter Mitarbeit von Iris Gniosdorsch
Stuttgart 1993 – 179 Seiten – ISBN 978-3-926297-47-1
- 45 Der Rat als Quelle des Ethischen
Zur Praxis des Dialogs
Hrsg.: Werner Stegmaier/Gebhard Fürst
Stuttgart 1993 – 183 Seiten – ISBN 978-3-926297-50-1
- 46 Brücken zu Eugen Drewermann
Hrsg.: Gebhard Fürst
Stuttgart 1993 – 145 Seiten – ISBN 978-3-926297-51-8
- 47 Neue Beiträge zur Paracelsus-Forschung
Hrsg.: Peter Dilg/Hartmut Rudolph
Stuttgart 1995 – 202 Seiten – ISBN 978-3-926297-53-2
- 48 Erziehung aus Erinnerung
Pädagogische Perspektiven nach Auschwitz
Hrsg.: Franz-Michael Konrad/Reinhold Boschki/
Franz Josef Klehr
Stuttgart 1995 – 165 Seiten – ISBN 978-3-926297-54-9

- 49 Kommerz kontra Kultur?
Europäischer Medienmarkt und kulturelle Identitäten
Hohenheimer Medientage 1993
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 1995 – 125 Seiten – ISBN 978-3-926297-55-6
- 50 Der Camus der fünfziger Jahre
Hrsg.: Franz Josef Klehr/Heinz Robert Schlette
Stuttgart 1997 – 95 Seiten – ISBN 978-3-926297-62-4
- 51 Zäsur
Generationswechsel in der katholischen Theologie
Hrsg.: Gebhard Fürst
Stuttgart 1997 – 137 Seiten – ISBN 978-3-926297-66-2
- 52 Lateinamerika: die ungerechte Gesellschaft
Hrsg.: Manfred Mohls/Rainer Öhlschläger
Stuttgart 1997 – 143 Seiten – ISBN 978-3-926297-67-9
- 53 Michael C. Hermann:
Medienraum Bodensee
Zum Integrationspotential der Massenmedien
Stuttgart 1998 – 264 Seiten – ISBN 978-3-926297-73-0
- 54 Medienpolitik in gesellschaftlicher Verantwortung
Welche Handlungsoptionen gibt es (noch)?
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 2000 – 91 Seiten – ISBN 978-3-926297-81-5
- 55 Theodor Haecker (1879–1945)
Verteidigung des Bildes vom Menschen
Hrsg.: Gebhard Fürst/Peter Kastner/Hinrich Siefken
Stuttgart 2001 – 126 Seiten – ISBN 978-3-926297-82-2
- 56 Zwangsarbeit in der Kirche
Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung
Hrsg.: Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel
Stuttgart 2001 – 326 Seiten – ISBN 978-3-926297-83-9
- 57 Die Lehre von der Rechtfertigung des Gottlosen im kulturellen
Kontext der Gegenwart
Beiträge im Horizont des christlich-jüdischen Gesprächs
Hrsg.: Hans Martin Dober/Dagmar Mensink
Stuttgart 2002 – 201 Seiten – ISBN 978-3-926297-86-0

- 58 Zwangsarbeiter in der Diözese Rottenburg 1939–1945
 Erarbeitet von Annette Schäfer mit einem Überblick zum Stand
 der Nachforschungen von Stephan M. Janker
 Hrsg.: Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäfti-
 gung von Fremd- bzw. Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrich-
 tungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart
 Stuttgart 2002 – 370 Seiten – ISBN 978-3-926297-87-7
- 59 Kirche im Konjunktiv – Akademie im Präsens
 50 Jahre Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
 Hrsg.: Abraham Peter Kustermann
 Stuttgart 2003 – 173 Seiten – ISBN 978-3-926297-88-4
- 60 Herausforderung Islam
 Anfragen an das christliche Selbstverständnis
 Theologisches Forum Christentum – Islam
 Hrsg.: Hansjörg Schmid/Andreas Renz/Jutta Sperber
 Stuttgart 2003 – 176 Seiten – ISBN 978-3-926297-90-7
- 61 Heil in Christentum und Islam
 Erlösung oder Rechtleitung?
 Theologisches Forum Christentum – Islam
 Hrsg.: Hansjörg Schmid/Andreas Renz/Jutta Sperber
 Stuttgart 2004 – 256 Seiten – ISBN 978-3-926297-93-8
- 62 Für die Menschendienlichkeit der Medien
 Hermann-Josef Schmitz zum Abschied
 Hrsg.: Abraham P. Kustermann/Michael C. Hermann
 Stuttgart 2005 – 204 Seiten – ISBN 978-3-926297-94-5
- 63 Nachhaltigkeit – Strategien in den Kirchen
 Ein Beitrag zur UN-Dekade »Bildung für nachhaltige
 Entwicklung«
 Hrsg.: Klaus Barwig/Dieter Schmid
 Stuttgart 2006 – 272 Seiten – ISBN 978-3-926297-96-9

Die Bände der Reihe »Hohenheimer Protokolle« aus den letzten
 sieben Jahren sind bis auf wenige Ausnahmen noch lieferbar. Von
 den älteren Titeln sind teilweise Restposten zu Sonderpreisen vor-
 handen, die aktuellen Titel ab Band 57 stehen auch als elektronische
 Dokumente zur Verfügung. Bitte fragen Sie nach oder nutzen Sie die
 Bestellmöglichkeit unter www.akademie-rs.de.